D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M
März '75

Nr. 64
DM 1,50

In dieser Ausgabe:

Kommentare

Michael Schwelien: Zur GEW 3

H. E. Brand: Lohnkampf 4

Rheinische Theologen: Linke Pfarrer 5

Manfred Wittmann: Äthiopien 6

Comité Antimilitariste Paris: Demonstration französischer Soldaten 8

Marios Nikolinakos: Griechenland 8

Dokumentation

Isolationshaft am Beispiel Brigitte Heinrich 10

Rudi Dutschke: Leserbrief an die „UZ" 12

Emanzipation

Autorenkollektiv: Die Angst aus der Ware 15

Sozialismus

François Wahl: China ohne Utopie — 1. Teil 19

SB-Organisation

Tagung des Arbeitsfeldes Gesundheitswesen 22

Leserbrief 22

SB-Kurzinformationen 23

Modelle

Helmut Ortner: Solidarität mit Gefangenen 23

Kollegen! Wir, die Arbeiter in den Kali-Minen »Potesas de Navarra«

wenden uns an Euch mit diesem Brief, um Euch unsere Probleme, unseren Streik und unsere Lage zu erklären, damit Ihr sie kennt und sie bekanntgeben könnt, und damit Ihr uns im Rahmen Eurer Möglichkeiten helfen könnt, die immer größer sind als unsere eigenen, im Kampf gegen den gemeinsamen Feind: das Großkapital.

Damit Ihr Euch eine einigermaßen klare Vorstellung von unserer Lage macht, werden wir Euch die wichtigsten Tatsachen sowie unsere Arbeitsbedingungen darstellen.

Im Prinzip arbeiten wir immer noch nicht unter 48 Stunden pro Woche, in drei Schichten, wobei Samstag nachmittags und nachts inbegriffen sind, und das alles für ein monatliches Durchschnittsgehalt von rund 18 000 Peseten (ca. 750,— DM) bei den Grubenarbeitern und rund 16 000 Peseten (ca. 670,— DM) bei den Kollegen, die über Tage arbeiten.

Wenn wir wegen einer gewöhnlichen oder arbeitsbedingten Krankheit, eines Arbeitsunfalls oder wegen eines Familienurlaubs gezwungen sind, von der Arbeit fernzubleiben, werden unsere Löhne beträchtlich verringert, und zwar bis fast zur Hälfte der normalen Bezüge. Wenn der Unfall so schwer ist, daß man mehr als 18 Monate fernbleibt, wird man von der Geschäftsleitung aus der Liste der Betriebsangehörigen gestrichen und dem Schutz der „Seguridad Soyial" (entspricht etwa der Wohlfahrt) unterstellt, was eine weitere Verringerung des Einkommens mit sich bringt. Wenn der betreffende Arbeiter dann von den Gesundheitsbehörden wieder gesundgeschrieben oder wegen nachbleibender Schäden für bedingt arbeitsfähig erklärt wird, so muß er, um überhaupt wieder in seinem Betrieb angestellt werden, sich an das Arbeitsgericht (ein Organ der Franco-Diktatur) wenden. Gewinnt er den Prozeß, wird er wieder eingestellt, aber als Anfänger, und dabei verliert er sämtliche schon erworbene Rechte, wie zum Beispiel fachliche Einstufung, Zulagen für lange Betriebszugehörigkeit, einen Teil der Betriebsprämie, usw. Es kommt oft vor, daß ein Geselle der Stämmer, der mehr als 10 Jahre hintereinander unter Tage gearbeitet hat und infolge eines Unfalles eine bleibende Schädigung davonträgt, von seinem gewöhnlichen Arbeitsplatz abgezogen und als Hilfsarbeiter einem anderen Posten, entweder in der Grube oder über Tage, zugewiesen wird (Hilfsarbeiter =

FORTSETZUNG SEITE 3

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;
- die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;
- Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;
- eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein — ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

●

Neben „links" gibt das Sozialistische Büro die Monatszeitung „express" heraus, eine Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Außerdem hat das Sozialistische Büro periodisch erscheinende Informationsdienste für sozialistische Berufspraxis aufgebaut, so den Info für sozialistische Lehrer sowie die Infos Sozialarbeit und Arbeiterbildung. Ergänzend fördert das Sozialistische Büro mit verschiedenen Broschürenreihen und seinem Bücher- & Papervertrieb die Herstellung und Verbreitung ausgewählter Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung, für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern, über lokale und projektbezogene Aktivitäten etc. Um das Sozialistische Büro und seine Projekte tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrags selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,—) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt 2956 80-605

Informationen

Zahlen zum BRD-DDR-Handel

Der Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik hat im letzten Jahr in fast allen Warenbereichen erheblich zugenommen. In die DDR wurden u. a. geliefert: NE-Metalle und Edelmetalle für 134 Millionen DM, Zunahme 195 %; Eisen und Stahl für 365 Millionen DM, Zunahme 98 %; chemische Erzeugnisse für 544 Millionen DM, Zunahme 43 %. Abgenommen haben die landwirtschaftlichen Lieferungen um 37 % (Wert: 139,8 Millionen DM) und die Maschinen sowie Elektroartikel um 5 % (Wert: 414,4 MillionenDM). Die DDR exportierte vor allem Mineralölerzeugnisse für 368,4 Millionen DM (Zunahme 133 %), Eisen und Stahl für 148,3 Millionen DM (plus 64 %), Textilien für 244 Millionen DM (plus 27 %), chemische Erzeugnisse für 172,7 Millionen DM (plus 24 %). Interessant ist, daß die Bundesrepublik der DDR weniger landwirtschaftliche Erzeugnisse abnahm: 9 % weniger als 1973. Immerhin machen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aber den höchsten Posten aus: Wert 396,3 Millionen DM. Die Bundesrepublik drosselt jedoch mit Rücksicht auf die EG die preiswerten DDR-Importe. Die obigen Zahlen beziehen sich auf die drei ersten Quartale des Jahres 1974.

Bundesländer als „Konjunkturankurbler"

Die Subventionen, die die Bundesländer an überwiegend private Empfänger aus ihren Steuereinnahmen zahlen, sind auch im abgelaufenen Jahr wieder sprunghaft gewachsen.

1972 lagen sie noch bei rund 6,8 Milliarden DM, 1973 bereits bei 7,4 Milliarden DM und erreichten 1974 die Rekordmarge von 8,2 Milliarden DM. Weit an der Spitze liegt die Subvention für „Städtebau und Wohnungswesen" mit 3,8 Milliarden DM, womit der Eindruck erweckt werden soll, als handele es sich dabei überwiegend um eine gemeinnützig kommunale Subvention der Bundesländer an die Gemeinden und Städte. In Wirklichkeit schlägt hier das neue Wohngeldgesetz durch, mit dem letztlich die Eigentümer und Vermieter überteuerter Wohnungen in die Lage versetzt werden, ihre Spekulationsbauten an den Mann zu bringen.

Einen weiteren Zuwachs verzeichneten die Subventionen an die „gewerbliche Wirtschaft" und erreichten somit 1,4 Milliarden DM.

Hessens sozialdemokratische Landesregierung betreibt die Verschleuderung von Steuergeldern an Kapitalisten am entschlossensten. In den strukturell unterentwickelten Gebieten Hessens sollen Unternehmer für Neuansiedlung oder Erweiterung bestehender Unternehmen zwischen 15 und 25 % Landesprämien bekommen, die noch auf die 7,5prozentige Investitionsprämie des Bundes aufgeschlagen werden. Ein Unternehmer wird für die Invesition von 10 Millionen in Hessen also beispielsweise 3,2 Millionen geschenkt bekommen.

Bundesdeutsches Interesse an Südafrika: Verflechtungen von Jahr zu Jahr enger

Die Bundesrepublik gehörte in den Vereinten Nationen zu der verschwindenden Minderheit von Staaten, die sich dem Beschluß der Vollversammlung vom 12. November, die Mitgliedschaft der Republik Südafrika wegen ständiger Verletzung der Menschenrechts-Konventionen ruhen zu alssen, widersetzte, freilich vergeblich. Die immer enger werdende wirtschaftliche Bindung der BRD an Südafrika läßt die ansonsten gern auf Humanität pochende Bonner Regierung die Augen schließen. Hinzu kommt, daß Südafrika „politische Stabilität, industriellen Frieden, attraktive Gewinne, angemessene Versteuerung und die Aussicht auf eine fortschreitende Entwicklung auf viele Jahre hinaus bietet", wie der Chef der südafrikanischen „Trust Bank of Africa Ltd", Marais, lockte.

Hier einige Ziffern, die für die Beziehungen Bonn—Pretoria signifikant sind:

Außenhandel: Von 1950 bis 1973 stiegen die bundesdeutschen Exporte von 89 Millionen über 1,9 Milliarden (1970) auf 2,37 Milliarden DM. Die Importe aus Südafrika wuchsen im gleichen Zeitraum von 131 Millionen über 1,21 Milliarden (1970) auf 1,43 Milliarden DM. Die Bundesrepublik gehört damit nach Großbritannien und den USA zu den wichtigsten Lieferanten Südafrikas.

Investitionen: Die privaten Investinen aus der Bundesrepublik stiegen von 188 Millionen DM in 1970 bis 308 Millionen im letzten Jahr.

Ausbeutung: Die bundesdeutschen Konzerne beteiligen sich direkt an der Ausbeutung der südafrikanischen Werktätigen. Eine Untersuchung, die in 24 bundesdeutschen Konzernen in Südafrika durchgeführt wurde, zeigte, daß dort monatlich Durchschnittslöhne von 186 DM gezahlt wurden, während das von der südafrikanischen Regierung errechnete Existenzminimum in den betroffenen Regionen zwischen 372 und 456 DM liegt. Zu den Unternehmungen, die auf diese Weise direkte Ausbeutung betreiben, gehören AEG, BASF, Bayer, Daimler-Benz, Demag, Kloeckner-Humboldt-Deutz, Krupp, Siemens, VW. Die Niederlassung von VW in Südafrika sah sich nicht zuletzt dadurch imstande, in den letzten 10 Jahren eine Durchschnittsdividende von 30 Prozent auszuschütten. 1969 betrug der ausgeschüttete Nettoprofit sogar 45 %.

Verschuldung von Lateinamerika

Im Zeitraum von 1960—74 betrugen die sog. Schenkungen, die bilateralen Kredite, die multinationalen und privaten Kredite, die Lateinamerika erhielt, 34 Milliarden Dollar. Im gleichen Zeitraum flossen von LA mehr als 30 Milliarden Dollar an die kapitalistischen Industrieländer, speziell an die USA, nur für Amortisation und Zinsen zurück.

Die zu zahlenden Zinsen für 1973 betrugen z. B. 5 Milliarden Dollar. Die „Hilfe" wird immer teurer: nach CEPAL war der Durchschnitt der Kredite zu einem Zinssatz von 6,5 % gegeben, während es in letzter Zeit verstärkt Kredite zu 8 % gibt.

Das größte Schuldnerland ist das „Wunderland" Brasilien. Ende 1973 führte es die Schuldnerliste mit 13 Milliarden Dollar an. Die englische Fachzeitschrift Financial Times schrieb Ende 1974, daß die Auslandsverschuldung Brasiliens 1980 an die 75 Milliarden Dollar betragen dürfte.

Prozeß gegen Wagenbach-Verlag

Im Februar wurde in Berlin erneut ein Prozeß gegen den Wagenbach-Verlag geführt. Gegen den Freispruch Klaus Wagenbachs wegen Beleidigung der Berliner Polizei (Vorwurf des Mordes an Benno Ohnesorg und Georg von Rauch) legte der Staatsanwalt Revision ein. Das Gericht führte den Prozeß mit erheblichem Aufwand (38 Zeugen und Sachverständige), so daß die Kosten für Klaus Wagenbach im Fall seiner Verurteilung erheblich sein werden. Nach dem Urteil gegen Klaus Wagenbach auf 9 Monate auf Bewährung wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung" u. a., geht die neue gerichtliche Verfolgung des Wagenbach-Verlags augenscheinlich auf die Liquidierung des Verlags, eines der bedeutendsten Vertreter im linken Verlagswesen des deutschsprachigen Raums, aus. „links" wird in der nächsten Ausgabe ausführlich über das Urteil und die Situation des Wagenbach-Verlags berichten.

Tabelle: Auslandsschulden von Lateinamerika (in Milliarden Dollar)

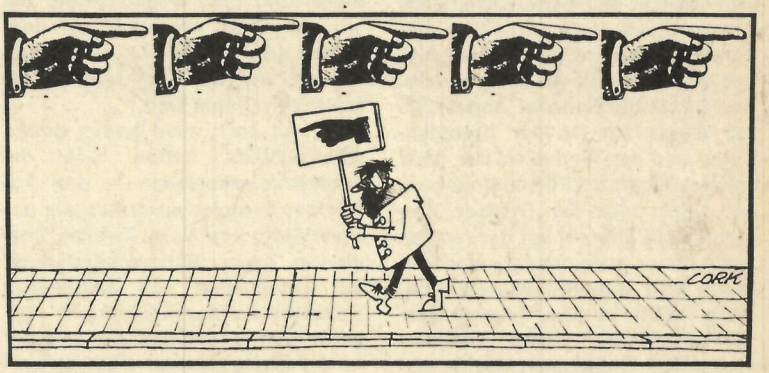
Zeitraum	Schulden am Ende des Zeitraums	Zahlungsverpflichtungen		
		Amortisationen	Zinsen	Summe
1960—64	11.228	4.394	1.952	6.346
1965—69	17.676	7.384,3	2.490,2	9.874,5
1970—74	41.388,5	14.357,9	5.335,2	19.693,1
1975—80	94.925 (geschätzt)	46.156,7	16.155,8	62.312,5

Quelle: Granma, La Habana, Cuba. 1. 11. 74

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Kollegen! Wir aus den Kali-Minen...

niedrigste Lohngruppe in Spanien), womit sich große wirtschaftliche Einbußen verbinden.
Alles dieses, und die Tatsache, daß es keine Sicherheit in den Gruben gibt und daß wir seit fast 40 Jahren der Freiheit und der Menschenrechte beraubt sind, hat uns Arbeiter dazu gebracht, daß wir uns in Comisiones Obreras organisieren (diese waren stets illegal, ihre Vorkämpfer ständig verfolgt und ihre Führer bis zu 20 Jahren eingesperrt), zur Verteidigung unserer Klasseninteressen und zum Aufbau des Kampfes gegen die Arbeitgeber.
Auf den Aufruf der Comisiones Obreras fanden im Oktober sowohl auf dem Lande als auch in den Arbeitszentren mehrere Versammlungen (ständig verfolgt und bedroht) statt, in denen sich die Gesamtheit der Arbeiter dafür aussprach, an den Betrieb die folgenden Forderungen zu stellen: eine gleichmäßige Anhebung für alle um 70 000 Peseten (ca. 2940,— DM), etwa 100 Peseten (4,20 DM) für die Grubenarbeiter, Abschaffung der Nachmittags- und Nachtschichten am Samstag, Wiedereinstellung aller behinderten Arbeiter (die vorher genannten Fälle) mit allen ihren Rechten und fachlichen Einstufungen, sofortige Wiedereinstellung aller Kollegen, die wegen Arbeits- oder Gewerkschaftskonflikte entlassen worden sind (10 im Jahre 1971 und 4 im Jahre 1974), sowie das Recht auf Versammlung. Um auf diese Forderungen zu antworten, setzten wir dem Unternehmen ein Ultimatum zum 20. November. Die Frist lief ab, und die Geschäftsleitung antwortete überhaupt nicht auf die von uns gestellten Forderungen. Deswegen beschlossen wir Arbeiter in einer Versammlung den Streik, als einziges Mittel, um das zu erreichen, was wir uns vorgenommen hatten. Dies war um so notwendiger in Anbetracht der himmelschreienden Preissteigerungen der notwendigsten Güter, die 1974 in Spanien etwa 40 Prozent betrugen.
Den Streik müssen wir durchhalten, ohne daß uns irgendeine Organisation oder Institution verteidigt; wir haben nur unsere Einheit. Doch um diese Einheit zu schaffen, brauchen wir die Versammlungen. Da aber diese Versammlungen verboten sind, sind wir immer gezwungen, sie auf dem Lande abzuhalten, bei Kälte und Regen und mit sehr wenig Zeit, denn nach 5 oder 10 Minuten, manchmal sogar schon vor ihrem Beginn, werden sie von der Guardia Civil oder von der Policia Armada aufgelöst. Oft stürzen sie sich auf uns, und es kommt zu Verletzungen und Gefangennahmen.
Nach Folterungen und Schlägen in den Polizeikommissariaten und Kasernen der Guardia Civil werden die Festgenommenen ins Gefängnis gebracht oder mit Geldstrafen bestraft .So mußten wir aus unserer eigenen Tasche Geldstrafen bis zu 100 000 Peseten bezahlen (ca. 4200 DM), wie es in den vergangenen Wochen vielen Arbeitern bei Authi (Morris) ergangen ist, die sich des schweren „Verbrechens" schuldig gemacht hatten, sich zu versammeln oder auf der Straße zu demonstrieren.
Unsere Vorkämpfer der Comisiones Obreras und Arbeiterführer sind mehrmals verhaftet worden, und besonders in dieser Kampfperiode müssen sie sich getrennt von ihren Familien, fern von ihren Wohnungen und versteckt halten, als ob sie gewöhnliche Räuber oder Mörder wären.
Nach einem Monat Streik gesteht uns das Unternehmen eine jährliche Anhebung von 50 000 Peseten zu (2100,— DM), die wir aber nicht bekommen bei Krankheit, Unfall und Urlaub, und die von der Anwesenheit und von der gewöhnlichen, vom Betrieb aufgezwungenen Leistung abhängen. Die restlichen Forderungen wurden abgelehnt. Bei solchem Zynismus seitens der Geschäftsleitung machte sich der Streik keineswegs kleiner, sondern er setzte sich fort. So kam der 2. Januar, an dem das Unternehmen die ganze Belegschaft aussperrte bis zum 2. März. Nach Abwägung der Schwere dieser Bestrafung beschlossen wir Bergarbeiter, uns so lange in der Grube einzuschließen, bis das Unternehmen alle unsere Forderungen erfüllt und die mit der aktuellen Lage begründete Drohung mit 59 Entlassungen zurücknimmt.
Die Einschließung im Inneren der Grube begann am 7. um 1 Uhr mittags, heimlich, in Straßenkleidung, mit einigen Decken und wenigen Lampen und Nahrungsmitteln. Sobald dies in der Stadt bekannt wurde, umzingelte die Guardia Civil sämtliche Eingänge des Bergwerks und verhinderte jegliche Kontaktaufnahme mit den Eingeschlossenen und schnitt damit eine mögliche Zufuhr von Wasser und Nahrungsmitteln ab. Am 6. Tag der Einschließung gelang es einem der Eingeschlossenen, die Bewachung durch die Guardia Civil zu überlisten. Er teilte uns mit, daß sie seit dem Vortage weder Nahrung noch Wasser für einen Tag mehr hatten, daß einer der Bergarbeiter schwer krank war und mehrere andere hysterische Anfälle hatten und daß sie das Bewußtsein für Zeit und Schwere total verloren hatten. Unverzüglich wurde das Internationale Rote Kreuz verständigt, damit man einen Arzt in die Grube hinunterschickte, doch dies wurde vom Gobierno Civil verboten (Innenbehörde); es wurde nicht einmal gestattet, Medizin für die Eingeschlossenen hinunterzulassen.
Als Antwort darauf versammelten wir uns, etwa 7000 Personen, am 7. Tage der Einschließung am Eingang der Grube, mit dem Ziel, einen Kontakt mit den Eingeschlossenen aufzunehmen. Die Guardia Civil und die Policia Armada verhinderten das. Sie schossen mit ihren Maschinengewehren wiederholt in die dort versammelte Menge (darunter Frauen und Kinder), das Volk aber ließ sich nicht abschrecken, sondern blieb unerschütterlich und hielt das Feuer, die Gase und die Schläge der Polizei aus. Sie brachten sogar noch den Mut auf, die Polizisten unbewaffnet anzugreifen. Aber angesichts der Übermacht der von der Polizei entfalteten Gewalt beschlossen sie, in die Stadt zurückzukehren und den Generalstreik für den folgenden Tag, den 14. 1., auszurufen.
Alsbald verbreitete man auf der Straße, in den Kneipen und Fabriken was im Bergwerk passiert war und heute ist in der Industrie und in zahllosen Kneipen und Läden die Arbeit niedergelegt, aus Solidarität und Unterstützung für die eingeschlossenen Bergarbeiter, auf die die Regierung mit Festnahme und Verbannung wartet, wenn sie herauskommen oder auf Bahren herausgetragen werden (falls sie noch nicht tot sind). Der Zorn des Volkes ist riesig, besonders nach der erneuten Weigerung, einen Arzt hinunterzulassen, und angesichts der Bilanz der kriminellen Aggression der Polizei (4 mit schweren und viele andere mit leichten Verletzungen).
Die eingeschlossenen Kollegen sind noch in der gleichen Situation, im Hungerstreik und manche schwer krank. Es ist unbeschreiblich, wie in der Stadt gekämpft wird, aber sie ist von der Polizei praktisch besetzt, die überall angreift und verhaftet.
In unserer vom Faschismus beherrschten Lage können wir nicht mehr tun, um die Unterdrückung und die Ungerechtigkeit, die gegen uns alle verübt wird, zu verhindern. Deshalb richten wir an Euch, proletarische Brüder, diesen Hilferuf voller Besorgnis und trotzdem optimistisch. Ihr könnt uns Hilfe leisten, indem Ihr unsere Lage bekanntgebt, und besonderes die unserer Kollegen, eingeschlossen seit 9 Tagen, ohne Nahrung, ohne Wasser, isoliert und mitten in der Kälte und Feuchtigkeit.
Hilfe könnt Ihr uns auch leisten, indem Ihr verhindert, daß Kali aus dem Elsaß nach Navarra gelangt. Denn wenn das passiert, sind unser ganzer Streik und alle unsere Opfer umsonst gewesen. Auch finanzielle Hilfe wird dringend nötig sein, um einen so langen und so verfolgten Streik durchhalten zu können. Klagt immer wieder den Faschismus an, unter dem wir leiden, und, wenn es möglich ist, teilt uns mit, welche Berufskrankheiten Ihr in Eurer Arbeit und in Euren Gewerkschaften herausgefunden habt, denn in Spanien wird keine einzige Krankheit anerkannt, die mit den Kali-Bergwerken zusammenhängt.
Seid herzlich gegrüßt von Euren Brüdern aus „Potasas de Navarra"!
Pamplona, am 15. Januar 1975
(Der Streik wurde am 21. Januar 1975 beendet. Wir werden in den nächsten Ausgaben von „links" darauf zurückkommen.)



Mit dem Rücken an der Wand

Jugendarbeitslosigkeit, die Nichteinstellung von Referendaren, die Aufgabe der Bildungsreform und die schlechter werdenden Bedingungen in den Schulen kennzeichnen die Lage im Bildungssektor. An manchen Schulen kehren die ehemaligen Schüler, die inzwischen keine Lehrstelle gefunden haben, hoffnungslos und verzweifelt zurück. Nicht etwa, weil sie meinen, sie könnten ihre Chancen verbessern, indem sie jetzt weiter lernen, sondern um nicht auf der Straße zu stehen. Viele Jugendhäuser sind tagsüber nicht besetzt, — hier mangelt es an Personal, obwohl immer mehr Sozialarbeiter und -pädagogen keine Stelle finden.
In dieser Lage hielt die GEW am 31. 1. / 1. 2. eine außerordentliche Hauptausschußsitzung in Frankfurt ab und will für den 8. 3. eine außerordentliche Vertreterversammlung in Köln einberufen. Der GEW-Spitze geht es dabei keineswegs darum, in Anbetracht von Arbeitslosigkeit und Bildungsmisere ihren gewerkschaftlichen Auftrag wahrzunehmen und sich für die Belange von Lohnabhängigen einzusetzen, sondern sie fühlt sich berufen, die FdGO zu schützen, indem sie unbequeme Kritiker aus der Gewerkschaft entfernen will. Aktuell geht es um den SLB Westberlin, eine der

SEW nahestehende Gruppe sozialistischer Lehrer. Man erinnere sich: im Frühjahr 1974 gab es bei den Wahlen in der Berliner GEW einen Erdrutsch zugunsten der Linken. Engagierte Basisarbeit und geschlossenes Auftreten hatten zur Wahl eines linken Vorstands durch die Vertreterversammlung geführt. Die erbitterte Rechte zog sich zunächst zurück, aber nur um in der Zwischenzeit eine Fraktionierung einzuleiten und auf eine günstige Gelegenheit zu warten, um zurückzuschlagen. Sie malte das Gespenst einer Austrittswelle an die Wand und brachte das gewerkschaftliche Bravourstück fertig, anläßlich der Streik-Urabstimmung die Mitglieder in Presseartikeln aufzufordern, den Streik abzulehnen. Angesichts der Niederlage in der Urabstimmung und den Verlusten der GEW bei den folgenden Personalratswahlen setzte sich der Berliner Vorstand nicht offensiv mit der rechten Opposition auseinander, sondern zeigte sich kompromißbereit. Dennoch wollte er die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht wiederspruchslos hinnehmen. Seine Erklärung auf der Vertreterversammlung am 9./10. Dezember 1974: „Die GEW Berlin lehnt jede Zusammenarbeit mit verfassungswidrigen Gruppen ab. Sie bekennt sich nach ihrer Satzung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und erklärt ausdrücklich die Geltung des Unvereinbarkeitsbeschlusses des DGB im Berliner Organisationsbereich. Der Landesverband Berlin setzt sich dafür ein, den Unvereinbarkeitsbeschluß auf satzungsgemäßem Wege aufzuheben."

Indes, die rechte Opposition wollte mehr. Satzungsgemäßes Verhalten allein genügte ihr nicht. Um die Arbeit der GEW Berlin endgültig zu sabotieren, trat der Führer der Opposition, Studiendirektor Dr. Lükemann, aus der GEW aus. Es sollte ein Zeichen gesetzt werden. Allerdings folgten ihm nur Kollegen aus seiner und höheren Besoldungsgruppen (u. a. Schulsenator Löffler), um eine „unabhängige Ge-

werkschaftsgruppe" zu bilden. Die Herren wollen im DGB bleiben, ihre Mitgliedsbeiträge auf ein Sperrkonto zahlen und der GEW erst dann wieder angehören, wenn diese „gesäubert" ist.

Die Rolle des Sündenbocks fiel dem Berliner SLB zu. Daß sich dieser schon bei den ersten Vorstößen des Bundesvorstandes selbst auflöste, konnte nur helfen, das Bild abzurunden. Nun zurück nach Frankfurt. Aus Angst von „Störungen" tagte der Hauptausschuß weit vor den Toren der Stadt in dem luxuriösen „Esso-Hotel". Die Themen des Tages: Ausschluß des Berliner SLB sowie sämtlicher formeller und informeller Nachfolgeorganisationen. Man spielt einmal wieder Kommunistenhatz in der BRD. Treffen sich drei Lehrer und reden über die SEW, dann wird das schon so mancher Schiedskommission genügen, um die Unvereinbarkeit festzustellen. Ist erst einmal der Gewerkschaftsausschluß vollzogen, dann bleibt auch das Berufsverbot nicht mehr fern. Eine Organisation, die wie die GEW eindeutig auf dem Boden der FdGO steht, wird schon wissen, wer die Radikalen im öffentlichen Dienst sind.

Damit ist noch nicht genug getan. Offensichtlich haben sich die Schiedskommissionen in den Augen des Hauptausschusses als unzuverlässig erwiesen. Zweites Thema des Tages: Satzungsänderung, um Ausschlüsse von Mitgliedern „gewerkschaftsschädigender" Organisationen administrativ und ohne Anhörung aus der GEW zu entfernen. Und warum ist die eigentlich doch so lammfromme DKP/SEW „gewerkschaftsschädigend"? Der Bundesvorsitzende Frister weiß es genau: „Weil sie eine zentralistische Kaderpartei ist, die nach der erfolgreichen Unterwanderung den Schafspelz ablegen wird, um dann den inhumanen Sozialismus einzuführen." Wenn es sich um solche Schurken handelt, dann darf man zum Schutz der FdGO auch nicht zimperlich sein und sich an solche Formalien wie Satzungen nicht halten.

So soll es auf der für den 8. 3. in Köln einberufenen außerordentlichen Vertreterversammlung nach dem Willen des Hauptausschusses nur um drei Punkte gehen: 1. Die Satzungsänderungen im oben genannten Sinne und 2. die Änderung des Wahlverfahrens zur sogenannten „Urwahl", sowie 3. die Abgabe einer Erklärung des Vorstandes zur Bildungspolitischen Situation, „damit es gar nicht erst zu langen Diskussionen kommt". Anträge von der Basis, als Merkmal der Einheitsgewerkschaft in jeder Satzung zu finden, will man nach dem Willen so mancher Vorstandsmitglieder lieber gar nicht mehr hören.

Die Hauptausschußsitzung in Frankfurt zeigte Mehrheitsverhältnisse, die auch für die Vertreterversammlung in Köln zu erwarten sind. Wieder einmal steht die Linke mit dem Rücken an der Wand. Bundesweit ist sie auf die Erpressungsversuche der rechten Opposition, auf das taktische Lavieren des Bundesvorstands und auf putschistische Übersprungsmanöver in den eigenen Reihen hereingefallen. Es sind nicht die rechten Schulräte und die standesorientierten Dorfschullehrer Baden-Württembergs, die die gewerkschaftliche Basisarbeit gemacht haben. Es waren die Linken in der SPD, die kritischen Kollegen in der DKP/SEW und vor allem die unabhängigen Linken, die die GEW von der Basis her stärken konnten und den ehemaligen Standesverband überhaupt erst zu einer Gewerkschaft gemacht haben. Das wußte auch der Kollege Frister schon vor einiger Zeit. Sonst hätte er nicht noch vor kurzem gesagt, daß in der GEW genügend Platz für junge Sozialisten sei.

Jetzt haben sie ihre Arbeit getan und können entfernt werden. Um das zu verhindern, müssen nun die Linken selbst einmal ihre Zähne zeigen. Taucht man weg, wie es der Berliner SLB tut, dann kann einem z. Z. sehr schnell das Wasser abgelassen werden. Gezielte Ausschlüsse, gekoppelt mit Berufsverboten, können die Linke in der derzeitigen Situation noch mehr verunsichern. Es geht schließlich um die berufliche Existenz. Solange aber nicht diejenigen, die bisher die gewerkschaftliche Knochenarbeit in der GEW gemacht haben, zeigen, was von der GEW übrig bleiben würde, wenn sie sich jetzt in Anbetracht rechter Fraktionsbildung und Gefährdung der Einheitsgewerkschaft durch Anpassung an den herrschenden Rechtstrend ihrerseits zurückziehen würden, solange kann einer nach dem anderen unter das Messer geraten.

Es ist jetzt zu überlegen, ob man der Anpassung der GEW an den vermeintlichen Rechtstrend, ihre Ausrichtung an die Aufgabe der Reformziele und den Ausschlüssen von kritischen Kollegen nicht bundesweit durch ein gemeinsames Vorgehen aller derer begegnet, die an der Erhaltung einer gewerkschaftlich orientierten, viele politische Strömungen zusammenfassenden GEW interessiert sind.

MICHAEL SCHWELIEN

Lohnkampf mit dem Taschenrechner?

Die Tarifrunden 1975 scheinen härter zu werden, als noch vor kurzem meist angenommen wurde. Nicht, daß dies auf einen schärferen gewerkschaftlichen Kurs zurückzuführen sei. Die IG Bau machte sich bereits im Januar in einem überraschenden Alleingang zum Vorreiter einer „maßvollen" Tarifpolitik und schloß mit 6,5 % ab: die Bauarbeiter sollen ihren „Stabilitätsbeitrag" durch Hinnahme einer deutlichen Reallohnsenkung leisten. Die mit diesem Abschluß beabsichtigte „Signalwirkung" für die Lohnrunden insbesondere im Metallbereich und im Öffentlichen Dienst zeigt sich schon daran, daß dieser Abschluß nicht nur mit dem DGB-Vorsitzenden Vetter abgestimmt war, sondern bereits fünf Monate vor (!) Inkrafttreten abgeschlossen wurde.

Dabei lagen die IG Metall wie die ÖTV bereits auf Konzessionskurs. Im Herbst 1974 hatte die IGM mit 11 % eine äußerst „maßvolle" Forderung gestellt, die kaum über den seinerzeit von Regierung, Unternehmerverbänden und bürgerlichen Wirtschaftsinstituten geforderten Abschlüssen „unter 10 %" lag, so daß der tatsächliche Abschluß mit Sicherheit innerhalb der Orientierungsdaten liegen würde. Doch die wirtschaftliche Krise vertiefte sich, und die „volkswirtschaftlich vertretbaren" Lohnerhöhungen wurden Ende 1974 durch das Sachverständigengutachten auf 6 % reduziert. Das Angebot von Gesamtmetall an die IGM lag dann Anfang 1975 bei 6 %, das der „öffentlichen Hand" an die ÖTV sogar nur bei 5 %. Die IGM orientierte sich auch auf diese neuen Daten. In der Metallindustrie von NRW akzeptierte sie im Januar, ohne den geringsten Versuch einer Mitgliedermobilisierung unternommen zu haben, einen Schlichtungsspruch von 7 % — genug, um im Konkurrenzkampf mit der IG Bau nicht das Gesicht zu verlieren, doch nicht genug, um das Realeinkommen der von Überstundenabbau und Kurzarbeit bereits finanziell hart genug betroffenen Metaller auch nur annähernd sichern zu können.

Die Metallindustriellen lehnten es jedoch selbst diesen Schlichtungsvorschlag ab. 7 % seien angesichts der von „Wirtschaftsexperten" auf 6 % bezifferten „vertretbaren" Lohnerhöhungen nicht zu verantworten, „wenn man die Arbeitslosenzahl spürbar senken will". Eine pessimistische Prognose des Ifo-Instituts diente dem Gesamtmetall-Vorsitzenden dann sogar dazu, das bisherige Angebot von 6 % zurückzunehmen. Schützenhilfe kam von der Bundesregierung: bei einem für 1975 zu erwartenden Preisanstieg von 6 %, einem Wirtschaftswachstum von 2 % und einem noch abzuziehenden Lohnüberhang aus dem Jahre 1974 seien nur noch Lohnerhöhungen zwischen 5 % und 6 % zu verantworten (FR 30. 1. 1975).

Plötzlich begann in der IG-Metall-Zentrale das Jammern über das „Lohndiktat" der Unternehmer. Aber die IGM selbst hat das Spiel, als dessen Opfer sie sich jetzt fühlt, seit vielen Jahren akzeptiert — das der Lohnpolitik mit dem Taschenrechner. Ängstlich darauf bedacht, nicht als „verantwortungsloser" Interessenvertreter dazustehen, war die IGM immer wieder bereit, ihre Forderungen an den offiziellen Konjunkturdaten auszurichten. So betonte IGM-Vorsitzender Loderer auch anläßlich dieser Tarifrunde gegenüber der Deutschen Volkszeitung (7. 2. 1975): „Die Tarifpolitik der IG Metall hat in der Vergangenheit noch nie unsere Volkswirtschaft geschädigt. . ." Vielmehr scheinen — glaubt man Loderer — die Lohnforderungen der IGM sogar im ureigensten Interesse der Unternehmer zu liegen: „Wichtig ist aber, daß höhere Löhne auch höhere Nachfrage bedeuten, und das fördert den Absatz." Davon, daß es zwar jedem einzelnen Kapitalisten um die Stei-

gerung seines Absatzes geht, doch nur insoweit, als er dabei seinen Profit realisiert, dieser jedoch um so höher liegen kann, je niedriger die von ihm gezahlten Löhne sind, scheint der IGM-Vorsitzende noch nichts gehört zu haben. In der Realität der Tarifauseinandersetzungen bleiben diese moralischen Appelle dann auch bedeutungslos: die Unternehmer führen den Kampf gegen die IGM unverändert unter der Perspektive der Reallohnsenkung.

Zwar ist jede Tarifpolitik Politik innerhalb des kapitalistischen Systems und unterliegt damit Bedingungen und Grenzen, die durch dieses System selbst gesetzt sind. Das aber heißt nicht, daß jede Tarifpolitik gleichermaßen beschränkt sein muß. Sie kann sich, wie die heute von den westdeutschen Gewerkschaften akzeptierte, direkt der Logik des Kapitals unterwerfen, indem sie ihre Forderungen an den von Unternehmerseite vorgegebenen „Orientierungsdaten" ausrichtet. Sie kann aber auch versuchen, sich nicht an der konjunkturellen Entwicklung, auf deren Verlauf die Arbeiterklasse keinen Einfluß hat, zu orientieren, sondern allein an der für die Arbeiterklasse bestehenden Notwendigkeit, das erreichte Existenzminimum in der Krise zumindest zu erhalten.

Der von der IGM seit langem verfolgte tarifpolitische Kurs der „verantwortungsbewußten" Ausrichtung der Lohnforderungen auf gesamtwirtschaftliche Konjunkturdaten kann jedoch in Krisenzeiten, wie die Entwicklung seit Herbst 1974 einmal mehr beweist, nur eines bedeuten: die Hinnahme selbst stärkerer Reallohnsenkungen. Die Warnstreiks, mit denen Zehntausende von nordrhein-westfälischen Metallarbeitern Anfang Februar auf die Ablehnung des Schlichtungsspruchs durch Gesamtmetall antworteten, waren dagegen ein erstes deutliches Zeichen des Widerstands. Diese Streikbewegung war zwar einerseits ein kalkulierter Schachzug der IGM-Führung zur Vermeidung der ihr von Gesamtmetall abverlangten bedingungslosen Kalkulation; sie zeigte aber auch die einer mit dem Taschenrechner betriebenen Lohnpolitik gesetzten Grenzen: erstmals seit Beginn der ökonomischen Krise bewies die Arbeiterklasse auf breiter Ebene, daß sie nicht gewillt ist, die Krise unbegrenzt auf ihrem Rücken austragen zu lassen. Die Angst, von der sie am Anfang der Krise wie gelähmt schien, beginnt sich angesichts immer massiverer Angriffe des Kapitals zu lösen. Der Widerstand gegen Betriebsstillegungen, Entlassungen, Kurzarbeit, Reduzierung von Lehrstellen und Lohnabbau wird — nicht nur im Metallbereich — härter: gewerkschaftlich organisierte große Demonstration in Speyer gegen die geplante Stillegung der Salamander-Werke, mehrtägiger Streik der DEMAG-Arbeiter in Kalletal gegen die drohende Betriebsschließung, Protestkundgebungen gefährdeter Belegschaften an anderen Orten (Stuttgart, Böblingen, Haßloch, Hannover, Hamburg usw.) DGB-Demonstrationen in Mainz gegen die Verschlechterung der Berufsausbildung, erste Arbeitsloseninitiativen (z. B. in Köln) usw.

Angesichts der sich nach der Ablehnung des Schlichtungsspruchs durch Gesamtmetall ausbreitenden Protestaktionen wurden die Metallindustriellen von NRW plötzlich „kompromißbereit": Mitte Februar einigten sie sich, mit der IGM auf 6,8 % Lohnanhebung — bei einer im Januar erreichten Preissteigerungsrate von 0,9 % gegenüber dem Vormonat (10,8 % auf Jahresbasis umgerechnet), kein schlechtes Ergebnis für die Metallunternehmer und ihre Reallohnsenkungspolitik.

Unter dem Zwang der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage — Ende Januar 1975 standen 1,15 Mio. Arbeitslosen (der höchsten Zahl seit 1959) nur 220 000 offene Stellen gegenüber — wächst allmählich das Bewußtsein, daß es individuelle Auswege in einer Situation, in der die gesamte Arbeiterklasse materiell bedroht ist, immer weniger gibt. Unmittelbare Forderungen stellen sich: zumindest Sicherung der Reallöhne bei den gegenwärtigen Tarifrunden; Einbindung dieser Minimalforderung in eine Strategie, die nicht nur die Lohninteressen der noch voll Beschäftigten berücksichtigt, sondern auch ihren Widerstand gegen die angesichts der veränderten Arbeitsmarkt- und Auftragslage vom Kapital außerordentlich verschärfte Intensivierung und Disziplinierung der Arbeit organisiert und diesen Widerstand mit dem Kampf gegen Entlassungen, Kurzarbeit und Betriebsstillegungen verknüpft. Die Gewerkschaftsapparate glauben noch immer, die Lage durch Appelle an die Regierung und die Moral der Unternehmer verbessern zu können. In den Betrieben aber beginnt inzwischen unter dem Druck der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation — wenn auch erst ansatzweise und außerhalb meist unbemerkt — die Bereitschaft zur aktiven Verteidigung der eigenen Interessen zu wachsen.

H. E. BRAND

Linke Pfarrer in den ev. Kirchen der BRD

Nach der Synode der Evangelischen Kirche von Hessen-Nassau hat nun auch die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland mit erdrückender Mehrheit einen Beschluß der Kirchenleitung gebilligt, nach dem „in der gegenwärtigen Situation (!) die Mitgliedschaft in der DKP mit dem Dienst eines Pfarrers in der Rheinischen Kirche nicht vereinbar ist". Wer allerdings eine Urteilskategorie theologischer Natur und kirchlichen Charakters zur Begründung dieses Beschlusses von einer der bedeutendsten Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in der BRD noch erwartet hatte, wird zu seiner Enttäuschung mit dem äußerst dünnen Satz abgespeist, daß mit der Mitgliedschaft eines Pfarrers in der DKP „die Zustimmung zu einem Programm gefordert (wird), in dem ideologische Tendenzen enthalten sind, welche dem Evangelium widersprechen."

Zu diesem vergleichsweise „theoretischen" Argument schiebt man stereotyp als eher „praktisches" Argument nach, „daß die Kirche notwendigerweise um ihres seelsorgerlichen Auftrags willen zum Schutz der Gemeinde klare Abgrenzungen vorzunehmen hat". Darunter wird in Analogie etwa zum sog. „Ministerpräsidentenerlaß" exklusiv die Abgrenzung von solchen Parteien und Gruppierungen verstanden, denen eine um einen diffusen Begriff der Mitte gescharte und ihrer vernünftigen Identität längst beraubte „bürgerliche" Öffentlichkeit" das Etikett „radikal" aufgeklebt hat.

Der Versuch eines analytischen Kommentares dieser Kirchenleitungs- und Synodalbeschlüsse stößt nicht nur auf eine eher absonderliche Verbindung theologischer, kirchlich-praktischer und implizit politischer Argumente, sondern er muß sich angesichts der erschreckenden Dürftigkeit dieser kirchenoffiziellen Verlautbarungen des realen Argumentcharakters dieser Beschlußgrundlagen erst selbst gewiß werden. Auf dem Weg dazu stößt man nicht zufällig auf ein seit den Tagen des Ersten Reiches und der Weimarer Republik schon traditionell gewordenes Syndrom kirchlicher Argumentation, in dem der Atheismusvorwurf, die vermeintliche Rücksicht auf den seelsorgerlichen Auftrag der Kirche und die reale Rücksicht auf die Belange der bürgerlichen Gesellschaft sich zum Schaden des kirchlichen Auftrags verbunden haben.

Gewissermaßen die Mitte der theoretisen Argumentation gegen die Mitgliedschaft von Pfarrern in der DKP bildet der Atheismusvorwurf, nach dem sich der Atheismus als notwendiges Element marxistischer Theorie und Praxis und die Rede von Gott als ebenso notwendige Bestimmung christlicher Verkündigung theoretisch ausschließen und die Existenz des Pfarrers in beiden Kreisen als eine solche schizoiden Charakters beschrieben werden kann.

Es ist nun gerade von theologischer Seite — das Werk von Helmut Gollwitzer ist hier für die BRD wohl primär zu nennen — als ein für die Selbstaufklärung des Marxismus wie für die Selbstabklärung der christlichen Theologie und Kirche gleichermaßen wichtiger Punkt herausgestellt worden, daß der Atheismus als notwendige Prämisse marxistischer Theorie und Praxis mindestens in dem Maße zu problematisieren ist wie der am Atheismusvorwurf orientierte Antikommunismus als ein Konstituens christlicher Rede und christlichen Handelns. Denn kann der prinzipielle Atheismus gewisser (längst nicht aller) marxistischer Positionen als die historische Erbschaft einer Theorie verstanden werden, deren selbstvergessenes christliches Gegenüber genau zu dieser Position sachlich wie historisch zwang, dann kann

die Kirche nur um den Preis einer neuerlichen Selbstidentifikation mit dieser üblen Phase ihrer Vergangenheit ihren theoretischen Antikommunismus erneuern. Nur mangelnde Aufklärung über den tatsächlichen Stand der innermarxistischen Diskussion und über die Debatten zum Problemkreis Christentum und Sozialismus konnte die Kirche zum Rückzug auf dieses traditionelle Argumentationsmuster bewegen — wenn denn nicht der Hinweis auf die „gegenwärtige Situation" als Grund für jenen Unvereinbarkeitsbeschluß als Indiz für die Kollaboration der rheinischen Kirche mit dem Zeitgeist im Jahr der rheinischen Landtagswahl verstanden werden muß.

Als der theoretischen Argumentation übergeordnet und damit im Rang eines eigentlichen Zentralarguments erscheint das praktische Argument zur Unvereinbarkeit von Pfarramt und DKP-Mitgliedschaft, nach dem die Seelsorge an der ganzen Gemeinde die Option für diese Partei auszuschließen hätte. Denn nicht findet die Kirchenleitung das gesellschaftlich verordnete überparteiliche Erscheinungsbild des Pfarrers durch die Option für überhaupt eine Partei gefährdet, sondern erst die Entscheidung für diese Partei mobilisiert das kirchenoffizielle Verdikt. Die Kirche erklärt diesen sonderbaren Sachverhalt durch das dieser Partei im Unterschied zu den Bundestagsparteien anhängende Beiwort „radikal". Nun kann die Prädizierung der DKP als radikal kaum die Angelegenheit einer Kirche sein, deren eigene Theorie und Praxis die Radikalität der DKP um vieles übersteigen könnte und müßte. Die Radikalität der DKP wird denn auch von seiten der Kirchenleitungen angesichts ihrer eigenen potentiellen Radikalität nicht als zu gemäßigt, sondern über dem gesellschaftlichen Konsens der „Mitte" als zu verstiegen

charakterisiert und gescholten. Damit vollzieht die Argumentation der Kirche ein Anpassungsphänomen allerersten Ranges: ohne jede zwingende Notwendigkeit von ihrer Sache her argumentiert sie im Interesse genau des bürgerlichen Milieus und negiert damit praktisch, was zu betonen sie nicht müde wird: den Auftrag des Evangeliums zur aktiven und praktischen Wahrnehmung der christlichen Freiheit, der ganz besonders auch die Freiheit von vortheologischen Bindungen und Vorurteilen zum Problem machen könnte.

Die aktive und passive Unterstützung marxistischer Parteien und Gruppierungen durch Pfarrer und Theologen der Evangelischen Kirche impliziert eine Fülle von Problemen, deren Klärung z. B. von seiten der DKP erst abstrakt und pragmatisch („Die Frage des Atheismus ist keine Frage der Mitgliedschaft"), von seiten der Kirche aber schon definitiv durch disziplinarische Maßnahmen ohne ausreichende Begründung entschieden worden ist.

Unterhalb jener vermutlich auch sehr taktischen Entscheidung der DKP und diesseits der disziplinarischen Maßnahmen der Kirchen gegen ihre Amtsträger ist festzuhalten:

(1) Der faktische Atheismus in großen Teilen der sozialistischen Bewegung kann und braucht nicht die Mitgliedschaft in ihr und die Unterstützung für sie verunmöglichen, wenn die christliche Theologie ihren Fundamentalsatz der Solidarität mit den Atheisten zureichend reflektiert. Dann könnte die Kooperation der Christen auch mit der DKP dazu beitragen, daß die Wandlung des faktischen Atheismus zum prinzipiellen verhindert wird, und daß aus der vermutlich taktischen Bewegung der DKP in Richtung auf kirchliche Amtsträger eine permanente Haltung im gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistische Unordnung wird.

(2) Weder kann der evangelische Auftrag zur konkreten Parteilichkeit des Christen und Theologen durch das ausschließlich gesellschaftlich verordnete überparteiliche Erscheinungsbild des Pfarrers begrenzt werden, noch kann die reale Position des Christen im gesellschaftlichen Antagonismus auf seiten der sozialistischen Bewegung zum Prinzip seiner Existenz und die praktische Teilnahme an der Überwindung dieses Antagonismus zum Proprium (Eigentlichen) seines Tuns werden.

Sozialistische Theologen werden nicht anders als im Bewußtsein dieser Differenz in der sozialistischen Bewegung wie auch in der DKP arbeiten können — und daß sie es können, möchte mehr eine Angelegenheit sachlicher Allianz im Bewußtsein jener Differenz denn kirchenamtlicher Gebote oder Verbote sein.

HARTMUT RUDDIES,
Gruppe rheinische Theologiestudenten in Göttingen

Äthiopien: Eine linke Militärjunta?

Die Lage in Äthiopien ist gegenwärtig auch für Kenner der Situation schwer durchschaubar. Die nachfolgenden Texte geben eine Reihe von wichtigen Informationen. Trotzdem müssen wichtige Fragen nach dem inneren Zusammenhang der jüngsten Ereignisse noch unbeantwortet bleiben.

Am 20. Dezember letzten Jahres ließ der Militärrat in Addis Abeba verlauten, daß Äthiopien in der Zukunft einen sozialistischen Weg im Sinne Kubas, Tansanias und Chinas beschreiten werde. Hatten spontane Arbeitsniederlegungen und damit einhergehende Demonstrationen im Februar 1974 noch einen breiten Widerstand der Bevölkerung gegen das feudalistische System Haile Selassies dokumentiert, so zeigte das Deutsche Fernsehen nach der Bekanntgabe des neuen Kurses 20 000 disziplinierte Studenten, die im Stadion der Hauptstadt zum Einsatz als Lehrer in den Dörfern des Landes auf ihre letzten Instruktionen warteten.

Der „koordinierte Militärrat", der sich auf der Erkenntnis des begangenen Unrechts und das Bewußtsein einer gemeinsamen Klassenzugehörigkeit Anfang letzten Jahres gegründet hatte, ermöglichte Schritt für Schritt die Festsetzung der regimetreuen Generäle, korrupter Mitglieder des Landadels und schließlich auch des Premiers Makonnen. Indessen setzte der Ausschuß der bewaffneten Streitkräfte die Ernennung von General Aman Mikael Andom zum Verteidigungsminister und Generalstabschef durch, womit das Militär am 30. 6. 1974 auch faktisch die Macht übernahm.

Durch eine breite Aufklärungskampagne, die die kaiserliche Familie als „Blutsauger des Volkes" im regierungseigenen „Ethiopian Herald" darstellte, wurde die Aristokratie der rücksichtslosen Ausbeutung des Landes beschuldigt. Der schon seit Februar recht zahnlos anmutende „Löwe von Judah", wurde am 12. September, dem letzten Tag des in Äthiopien gültigen gregorianischen Kalenders gefangengesetzt, nachdem er der Proklamation der provisorischen Militärregierung zugestimmt hatte. Nach dem Staatsstreich, der „unblutigen Revolution", wie sie genannt wurde, kreierten die Militärs die Philosophie der neuen Ära: „Ethiopia Tikdem" — was soviel heißt wie „Äthiopien zuerst". Der „Ethiopian Herald" vom 13. September notiert unter Punkt 1 die Ziele des Militärrates: „Das Komitee wird sicherstellen, daß die Gleichheit jedes Äthiopiers, des Bauern, des Arbeiters und der allgemeinen Bevölkerung respektiert wird und daß die Rechte und der Fortschritt von jedermann geschützt werden". Freier Meinungsaustausch, die Verstaatlichung des Bodenbesitzes der Kaiserfamilie, mit dem Haile Selassie zuvor durch gezielte Verteilung von Pfründen seine Macht zu sichern in der Lage war, die Nationalisierung der Paläste und einiger Unternehmen sollten das Ende der materiellen Basis der Macht des Kaisers markieren. Hiermit war die Monarchie endgültig suspendiert und der Beginn unwiderruflicher Veränderungen gesetzt.

Doch wurden zu diesem Zeitpunkt dem feudalistischen Äthiopien der Vergangenheit Maximen gegenübergestellt, die inhaltlich dem Gedankengut der Französischen Revolution entliehen zu sein scheinen. Zugleich enthält die oben zitierte Äußerung den deutlichen Hinweis, daß die bestehenden Rechte der Herrschenden und besitzenden Gruppen in jedem Fall gesichert werden; mit anderen Worten würden z. B. Landbesetzungen durch die unter den elendesten Bedingungen lebenden Pächtern von den Militärs unterdrückt werden. In einem Interview mit dem „Stern" Nr. 39/74 kommentierte ein Offizier ihre neue Politik folgendermaßen: „Wir haben ihn (den Kaiser — d. Verf.) an den Schah von Persien erinnert, der selber eine „Revolution von oben" machte, als sein Thron und sein Land durch eine Revolution von unten gefährdet waren". Die Untersagung der Versammlungsfreiheit, das Eingreifen der Polizei bei der Formation von Demonstrationen in Addis Abeba und die Verhaftung der drei Spitzenvertreter der äthiopischen Gewerkschaft, die einen Generalstreik angekündigt hatten, brachte eine erste Erfahrung mit der realen Politik der neuen Machthaber.

Obgleich die Gewerkschaft mit einem Mitgliederstand von ca. 45 000 Mitgliedern keine Massenorganisation ist, stellte sie bis dahin die einzige zugelassene Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung dar. Nachdem ein 1962 zur staatlichen Kontrolle der Gewerkschaft erlassenes Gesetz die Landarbeiter, als die stärkste arbeitende Gruppe, von der Organisierung ausschloß, stützt sich die Gewerkschaft heute auf die ca. 165 000 Arbeiter (Gesamtbevölkerung ca. 26 Mill.), die in der äthiopischen Industrie beschäftigt sind. Die vorhandenen Industriebetriebe haben ihren Standort zu 90 Prozent in Addis Abeba und Asmara. So rechnet man in Addis Abeba mit einer potentiellen Arbeitskraft von ca. 300 000 Personen, von denen sich tatsächlich nur maximal 15 Prozent in einem Arbeitsprozeß befinden. Bedenkt man, daß die Hauptstadt Äthiopiens insofern eine Ausnahme darstellt, da sich hier die Stellen der staatlichen Administration, Zentren der Distribution in einem sonst nirgends vorfindbaren Maße konzentrieren, schrumpft die politische Bedeutung der organisierten Arbeiterklasse auf ein Minimum.

Die Studenten, die schon in den letzten Jahren als die politische Avantgarde des Landes in eine offene Konfrontation zum alten Regime getreten waren, forderten von den Militärs eine demokratische Zivilregierung. Sie hatten sich bei der anfänglichen Unterstützung der militärischen Bewegung eine positive Zukunft des Landes durch die Mobilisierung breitester Schichten des Volkes vorgestellt. Ihre Demonstrationen wurden jetzt gewaltsam zerschlagen, doch blieb die unter dem Kaiser praktizierte Deportation zur Zwangsarbeit in die Goldminen des Negus aus. Die Militärregierung kündigte dann in ihren nächsten Schritten eine Schließung der Senior-High-Schools und der Universitäten an. Die Studenten sollten zur ersten Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung zur Verbreitung der neuen Ziele eingesetzt werden. Diese verweigerten sich jedoch gegenüber den Absichten des Militärs, da sie hiermit von der politischen Aktion in den Zentren abgeschnitten worden wären mit dem Hinweis auf die noch nicht vollzogene Landreform, die in den Verlautbarungen — wie schon seit vielen Jahren — noch immer als eines der wichtigsten Vorhaben für die Zukunft bezeichnet wurde. Obgleich diese Maßnahme bei einer Bevölkerung, die zu über 90 Prozent in einer Landwirtschaft auf gepachteten Flächen arbeitet, die kaum die Subsistenz sichern kann und dabei Abgaben bis zu 70 Prozent der Ernte zu leisten sind, zu den zentralen Forderungen einer Existenzabsicherung gehört.

In der Folgezeit stellten sich die Auseinandersetzungen um die Provinz Eritrea in verstärktem Maße dar, und wurden zur Drehscheibe innenpolitischer Auseinandersetzungen. In diesem Gebiet kämpft seit 1962 eine Befreiungsbewegung, die sich gegen die Kolonisierung durch Äthiopien wendet. Das eritreische Volk kämpft mit den Mitteln des Guerillakrieges, der von der

ELF (Eritrea Liberation Front) und der PLF (People's Liberation Forces) organisiert wird. Die ELF verfolgt eher ein nationales Interesse, kann sich auf die Mehrheit der Bevölkerung stützen und wird materiell wie auch in der Ausbildung von Guerillakämpfern vom Sudan, Libyen und Syrien unterstützt.

Die PLF versteht sich als eine kommunistisch organisierte Befreiungsbewegung mit einem internationalistischen Standpunkt, der die Zusammenarbeit mit Äthiopien auf der Grundlage sozialistischer Prinzipien nicht ausschließen würde. Da sich dieses jedoch derzeit nur als eine theoretische Erwägung darstellt, haben sie sich zu einer Zusammenarbeit mit der ELF mit einer ausschließlich separatistischen und antiimperialistischen Zielsetzung entschlossen. Materiell erhalten sie von der VR China ihre notwendige Unterstützung. Nach eigenen Angaben kontrollieren sie zusammen zwei Drittel des eritreischen Territoriums, in dem sie kollektive Landbearbeitung, den Aufbau von Schulen und medizinische Einrichtungen vorantreiben konnten. Die wenigen Städte und Straßen der Provinz kontrolliert weitgehend die Armee unter massivem Bombeneinsatz in den angrenzenden Gebieten.

Nach dem Staatsstreich vom 12. September übernahm Andom die Führung in Äthiopien, der selbst ein Eritreer ist. Die dreitausendjährige Geschichte Äthiopiens weist nur wenige Führer auf, die nicht der herrschenden Klasse der Amharen entstammen, was jetzt seine besondere Bedeutung erhielt. Insbesondere mit der Person Andoms wurden Hoffnungen verbunden, das eritreische Problem einer politischen Lösung näherzubringen. Der neue Chef im Koordinationskomitee der Streitkräfte unternahm auch den Versuch, einen akzeptablen Ausgleich auf dem Verhandlungswege herbeizuführen, doch führte dieses wohlwollende Verhalten gegenüber den Separatisten zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten unter den Militärs. Die „Revolution der kleinen Schritte" mußte wieder der Politik mit Feuer und Schwert weichen, als Andom mit weiteren 60 Politikern und Militärs exekutiert wurde. General Teferi Benti — früherer Militärattaché in Washington und bis dahin Kommandeur der 2. Division in Eritrea — wurde zum neuen starken Mann in Äthiopien.

Die Auseinandersetzungen um die abtrünnige Provinz nahmen unterdessen eine bis zu diesem Zeitpunkt unbekannte Schärfe an. Parallel zur Verlegung größerer Truppenkontingente nach Eritrea, womit jetzt mehr als ein Drittel der gesamten Armee bei dieser Auseinandersetzung im Einsatz sein dürfte, verhängte die Militärregierung eine Nachrichtensperre über die Vorgänge in der Provinz.

Das Mosaik der politischen Ereignisse läßt bisher keine schlüssigen Interpretationen zu, da die internen Machtverschiebungen beim Militär keine Verfolgung eindeutiger Ziele erkennen läßt. Doch welchen Aktionsraum kann das Militär auf dem Hintergrund seiner Struktur und seiner Traditionen für politische Maßnahmen nutzen?

Betrachtet man die Position des Militärs in der feudalistischen Vergangenheit und in der Gesellschaft Äthiopiens, so gehörte die Mehrheit des Offizierkorps der amharischen „Klasse", der ländlichen Aristokratie u. der städtischen Plutokratie an, die sich auf ihre Landschenkungen und andere Privilegien stützen. Bei den Mannschaften und Unteroffizieren überwiegen andere ethnischen Gruppen, die im letzten Jahrhundert kulturell und ökonomisch von den Amharen kolonisiert worden sind. Die Unteroffiziere, die anfangs nur höhere Soldforderungen stellten, kooperierten schon sehr bald mit jungen Offizieren des Heeres und insbesondere der Waffengattungen mit dem höchsten technischen Stand, der Marine und der Luftwaffe, die durch ihre Ausbildung vielfach über eine mehrjährige Auslandserfahrung verfügen. Mit dieser Gruppe, die schon seit langem radikale Absichten zur schnellen Veränderung der äthiopischen Gesellschaft erkennen ließen, gelang es Zug um Zug, die reaktionären Kräfte aus der Spitze des Militärs und der Administration, die zum Kaiser absolut loyal standen, durch Inhaftierung auszuschalten. Die äthiopische Armee selbst ist heute die modernste Institution in einem der rückständigsten Staaten der Erde. Sie verfügt durch die massive Unterstützung der USA über qualitativ hochdifferenzierte Waffensysteme. Die Armee stellt sich somit durch die Konzentration der äthiopischen Intelligenz — sie rekrutiert sich aus der zu ca. 5 Prozent alphabetisierten Bevölkerung — und einem breiten Spektrum qualifizierter Ausbildungen als der innenpolitische Machtfaktor dar. Sie ist als die einzig denkbare Gruppe

Eritrea — der Kampf um Unabhängigkeit

Eritrea liegt an der Küste des Roten Meeres, ist mit 120 000 qkm ungefähr so groß wie die Schweiz und hat mehr als 3,5 Millionen Einwohner. Das Land, mit 1300 km Küstenlänge an der Verbindung zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean strategisch äußerst günstig gelegen, hat zudem zwei wichtige Häfen und verfügt über bedeutende Erdölvorkommen und andere Rohstoffe. Es ist eine ehemalige italienische Kolonie und war von 1942—1952 britisches Protektorat.

1948 wurde die Errichtung eines autonomen eritreischen Staates und für 1952 die Abhaltung von demokratischen Wahlen durch die UNO beschlossen. Daraufhin versuchte das Nachbarland Äthiopien, Eritrea unter seine koloniale Herrschaft zu bringen; hierbei wurden große Massen von Äthiopiern nach Eritrea eingeschleust und die Mitglieder der Partei für das freie Eritrea ermordet. Diese Partei ging daraufhin in den Untergrund. Durch die Einschüchteung der Bevölkerung wurde eine Volksabstimmung mit dem Ziel manipuliert, die UN davon zu überzeugen, daß Eritrea ein Bestandteil Äthiopiens ist. Die gelang auch, und die UNO beschloß die Bildung einer Föderation zwischen Eritrea und Äthiopien auf die Dauer von 10 Jahren.

Aufgrund des 1. UNO-Beschlusses wurde 1952 das eritreische Parlament ins Leben gerufen. Äthiopien begann damit, das eritreische Parlament durch Gewalt einzuschüchtern und zu manipulieren und sich somit in die internen Angelegenheiten Eritreas einzumischen.

1958 wurden bei einer Arbeiterkundgebung 500 Arbeiter ermordet. Die Gewerkschaften und Studentenorganisationen wurden vom äthiopischen Regime verboten und die Massenmedien (Zeitung und Radio) zensiert. Die Landessprache Tigrinya wurde in den Schulen verboten und Bücher in der Landessprache verbrannt mit dem Ziel der Zerstörung und Amharisierung der eritreischen Kultur. Amharisch wurde zur offiziellen Landessprache erklärt. Seit der Ergreifung der Macht durch die Äthiopier ist in Eritrea keine einzige Schule gebaut worden. Die in Eritrea vorhandene Industrie wurde nach Addis Abeba verlagert, wodurch viele Eritreer arbeitslos geworden sind.

1959 wurde — ohne Rücksicht auf den Beschluß der UNO und gegen den Willen der Bevölkerung — die Fahne Eritreas gegen die äthiopische ausgetauscht.

1960 wurde das eritreische Parlament und die eritreische Administration aufgelöst und das Land offiziell annektiert.

Verhaftungen, Folterungen und öffentliche Hinrichtungen waren an der Tagesordnung. Unter diesen Umständen begann die Organisation zur Befreiung Eritreas, mit Waffengewalt die Unterdrücker zu bekämpfen.

1961 wurde die „Eritrean Liberation Front" (ELF) gegründet, die wenig später den bewaffneten Kampf auf dem Lande aufnahm. Die eritreische Bevölkerung, zu 78 Prozent Bauern und Nomaden, waren damit unmittelbar in die Kämpfe einbezogen. Diese entwickelten sich zwar rasch in die Breite, jedoch fehlte eine wirklich politische Führung, die Analyse der konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse im Lande und damit ein politisches Programm der ELF überhaupt. Ein Zwiespalt in der militärischen und politischen Führung der ELF wurde von der Besatzungsmacht offensiv in ihrem Kampf gegen die Bevölkerung ausgenutzt. Die äthiopischen Gefängnisse sind voll von eritreischen politischen Häftlingen, die dort unter unmenschlichen Bedingungen gefangengehalten und brutal gefoltert und ermordet werden. Viele dieser Häftlinge sind verschwunden, und man hat Grund genug anzunehmen, daß diese ermordet worden sind. Die äthiopische Armee bombardierte unzählige Dörfer, massakrierte die Bewohner vieler Ortschaften, plünderte und vertrieb das Vieh der Bauern und vergiftete zahlreiche Wasserbrunnen.

1970 wurde über Eritrea der Ausnahmezustand verhängt. In Keren wurden 1970 bei einer religiösen Feier 625 Menschen ermordet, als die äthiopische Armee die Stadt mit Napalm bombardierte. Schon am nächsten Tag wurden 120 Zivilisten in Baskarada ermordet.

Die äthiopische Junta verschärfte 1974 nach dem Sturz von Haile Sellassie die Unterdrückung in Eritrea. In Om Hagier ermordete die äthiopische Armee an einem Tag über 300 Zivilisten, die Überlebenden flüchteten in den Sudan.

Im Januar 1975 wurden über 100 Zivilisten, Arbeiter und Studenten, kaltblütig auf offener Straße in Asmara mit Stahlsaiten erdrosselt und auf der Straße liegengelassen, um die übrige Bevölkerung einzuschüchtern.

Vor kurzem hat die äthiopische Junta offiziell den Kriegszustand in Eritrea ausgerufen. Am letzten Sonntag wurden zwei Dörfer nahe Asmara durch Luftangriffe und Artillerie vollständig zerstört und Massaker an der Bevölkerung verübt (Adi Sogdo und Wokideba).

Die äthiopische Armee hat unter dem Vorwand der Suche nach Waffen bei Hausdurchsuchungen Familien ausgeplündert, angebliche Verdächtige ermordet und Frauen vergewaltigt.

Die Junta hat alle öffentlichen Kommunikationsmittel (Telefon, Post etc.) lahmgelegt, den Flughafen geschlossen und die Zufahrtsstraßen blockiert (in Asmara). Außerdem wurde die Wasser- und Stromversorgung zerstört und eine totale Ausgangssperre verhängt. Die Lebensmittelvorräte wurden und werden knapp — damit ist ein großer Teil der Bevölkerung von Krankheit und Hunger bedroht.

Seit der Gründung der ELF wurden über 100 000 Eriteer Opfer von Massakern. Um den Gewalttaten zu entkommen, sind über 80 000 Eritreer in den Sudan und Tausende in andere Länder geflohen.

1974 schloß sich die ELF mit der PLF (People's Liberation Forces) zu einer Volksfront zusammen. Die Ziele der Volksfront (ELF) sind in ihrem anti-kolonialistischen und anti-imperialistischen Kampf gerichtet auf

- die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen
- auf Volksdemokratie
- die Errichtung von Volksräten
- und die Abhaltung demokratischer Wahlen in den Provinzen.

Der Kampf der ELF brachte bis jetzt die Befreiung von mehr als drei Viertel des gesamten eritreischen Territoriums.

MARIO DAMOLIN
ISZ HEIDELBERG
in Zusammenarbeit mit 4 Genossen aus Eritrea

anzusehen, die in der Lage ist, das straff und zentralistisch organisierte Staatswesen Haile Selassies zu übernehmen.
Schon während einer Auslandsreise des Kaisers 1960 nutzte eine Gruppe von radikalen Oppositionellen im Bündnis mit der „Body Guard" Haile Selassies die Situation zum ersten Putschversuch. Ließ sich dieser gescheiterte Versuch der Machtübernahme äußerlich mit einer Palastrevolution vergleichen, so brachte er in seinen Zielsetzungen doch Ansätze sozialrevolutionärer Politik in die öffentliche Diskussion. Periodische Studentenproteste und ethnische Aufstände bedrohten das Kaiserreich immer wieder begrenzt. Gleichzeitig mußten innere Schwächen im Zusammenhang mit einer permanenten Außenbedrohung durch die angrenzenden Staaten mit ungeklärten Gebietsansprüchen strategisch kalkuliert werden. Die massive Aufrüstung Somalias durch die UdSSR wurde jeweils durch die Verstärkung der äthiopischen durch die USA beantwortet.
Die äußere Bedrohung und das entstandene Machtvakuum nach der Absetzung des Kaisers ließen keine chaotischen Selbstfindungsprozesse zu, die zu einem Bürgerkrieg geführt hätten. Da es keine alternative politische Kraft in Äthiopien gibt, verfolgt das Militär eine äußerst direktive Politik zur Aufrechterhaltung der politischen Stabilität. Nach innen scheint die Militärjunta als eine modernisierende Bewegung zu wirken, die z. B. die Verstaatlichung erheblicher Teile der relativ schwach entwickelten Industrie vorantreibt und die Landreform in Angriff genommen hat. Nach außen bietet sie das Bild eines linksnationalistischen Regimes, das offensichtlich vor brutalsten Säuberungen innerhalb der eigenen Reihen nicht zurückschreckt. Die Militärs haben nach einer taktisch gut organisierten Demaskierung und Entmachtung des Kaisers und seiner Vasallen zwar den „Sozialismus ausgerufen" — wie es ein Berichterstatter in „Le Monde" bezeichnete, dabei aber in keiner Weise die äthiopische Öffentlichkeit hinter sich.

MANFRED WITTMANN

Demonstration französischer Soldaten in der BRD

Französische Soldaten demonstrieren

Am 13. Januar haben 300 Wehrpflichtige der 521. und 535. Transportgruppe der französischen Armee von 6.30 bis 8 Uhr in Karlsruhe demonstriert. Nach Abhaltung einer Generalversammlung verließen sie ihre Kaserne in Kampfausrüstung, marschierten durch die Straßen und verteilten an die Bevölkerung Flugblätter, die ihre Forderungen darlegten. Diese Forderungen betrafen hauptsächlich Eisenbahntarife, Urlaubsfragen und Besoldung. Darüber hinaus protestierten sie gegen die Plackerei und widerwärtige Behandlung, die ihnen in der Kaserne zuteil wird, sowie gegen die Tatsache, daß man sie nur ganz untergeordnete Arbeiten verrichten läßt.
Vor allem muß darauf hingewiesen werden, daß die in der BRD stationierten französischen Truppen noch anstrengendere Übungsmanöver durchzumachen haben als die in Frankreich stationierten Einheiten; und ihre Isolierung in Deutschland ist noch größer. Sie haben dort keinerlei Kontakt, mit der Bevölkerung, welche übrigens gegen diese französischen Mitbewohner oft etwas irritiert, wenn nicht sogar feindselig gestimmt wird. Denn obwohl die französischen Truppen, zugleich mit den anderen ausländischen Militärkräften sowie in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, theoretisch dazu bestimmt sind, die „Verteidigung des Westens" gegen eine eventuelle sowjetrussische „Aggression" zu sichern, sind die französischen Truppen noch immer, dreißig Jahre nach Kriegsende, Besatzungstruppen.
Diese Soldaten sind weit entfernt von ihrer Heimat, die Urlaubsmöglichkeiten sind sehr unzureichend, und sie müssen die Transportkosten auf deutschem Boden mit ihrem eigenen, lächerlich geringen Sold bezahlen. Daß die Unzufriedenheit mit diesen Verhältnissen durch eine Straßendemonstration in einer ausländischen Stadt zum Ausdruck kommt, d. h. durch einen kollektiven Akt der Widersetzung gegen die Militärdisziplin, ist nur zu verstehen, wenn man in Betracht zieht, daß in Frankreich selbst eine starke Bewegung zur Anfechtung der Armee, und speziell des Wehrdienstes (allgemeine Wehrpflicht) zu verzeichnen ist. Diese Bewegung hat insbesondere zur Bildung von Soldatenkomitees in einer Anzahl von Kasernen geführt. Sie hat sich besonders wirkungsvoll anläßlich einer Soldatendemonstration im vorigen September in der südfranzösischen Stadt Draguignan bemerkbar gemacht und die französische öffentliche Meinung stark beeindruckt.
Die Bedeutung der Demonstration von Karlsruhe ist um so größer, als für die französischen Militärbehörden die in der BRD stationierten Truppen sogenannte „Elite"-Truppen darstellen, die in Krisensituationen — d. h. im Falle von Revolten in der französischen Bevölkerung zur Unterdrückung solcher Revolten herangezogen würden. Bekanntlich hatte sich De Gaulle im Mai 1968 nach Baden-Baden begeben, um sich dort der vorbehaltlosen Unterstützung des Generals Massu zu versichern für den Fall eines Einsatzes der „FFA" (Forces Français en Allemagne) gegen die Pariser Bevölkerung.
Schließlich kann die Demonstration von Karlsruhe ‚objektiv gesehen, als ein recht bedeutender und bedrohlicher Angriff auf die Politik der französischen Regierung angesehen werden; Ziel dieser Politik ist ja immer noch, in der BRD, in Verbindung mit der NATO, eine französische Truppenabteilung aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde hält das französische Antimilitaristische Komitee die Demonstration in Karlsruhe für absolut positiv, und hat, sobald das Ereignis bekannt wurde, diese Demonstration unterstützt und seine Solidarität mit derselben zum Ausdruck gebracht. Das Komitee macht es sich zur Aufgabe, die Unterstützung der Widerstandskämpfe der französischen Soldaten in der BRD durch verstärkte antimilitaristische Arbeit in der französischen Zivilbevölkerung immer weitgehender zu konkretisieren.

COMITE ANTIMILITARISTE,
PARIS

Buchladen Verlag 2000

Frankfurt-Bockenheim,
Jügelstraße 1, Studentenhaus

Politische Ökonomie · Pädagogik · Literatur zur Frauen- und Lehrlingsbewegung · Literatur aus der Arbeitswelt · Aktuelle politische Bücher und Zeitschriften · Politische Schallplatten · Kinderplatten und Kinderbücher

Buchladen des Sozialistischen Büros geöffnet montags bis freitags, 9—18.30 Uhr

Griechenland nach den Wahlen

Der Prozeß der Ablösung der Junta durch das parlamentarische Regime unter Karamanlis ist in Griechenland noch nicht abgeschlossen. Die Mechanismen, welcher sich die Junta bediente, sind nicht alle zerschlagen worden. Einige Offiziere, die des Hochverrats wegen Beteiligung am Putsch von 1967 angeklagt werden, erschienen vor dem Richter unter Begleitung ihrer „Gorillas", ihrer Beschützer. In den ersten Tagen dieses Jahres wurde ein Student in einer Provinzstadt von der Gendarmerie gefoltert; er sollte zugeben, Parolen an die Hauswände gemalt zu haben. Ende Januar wurde von der TU ein Student von einer Schläger-Gruppe lebensgefährlich mit dem Messer verletzt. Die Gruppe war dabei, an die TU faschistische Parolen der Organisation „Neue Ordnung" zu malen und die Parolen der demokratischen Organisationen zu beseitigen. Die „Säuberung" in den Universitäten, im Verwaltungsapparat, in der Armee, der Polizei und der Justiz ist nur teilweise oder überhaupt nicht durchgeführt worden. Der Außenminister Bitsios war auch schon in der Diktaturperiode Minister, und der jetzige Verteidigungsminister Averof hatte sich 1968 für eine Zusammenarbeit mit der Junta eingesetzt. Die Regierung wollte oder

konnte die Rundfunkstation der Armee bisher nicht unter ihre politische Führung bringen. Dies alles gehört zum Bild des herrschenden politischen Klimas im Lande.

Das Parlament diskutiert über die Verfassung, deren Entwurf sich weitgehend an die Junta-Verfassung von 1968 anlehnt und Kontrollmechanismen in Richtung eines Polizeistaates einführen will. Es wird darauf abgezielt, die Exekutive zu stärken und dem Präsidenten der neuen Republik weitestgehende Machtbefugnisse zu geben. Eine Verfassung, zugeschnitten auf Karamanlis.

Im Zuge des Sturzes der Diktatur unter dem Druck der Zypern-Verwicklung im Juli 1974 wurde Karamanlis zunächst nicht als Vertreter einer demokratischen Lösung ins Land zurückgeholt, sondern als Retter für die herrschende Klasse. Als sich die Militärs und die Politiker am 23. Juli 1974 darüber einigten, Karamanlis nach Griechenland zu rufen, war es ihnen klar, daß die demokratische Lösung durchgesetzt werden mußte. Die bürgerliche Klasse in ihrer Gesamtheit hatte einen Übergang zum Parlamentarismus bereits zu den ersten Jahren der Diktatur anvisiert. Averof, der jetzige Verteidigungsminister, hatte damals von der „Brücke" zu den Militärs gesprochen. Der Versuch von Papadopoulos mit der kurzlebigen Regierung Markesinis im Sommer 1973 war nichts anderes, als der Versuch, den Weg zu einem Parlamentarismus zu öffnen und damit aus der Sackgasse, in die die Militärjunta das Land geführt hatte, herauszukommen. Dieser Versuch blieb allerdings erfolglos. Deshalb mußte die „Lösung Karamanlis" als Ablösung der Junta zur Einführung des Parlamentarismus abgesichert werden.

Die Übergangsregierung Karamanlis wurde als eine Regierung der „nationalen Einheit" propagiert, obwohl weder die beiden kommunistischen Parteien noch Papandreou an ihr beteiligt waren. Statt dessen stützte sie die Zentrumsunion und einige „Persönlichkeiten" (wie Mangakis, Tsatsos, Pesmaroglou, Protopapas), die von der Militärjunta verhaftet, verbannt und sogar gefoltert worden waren. Der Führer der Zentrumsunion, Mavros, war bekanntlich ein prominenter Gefangener der Junta auf Jaros gewesen. So präsentierte Karamanlis seine Regierung als eine Regierung, an der „die Widerstandskräfte" maßgeblichen Anteil haben. Mit Protopapas, Generalsekretär einer unbedeutenden sozialdemokratischen Gruppe, waren angeblich sogar die „Sozialisten" an der Regierung beteiligt! Dem Volk gegenüber sollte auf diese Weise der Eindruck erweckt werden, man steuere auf eine „wahre" Demokratie hin.

Als nun der Wahlkampf unter einem Wahlgesetz begann, dem die Zentrumsunion und die ihr später angeschlossenen „Neuen Kräfte" zugestimmt hatten, handelte die Opposition hilflos. Die Zentrumsunion beschuldigte Karamanlis, bot jedoch keine Alternative an, Die beiden KPs schlossen zusammen mit der von der KP-Inland kontrollierten EDA-Partei ein Wahlbündnis, konnten jedoch über ihre Feindseligkeiten nicht hinwegtäuschen. Die Kandidaten kämpften oft gegeneinander, während beide Parteien geängstigt von den provokativen Parolen von Papandreou, Karamanlis weitgehend unterstützten. Papandreou hat in der von ihm gegründeten PASOK (Panhellenistische Bewegung) heterogene Kräfte gesammelt, die nach tiefgehenden Änderungen suchen, ideologisch jedoch diffus sind. Auf der einen Seite stehen um Papandreou Personen, die sich mit ihm persönlich verbunden fühlen und von seiner Persönlichkeit angezogen werden; auf der anderen Seite sammeln sich um eine marxistische Gruppe, welche aus einer sich der PASOK angeschlossenen Fraktion der Widerstandsorganisation „Demokratische Verteidigung" herstammt, Kräfte, die sich für eine demokratische Partei einsetzen und über Bürgerinitiativen eine Basisorganisation schaffen wollen. Papandreou ist es gelungen, in die Namenslosigkeit eines circa hundert Mitglieder zählenden Zentralkomitees alle führenden Personen hineinzumanövrieren, und dabei doch für sich die Alleinherrschaft zu sichern.

In der Wahlperiode setzte sich nun Papandreou unkritisch für unmittelbare sozialistische Änderungen ein. Unkritisch in dem Sinne, daß er in der Diktaturperiode kein geschlossenes und konsequentes Programm entwickeln konnte. Sein Sozialismus besteht aus Teilen verschiedener Theorien, welche unter dem Einfluß der linken Bewegung in Amerika und in Westeuropa in den letzten Jahren auf den griechischen Fall übertragen wurden. Ohne auf eine Analyse der konkreten griechischen Situation einzugehen, ohne sich nach den Trägern der sozialistischen Veränderungen im Rahmen der Klassen- und Machtverhältnisse im Lande zu fragen ,ohne ein strategisches Konzept vorzulegen, wie man an die Macht unter den konkreten Bedingungen in Griechenland kommen kann, setzte sich Papandreou für Verstaatlichung, Enteignungen, soziale Kontrollen und sogar unmittelbar für den 18. November, d. h. direkt nach einem angeblichen Wahlsieg, ein. Dies hatte zur Konsequenz, daß das Volk, das besser die Situation einschätzte, sich danach fragte ,wohin eine solche unreflektierte, letzten Endes demagogische Politik führen könnte.

Die Rechte hatte das Dilemma formuliert: Karamanlis oder die Panzer! Die Opposition versuchte dieses Dilemma abzutun. Sie bescheinigte sogar der Armee — und zwar alle Parteien und Führer der Opposition — demokratische Gesinnung, was wir als den „Fehler von Allende" bezeichnen. Dies war aber Betrug oder Opportunismus. Denn auch die Opposition wußte, daß die durch den Sturz der Diktatur herbeigeführte Änderung nur Karamanlis heißen konnte, zumal in der Armee keine linken Kräfte, wie in Portugal, vorhanden waren. Darüber hinaus wußte sie auch, daß gerade das „Sozialistische Programm" von Papandreou den notwendigen Anlaß für die Bourgeoisie bieten würde, wieder die Panzer einzusetzen.

Hinter der PASOK stehen wirklich viele Erneuerungskräfte. Es geht dabei hauptsächlich um die Studenten ,die den Geist des Novemberaufstandes von 1973 verkörpern, Teile der Bauern, Beamten, Angestellten und Intellektuellen. Der PASOK fehlt die Arbeiterbasis. Sie ist eine linke Partei, die sich marxistisch gibt, deren soziale Fundamente jedoch kleinbürgerlich sind.

Im gegen den König ausgelaufenen Referendum konnten sich die Opposition und die Kräfte um Karamanlis einigen. Die Abschaffung der Monarchie diente einmal den Plänen von Karamanlis selbst, die Regierungsgewalt als Alleinherrscher auszuüben; darüber hinaus erweckte sie beim Volk den Eindruck, daß sich in der Tat einiges änderte und daß eine „wahre" Demokratie eingeführt wurde.

Mit Karamanlis hat das griechische Großkapital wieder seine Position gefestigt. Die Bindungen an Westeuropa, ein starkes Anliegen der griechischen Großbourgeoisie seit der Assoziierung mit der EWG im Jahre 1962, werden nun schnell wieder gefestigt. Das europäische Kapital, insbesondere das französische und das deutsche, haben reges Interesse gezeigt, in Griechenland Investitionen durchzuführen und das Kleinbürgertum steht hinter der Lösung Karamanlis, weil sie ihm scheinbar Stabilität und Ordnung bietet.

MARIOS NIKOLINAKOS

Rotbuch 129: Preobrashenskij UdSSR 1975

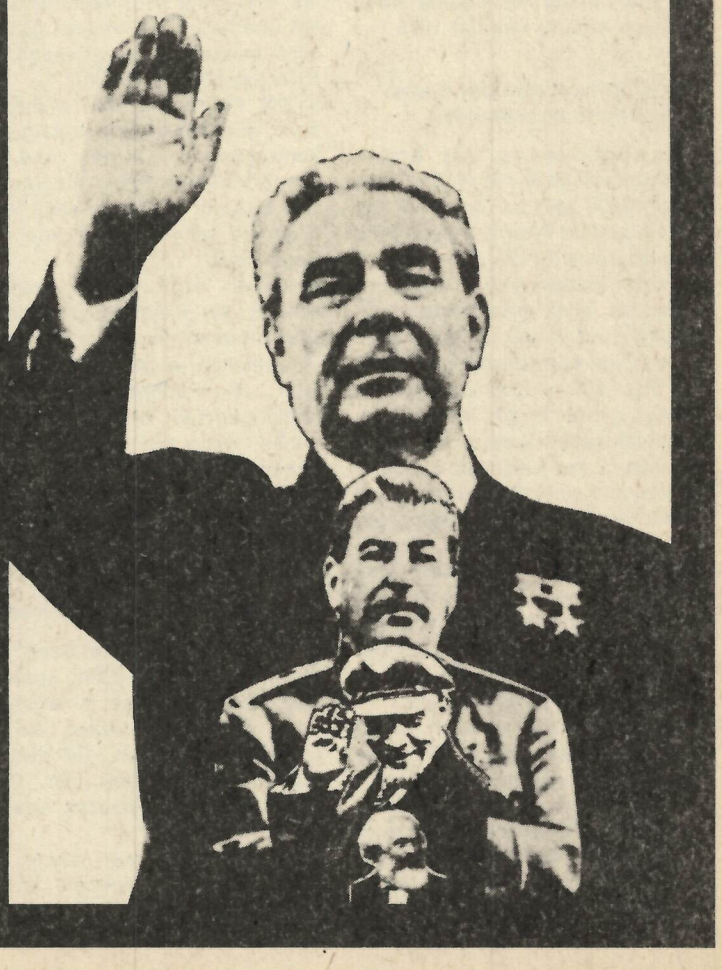
Ein Rückblick in die Zukunft

Vorwort von Bernd Rabehl

Aus dem Russischen von Eckart Schiele

In den 70er Jahren, so meint Preobrashenskij, der dieses Buch 1921 geschrieben hat, ist die Sowjetunion dabei, die kapitalistischen Muttermale zu überwinden, den Unterschied zwischen Industrie und Landwirtschaft auszugleichen und die sozialistische Demokratie zu festigen. Preobrashenskij ist ein Kronzeuge dafür, wie sich die frühen Bolschewiki die Vollendung der Revolution vorgestellt haben. – Was ist dagegen aus ihr geworden? Um diesen Vergleich kritisch machen zu können, brauchen wir sein Buch gerade heute.

160 Seiten, DM 8,– (im Abonnement DM 7,–)



Isolationshaft in der BRD am Beispiel Brigitte Heinrich

Brigitte Heinrich, Diplom-Volkswirtin wurde am 26. 11. 1974 im Rahmen der „Aktion Winterreise" verhaftet. Sie sitzt seitdem, obwohl anscheinend ernstlich erkrankt, in der Mainzer Justizvollzugsanstalt in Untersuchungshaft. Sie wird dort in systematischer Isolationshaft gehalten: Keine Kontakte zu anderen Gefangenen; die Eltern dürfen sie 14tägig nur 30 Minuten besuchen; bis Ende Januar erhielten nur zwei andere Besucher eine 15minütige Besuchserlaubnis; Unterbringung im toten Trakt; selbst gezeichnete Bilder wurden von den kahlen Zellenwänden wieder abgerissen; bis Anfang Februar wurde ihr weder eine Uhr noch ein Transistorradio genehmigt; ihre Verteidiger erhielten keine Akteneinsicht konnten also gar nicht wirksam gegen die Fortsetzung der U-Haft von Brigitte Heinrich vorgehen. Wir gehen hier nicht auf die fadenscheinigen Beschuldigungen gegen Brigitte Heinrich ein. Uns geht es vielmehr um die systematische Entrechtung politischer Gegner und ihre Unterwerfung unter Isolierhaft, um sie psychisch zu zerbrechen. Beides wird am Beispiel Brigitte Heinrich exemplarisch deutlich. Wir lassen sie selbst dazu sprechen:

Aus einer Erklärung Brigitte Heinrichs von Anfang Februar 1975

Was Bundeskriminalamt und Justiz einem so zumuten:

1. Die Entscheidung des Ermittlungsrichters über die Haftprüfung (17. 12. 1974) teilt mir das BKA (im Beisein meiner Eltern) bereits zwei Wochen zuvor (3. 12.) mit.
2. Diese Haftprüfung sollte ursprünglich ohne persönliche Vorführung und ohne Akteneinsicht des Anwalts durchgezogen werden, war also eine Farce von Anfang an. Auf meine Frage, warum das so gehandhabt würde, erklärte ein BKA-Mann, der anläßlich der Aushändigung meiner Schreibmaschine eigens von Bonn nach Mainz gereist war (13. 12.): „Der Ermittlungsrichter ist der Ansicht, daß das Ergebnis so oder so negativ ausfällt." Bemerkenswert wie gut das BKA über die Meinung der Justiz schon vor der Haftprüfung über deren Ausgang informiert war.
3. Auf dem Rückweg nach Mainz nach der Haftprüfung erklärte das BKA die Anhörung vor dem Ermittlungsrichter wörtlich für „wertlos" und wußte darüberhinaus auch schon, wie die Bundesrichter in Zukunft entscheiden werden: Verurteilung ohne Bewährung bei einem künftigen Prozeß, bis zu dessen

Beginn ich in Haft bleibe. Dabei sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen.
4. Wie der Entscheidungsprozeß der Ermittlungsrichter über einen Hatfbefehl (Aufhebung oder Außervollzugsetzung) vor sich geht, beschreibt das BKA mit diesem Wortlaut „ . . .dann gehen wir dahin und sagen dem ‚lassen Sie die mal laufen'". Die haben nicht die geringste Hemmung zuzugeben, daß Entscheidungen über Fortbestehen, Aufhebung oder Außervollzugsetzung von Haftbefehlen auf Veranlassung des BKA beim BGH erfolgen. Als conditio sine qua no, daß eine andere Entscheidung als die eines Fortbestehens des HB überhaupt in Betracht gezogen wird, nennen sie die Aussage beim BKA („volles Geständnis").
5. Die Forderung, den bisher geheim gehaltenen Anschuldigungen konfrontiert zu werden, und zwar vom Ermittlungsrichter, beantwortet das BKA so: „ . . .dann steht ja das Ergebnis schon wieder von vornherein fest".
6. Selbst dem Ermittlungsrichter scheint die „Beweisfront", die das BKA offenbar gegenwärtig aufbaut, vorenthalten zu werden: Dazu das BKA: „Das können wir dem Ermittlungsrichter erst zu den Akten geben, wenn wir das ausermittelt haben."

Brief an die Studenten ihres Seminars (Auszug) v. 17. 1. 1975

Politische Isolierung aufheben!

Eine ungeheuer dufte Sache sind diese Briefe. Sie leisten mehr als Gesellschaft in der Isolation der Zelle, sie durchbrechen sie und lassen einen wissen, daß das, was man als Einsamkeit, als Eingeschlossensein empfindet, subjektiv ist.
Natürlich findet man diese Zelle zum Kotzen, bekommt Wutausbrüche, vegetative Störungen, will Türen und Fenster aufreißen, will den Himmel sehen, was nicht geht — Bedürfnisse, denen sie mit Beruhigungspillen zu Leibe rücken, die nicht mehr bewirken wie ein Glas Wasser, weil man nicht mit den Produkten der pharmazeutischen Industrie den totalen Widersinn dieses Knast-, Polizei- und Justizapparates aus dem Bewußtsein entfernen kann.
Nie bekomme ich einen anderen Gefangenen in diesem Knast zu Gesicht. Die anderen Gefangen dürfen nicht wissen, daß es mich hier gibt. Wann ich den Koller kriege, haben die schon berechnet — nächste Woche etwa, sagte man mir.
Es wird ihnen nicht gelingen!!!
Die Untersuchungen über die Auswirkungen der Isolation kenne ich. Sie fragen nicht danach, ob psychische Deformationserscheinungen auftreten, sondern wann und mit welcher Intensität, was natürlich von Dauer und Grad der Isolation abhängt und der psychischen Konstitution des Isolierten, z. B. seinem Bedürfnis nach Kommunikation, Information usw. Manchmal empfinde ich diesen Zustand hier als eine Art schleichender Gehirnwäsche. Uhr und Transistorradio werden vom BGH verweigert. Die Augen sehen nichts anderes als die Gitter vorm Fenster (man kann nicht den ganzen Tag Bücher lesen oder schreiben). Durch die Fenster kann man nicht nach draußen sehen. Die Ohren hören nichts anderes als die Schritte der Wärter und ab 17 Uhr das Gedudel des Volksempfängers: immer nur Werbefunk oder pop shop, am Wochenende Sport, und jetzt nach und nach dieser Karneval. Interessante Programme werden zentral abgestellt, manchmal die Nachrichten unterbrochen, bis zum Wetterbericht.

Spenden für Brigitte Heinrich

In U-Haft hat Brigitte Heinrich keine Einkünfte mehr. Sie benötigt aber Geld für die Bezahlung ihrer Wohnung, des Rechtsanwalts und für die wichtigsten Dinge im Gefängnis. Ihre monatlichen Kosten liegen zwischen 850,— und 1000,— DM. Sie können auf Dauer von den Eltern nicht aufgebracht werden. Unsere Bitte deshalb: überweist Geld auf das Konto der Mutter:
Frau Hedwig Heinrich, 6 Frankfurt/M., PS 2934 23 - 604 PSA Ffm oder Frankfurter Sparkasse von 1822, Kto. Frau Hedwig Heinrich, Nr. 306-21005
Kennwort: Spende für Brigitte Heinrich

Zeitungsberichte über das „komfortable Leben" der politischen Gefangenen sind gemeine Lüge und Heuchelei.
Wenn Ihr mir schreibt, daß die Seminare weiterlaufen, daß aus den Seminargruppen sich Ansätze politischer Arbeit entwickelt haben, wenn Ihr Flugblätter schreibt, Presseerklärungen, wenn Ihr die Anonymität in den Seminaren aufgehoben habt, wenn Ihr den politischen Zweck der Wintereise diskutiert, dann ist das eben viel mehr als ein Brief, der einem zeigt, daß da jemand an einen denkt.
Wenn eine der berüchtigsten Foltermethoden in Brasilien und Uruguay das sog. weiße Zimmer ist — wo man die Gefangenen eine Zeitlang im weiß gekalkten Raum bei Wasserentzug hält (und wo außerhalb der „Behandlung" Psychologen den Moment abwarten, wo der Gefangene verrückt wird) — ist das eine verschärfte Art der Isolation. Oder die Methoden, dem Gefangenen durch Verbinden der Augen, Kapuzen, Fesseln von Händen das Gefühl totaler Hilflosigkeit zu geben, ihm die Orientierung zu rauben — das Prinzip, das dem zugrunde liegt, ist Isolation. Nein, man kann das nicht so einfach vergleichen, was dort geschieht und hier. Wenn man in Uruguay, in Portugal (vor dem Putsch), in Brasilien, im Iran die Gefangenen am Rande des Todes gefoltert hat (Vgl. FAZ extra), dann war ein System in Gefahr. Isolation wurde nie allein angewandt, sondern kombiniert mit physischer Folter in allen Abstufungen der Bestialität. Entwicklung und Ausbildung in den Techniken der Repression werden heute international koordiniert, ihre Anwendung ist von Land zu Land unterschiedlich, je nach der Schärfe der Krise.
Isolation ist nicht das letzte Mittel der herrschenden Klassen, sondern eines unter vielen. Wenn der Hungerstreik gegen Isolation unser letztes Mittel wäre, dann wären wir am Ende. Solidarität überwindet die politische Isolierung, und um die geht es in erster Linie.

Briefe an ihre Mutter v. 27. 1. 1975 (Auszug)

Ich werde keine Verbrechen verschweigen

Wie es mir gesundheitlich geht? Liebe Mutti, was gesundheitlich mit einem geschieht, das ist ein kalkulierter Prozeß. Hier in der BRD reißt man den politischen Gefangenen keine Fingernägel mehr aus; dazu ist man sich zu fein und man

würde auch nicht verkraften, von der Weltöffentlichkeit nach der ganzen Bestialität des Nazifaschismus angegriffen zu werden, nachdem man Milliarden und Abermilliarden fürs politische Image gezahlt hat. Isolation wirkt zwar langsamer aber umso sicherer, sicherer als die physische Folter. Sie wirkt im Kopf. Nein ich bin noch nicht verrückt, obwohl man mir den Koller schon für letzte Woche vorhergesagt hat. Offenbar haben sie's genau berechnet. Aber ich bekomme jetzt ständig Atemnot. Zuerst nur zweimal in der Woche, jetzt täglich zweimal. Und dann zieht's mir das Blut aus dem Gesicht und mir wird schwindelig. Das hab ich vor allem abends, manchmal inzwischen schon am Tage. Abends ist niemand hier, da kann man sich totklingeln. Der Arzt kann nichts dagegen tun, er gibt Beruhigungspillen, aber die ändern so gut wie nichts. Er meint, man könnte nur hoffen, daß die Haft nicht so lang dauert, sonst wäre ich gesundheitlich im Eimer- und zwar auf Dauer. Du magst Dich fragen, warum das bei mir so schnell geht. Nun, ich hatte eine ganz andere Perspektive als die anderen, die im Knast sitzen. Deshalb kann ich mich auch nicht so einfach damit abfinden. Ich will nicht, daß Ihr Euch damit abfindet und sagt „man kann ja doch nichts dagegen tun!" Wir haben oft diskutiert, klar, wenn das alle sagen, dann kann man auch nichts dagegen tun. Als ich klein war, hab ich Euch madig gemacht mit meinen Fragen, wie das war im Faschismus, wie so was möglich war. Die Antwort war immer, daß es so wenig Informationsmöglichkeiten gab. Gut, heute gibt es Informationsmöglichkeiten, noch gibt es sie. Und das, was wir wissen oder erfahren haben, dürfen wir nicht für uns alleine behalten, wir müssen es weitersagen, sonst nützt dieses Wissen niemandem. Gut, dabei kann man in den Knast geraten, wie ich. Aber eines sollt Ihr wissen, sobald ich hier rauskomme, dann werde ich auf der Stelle weitermachen, kein einziges ihrer Verbrechen werde ich verschweigen.

Historische Erfahrungen und experimentelle Untersuchungen zur Isolationshaft

Der englische Neuro-Psychologe Dr. Tim Shallice hat im ‚New Scientist' (Nr. 925, Bd. 64) die Folgen von Isolationshaft an Hand historischer Erfahrungen und experimenteller Untersuchungen beschrieben. Wir bringen den Textauszug nach der Übersetzung des ‚Zeitdienstes' v. 10. und 17. 1. 1975.

In unserem Jahrhundert bildete und bildet die Einzelhaft das Herzstück zweier berüchtigter Methoden zur Brechung des Willens — beim stalinistischen KGB als Vorbereitung von Verhören während der großen Säuberungen, in Südafrika als Bestandteil der Praktiken beim Vollzug der 90-Tage-Haft-Gesetze. Gefangene in der Sowjetunion mußten wie Ulrike Meinhof, bei eingeschaltetem Licht schlafen, überdies wurde über sie teilweiser Nahrungsentzug verhängt. L. E. Hinkle und H. G. Wolff (Arch. Neurol. Psychiat., Bd. 76, S. 115) berichten, die sowjetischen Methoden hätten zu einem Zustand geführt, in welchem der Gefangene in totaten Trübsinn verfiel, Alpträume hatte und jede Aufmerksamkeit für seine Umgebung wie auch für seine äußere Erscheinung vermissen ließ. Oft äußerten die Eingeschlossenen wirre Phantasien.

Die damaligen sowjetischen Methoden waren härter, aber von kürzerer Dauer als die heutigen in Westdeutschland. Jene in Südafrika gelten in den meisten Belangen als weniger brutal als die deutschen und ebenfalls kurzfristiger. Das Essen wird als ausreichend beschrieben, der Schlaf wird nicht unterbrochen, die Wächter gelten als vergleichsweise umgänglich, auch sind gelegentliche Kontakte mit Gefangenen in Nebenzellen möglich. Jedoch: Laut A. S. Mathews und R. C. Albino (S. African Law J. 1966, S. 16) begingen zwei unter den 90-Tage-Gesetzen Eingesperrte in der Einzelhaft Selbstmord und mehrere andere mußten nach der Freilassung in Irrenanstalten eingewiesen werden.

Angst und Panik im Experiment

Die größte Annäherung an die Auswirkungen der Isolierhaft läßt sich im wissenschaftlichen Experiment unter den Bedingungen der totalen Abschirmung von Sinneswahrnehmungen erzielen, was wiederum des Psychologen Abstraktion sogenannter Gehirnwäsche ist. In der normalen Experimentiersituation mit solchem Entzug von Eindrükken (‚sensory deprivation') liegt die Versuchsperson auf einem bequemen Bett und wird in möglichst hohem Ausmaß von visuellen, akustischen und taktilen Reizen isoliert. Manche gutbezahlten Freiwillige halten diese milde Form nicht länger als ein paar Stunden aus, die meisten brechen unter härteren Formen in noch kürzerer Zeit zusammen. Versuchspersonen, die eine gewisse Frist durchgehalten haben, geben meistens plötzlich wegen unüberwindlichen Anfällen extremer Angst- und Panikgefühle auf.

Eine große Zahl von angsterzeugenden Erscheinungen wird dabei festgestellt: Unfähigkeit, geordnet zu denken (‚ein Wirrwarr von Gedanken ohne Sinn und Ordnung'); Furcht, nicht bei Verstand zu bleiben; Halluzinationen mit der Empfindung, langsam zu ersticken oder umgebracht zu werden; Verzerrung des Körpergefühls (‚mein Kopf ist ein rotierender Kegel, der sich von meinem Leib entfernt'); schließlich paranoide Zustände (Smith und Lewty, Lancet, 1959, Bd. 2.)

Sozialer Entzug — Reizentzug

Die am meisten verbreiteten Theorien über die Wirkung des Reiz-Entzuges benützen reduktionistisch Erklärungen, die auf der Ansicht beruhen, Organismen benötigen eben ein Mindestmaß an aufmerksamkeitserregenden Einflüssen. In einer Untersuchung über die in Nordirland angewendete "Kapuzen-Folter" (dabei wurde den Opfern ein dicker Stoffsack über den Kopf gestülpt, dann wurden sie mit extrem starken Lärmquellen beschallt, bis sie jeden Kontakt mit der Umwelt verloren; Red.) habe ich demgegenüber behauptet, daß reduktionistische Theorien die auftretenden Symptome nicht erklären. Vielmehr müssen psychodynamische Faktoren einbezogen werden — zum Beispiel die Tatsache, daß für die Aufrechterhaltung rationaler Denkprozesse eine ständige Wechselwirkung des Bewußtseins mit der umgebenden Realität erforderlich ist.

Im Rahmen dieser Auffassung besteht die Realität nicht nur aus Dingen — sie ist auch sozial. Die Wirkungen sozialer Isolierung werden sich also — auch wenn sie langsamer zum Tragen kommen, mit jenen des Reiz-Entzuges verbinden.

Wir wissen, daß Reizentzug nicht ein alles oder Nichts ist, es gibt da ein breites Spektrum von Möglichkeiten, von denen die Geschwindigkeit der Wirkung abhängt. Dieses Spektrum reicht vom Schweben in einem verdunkelten, schalldichten Wasserbad bis zum Aufenthalt in einer lediglich monotonen Umgebung. In der Situation des "Toten Traktes" wird nun diese Komponente der Eintönigkeit der extremen sozialen Isolierung hinzugefügt.

Aus dem Studium der Gründe, welche Versuchspersonen bewogen, aus Reizentzugs-Experimenten „auszusteigen", geht hervor, daß ein positiver Rückkoppelungsprozeß zwischen gesteigertem Angstzustand und damit erhöhter Wahrscheinlichkeit der Wahrnehmung seltsamer subjektiver Erscheinungen in Gang kommt; sobald dieser Prozeß einmal begonnen hat, ist er nicht mehr rückgängig zu machen.

Wenn dem Gefangenen besagte Möglichkeit des „Aussteigens" verwehrt ist und von Anfang an starke Angstgefühle vorhanden sind, werden sehr rasch traumatische Grade von Furcht erreicht, mit allen dann zu erwartenden psychologischen Symptomen. Von diesem Effekt wurde in Nordirland bei der „Kapuzen-Folter" Gebrauch gemacht. Da soziale Isolierung eine ähnliche auf Ich-Spaltung zielende Wirkung hat, ist zu erwarten, daß ein vergleichbarer Prozeß auch in der Isolierhaft stattfindet, wobei der Zeitraum seiner Erstreckung von wenigen Tagen bis mehreren Monaten schwanken kann und sehr starke individuelle Unterschiede auftreten. Die „Kapuzen-Folter" dauerte jeweils sechs Tage; die Isolierhaft hat eine charakteristische Minimaldauer von 90 Tagen.

Verzerrung der Körperempfindung — Entpersönlichung

Zwei Berichte von Erfahrungen Gefangener zeigen die Vergleichbarkeit — aber auch die schlimmeren Auswirkungen — von Symptomen der Einzelhaft gegenüber solchen, die experimentell durch Reizentzug herbeigeführt werden.

Albie Sachs, ein junger Rechtsanwalt aus Kapstadt, der 168 Tage lang in relativ milder Isolierhaft verbrachte, schrieb: „... Es treten andere seltsame Empfindungen auf, die zusammengenommen ein Bild beginnenden geistigen Zerfalls darbieten. Oft, wenn ich auf meinem Bett liege, habe ich das Gefühl, meine Seele trenne sich vom Körper. Meine Gliedmaßen, mein Körper und mein Kopf liegen wie eine unbewegliche pflanzliche Masse auf der Matratze, während meine Seele langsam zur Decke schwebt, wo sie sich in einer Ecke zu einem Gebilde zusammenballt, das auf meinen Körper herunterstarrt."

Verzerrung der Körperempfindlichkeit und Entpersönlichung — beides Erfahrungen, die charakteristisch sind für ein zerfallendes Ich, wie wir es bei klinischen Psychosen beobachten — treten noch deutlicher hervor im Bericht von Ulrike Meinhof nach acht Monaten Einschließung im „Toten Trakt": „Dieses Gefühl, das Hirn schrumpfe langsam zusammen wie eine getrocknete Frucht... das Gefühl, man werde ununterbrochen und unmerklich elektrisiert und ferngesteuert... das Gefühl, man uriniere sich die Seele aus dem Leib, als ob man sein Wasser nicht halten könne... das Gefühl, Raum und Zeit seien verschmolzen."

Warum werden solche Techniken überhaupt angewendet? Das britische Innenministerium ließ erklären, sie dienten „zur Kontrolle unverbesserlicher Ruhestörer", was in Klartext übersetzt heißt: „Wir brechen den Willen aller Leute, die wir nicht mögen."

Die westdeutschen Behörden behaupten, der „Tote Trakt" sei aus Sicherheitsgründen erforderlich. Das erklärt in keiner Weise, warum die Gefangenen in ihren Zellen keine Bilder haben dürfen, warum das Licht in der Nacht brennt, warum die Fenster mit Drahtgeflecht abgedeckt sein müssen usw. — und vor allem, warum die Häftlinge nach ihren Prozessen in normale Gefängnisse eingeliefert werden!

■

Denunziation ersetzt Argumentation

Rudi Dutschke

Abgelehnter Leserbrief an die „UZ“

Am 4. 12. 74 veröffentlichte das DKP-Organ „Unsere Zeit“ einen Artikel von Robert Steigerwald zu Rudi Dutschkes „Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen“ (siehe Kasten). Der Genosse Rudi Dutschke antwortete auf diesen kaum als Kritik an seinem Buch zu bezeichnenden Beitrag mit dem nachstehenden Leserbrief an die „UZ“. Nachdem die „UZ“-Redaktion ihn 6 Tage hingehalten und er von Dänemark aus DM 90,– vertelefoniert hatte, bekam Rudi Dutschke schließlich eine Absage – ohne Begründung . . .

Soeben erhielt ich durch Freunde die Rezension meines Buches durch den Genossen Steigerwald. Da er an nicht einer einzigen Stelle auf den Text meines Buches eingeht oder daraus zitiert bzw. auf die Entwicklung der Argumentation des Buches kritisch zurückgreift, erübrigt sich eigentlich eine Antwort. So leicht will ich es aber dem Genossen Steigerwald bzw. mir nicht machen. Gehen wir also an die Sache des Genossen Steigerwald heran und besichtigen wir seine Versuche, der Erbschaft von Marx, Engels und Lenin bezüglich der Analyse Rußlands zu entfliehen. Es geht schon zu Beginn mit der Unterüberschrift los.

Statt den Untertitel zu schreiben – „Über den halbasiatischen und westeuropäischen Weg zum Sozialismus. Lenin, Lukács und die Dritte Internationale“ –, setzte er „Stichworte für die professionellen Feinde der Sowjetunion/‘Interesse‘ für die Gegner des Kommunismus“. Da uns das noch später begegnen wird, sparen wir uns hier noch die Polemik auf. Wie geht der Genosse Steigerwald weiter? Er ignoriert alles (!), was Marx und Engels über die besonderen Züge der russischen sozial-ökonomischen und historischen Entwicklung gesagt haben. Was aber für mich der entscheidende Ausgangspunkt der Rekonstruktion historisch-materialistischer Quellen war, die u. a. bisher in der MEW nicht (!) abgedruckt sind (s. in meinem Buch, S. 43–52). Auf dieser Grundlage erfolgte meine Verteidigung und die sozialistische Kritik des Revolutionärs Lenin. Wie der Genosse Steigerwald über diese „peinlichen“ Quellen hinweggeht, so existieren für ihn die Leninschen Begriffe über Rußland nur in verkürzter Gestalt. Der Leninsche Begriff der „halb-asiatisch-halb-feudalen“ Genesis Rußlands als sozial-ökonomische Totalitätskategorie ist ihm ein Ärgernis – und so übergeht er ihn einfach. Damit hat der Genosse Steigerwald sein politisches Ziel erreicht. Die Dialektik der Besonderheit Rußlands wird ausgeschaltet, und die Politik Lenins wird mechanisch verallgemeinert. Es gibt bei mir nirgendwo eine „westeuropäische Verdorbenheit“ (Steigerwald) von Lenin, es gibt bei mir die Marxsche Unterscheidung vom „agrikolen Unterbau“ und dem finanziell-kommerziellen und industriellen Überbau, was den strukturellen Charakter Rußlands nach den „Reformen“ von 1861 betrifft.

Lenin war von allen Mitgliedern der SDAPR derjenige, der die Bau-

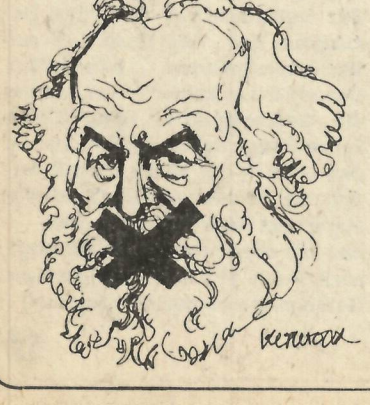
Zu Rudi Dutschkes „Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen“

Stichworte für die professionellen Feinde der Sowjetunion – „Interesse für die Gegner des Kommunismus“ (UZ vom 4. 12. 74)

Neuerdings macht Rudi Dutschke wieder von sich reden. Im Wagenbach-Verlag veröffentlichte er ein mehrere hundert Seiten dickes Buch. Darin unternimmt er den „Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen“. Dutschke wollte natürlich etwas ganz Neues bieten. So sagt er dann: Also, liebe Leute, da habt ihr nun immer wieder gehört, Lenin sei ja eigentlich ein halbasiatischer Tyrann und Rußland ein asiatisch-barbarisches Land gewesen, weshalb in Rußland schlechterdings nichts anderes aus der Revolution entstehen konnte, als ein totalitäres Regime. Das, so sage ich – Rudi Dutschke – ist ganz anders gewesen: Lenin war gar nicht „russisch-beschränkt“, sondern westeuropäisch-verdorben. Er konnte sich den Weg zum Sozialismus nur im westeuropäischen Sinne vorstellen. Darum hat er nicht gesehen, welche Möglichkeiten es gegeben hätte, gestützt auf die russischen Bauern, ein frei-sozialistisches Rußland aufzubauen. So entfernten sich die Bolschewiki von den russischen Bauernmassen. Darum wurde ihr Sozialismus volksfremd und schließlich bürokratisch.

Die deutschen Reaktionäre und ihre opportunistischen Hilfstruppen haben immer wieder die „europäische“ Fahne gegen den „asiatischen Bolschewismus“ erhoben. Die Teilung und Gegenüberstellung von „Westen“ und „Osten“ macht Rudi Dutschke auch mit. Und wie die Reaktionäre und „normalen“ Opportunisten kommt auch er zu dem Ergebnis, die Sowjetunion sei fleischgewordene Unfreiheit. Beglückwünschen wir Dutschke erst einmal zu der Kumpanei, mit der er zusammen gegen die Sowjetunion kämpft!

Rudi Dutschke war schon vor Jahren ein Verehrer des Anarchismus, wollte seine eingebildete Intellektuellen-Freiheit nicht der proletarischen Disziplin opfern. Sein Bauern-Mythos soll nur dazu herhalten, den wirklich vorhandenen Sozialismus zu kritisieren, die anarchistische Position zu verteidigen.



„Wie kommt einer dazu . . .?“

In Wahrheit hat Lenin sehr wohl die Kraft der russischen armen und Mittelbauern richtig eingeschätzt und durch eine richtige Bündnispolitik mit ihnen den Sieg der Oktoberrevolution gesichert.

Die Bolschewiki gingen gerade unter Lenins Führung von der realen Lage aus, daß die Bauern nach dem Boden verlangten, den sie bearbeiteten. Die Beachtung dieser Tatsache war eine der mächtigsten Triebkräfte für die Oktoberrevolution und ihren Sieg über die Intervention und Konterrevolution. Wie anders hätten die von den Bolschewiki geführten Arbeiter diese überaus schweren Kämpfe ohne festes Bündnis mit den Bauern bestehen können?!

Freilich hat Lenin, Marx' Hinweise über die Bedeutung der Genossenschaft gerade für Rußland beachtend, den Bauern empfohlen, die Lösung des unvermeidlichen Übergangs zur Großproduktion auf dem genossenschaftlichen Weg zu versuchen. Und zugleich hat Lenin völlig richtig davor gewarnt, die gewaltige kleinbürgerliche Woge zu ignorieren, die, von den Massen der kleinen Bauern und Handwerker ausgehend, das Land überschwemmen konnte.

Man durchdenke einmal folgende Textstelle gleich zu Beginn des Dutschke-Buches: „Wie kommt einer dazu, sich für Oppositionelle in der kommunistischen Bewegung zu interessieren, und warum bringt ihn das schließlich zurück bis zu Lenin und zu den Anfängen der bolschewistischen Partei? Objektiv: Weil es seit einem Jahrzehnt wieder eine sozialistische Perspektive gibt. In den Revolutionen der ‚Dritten Welt' und in den (noch schwachen) Kämpfen der Oppositionellen in den Metropolen des Kapitals. Frage: Sozialismus wie? Was können wir brauchen, was müssen wir verändern?“

Dutschkes Perspektive

Was wird hier gefragt, geantwortet, behauptet? Daß „einer“ sich für „Oppositionelle“ der kommunistischen Bewegung interessiert, weil es „seit einem Jahrzehnt wieder eine sozialistische Perspektive gibt“, als welche Dutschke die „Revolution der ‚Dritten Welt'“ und schwache oppositionelle Kräfte in den imperialistischen Metropolen ansieht.

Also, erstens gab es – wie Dutschke sagt – eine sozialistische Perspektive objektiv vorher nicht. Das heißt: Es gab vorher keine Arbeiterklasse (die anderen Elemente objektiver Art klammere ich hier aus).

Was heißt es zweitens, die Revolution der Dritten Welt so unterschiedslos als sozialistische Perspektive einzuschätzen? Das sind doch Bewegungen unterschiedlichster Art. Einige werden von nationaler Bourgeoisie oder Kleinbourgeoisie geführt. Kann man die über den gleichen Leisten schlagen mit jenen, die von revolutionären Sozialisten geführt werden? Doch selbst, wenn wir diese Einwände nicht hätten, wo ist – drittens – die Logik zwischen einleitender Frage und Dutschkes Antwort? Wieso folgt aus einem – einmal angenommenen – neuen revolutionären Aufschwung lediglich in der Dritten Welt und bei einigen Intellektuellen-Sekten des „Westens“ die Orientierung ausgerechnet auf Oppositionelle des Kommunismus und nicht auf ihn selbst? Dies wäre nur zwingend, wenn es Dutschke im Kapitalismus um die Verhinderung der Revolution und im Sozialismus um die Konterrevolution ginge.

Groteske Folgerungen

Aber Dutschke gibt noch eine weitere Begründung für seine Oppositionellen-Liebe: „Subjektiv: Dieses Buch wurde vor etwa drei Jahren begonnen, als Einleitung zu einer Sammlung von Kritiken an Georg Lukacs. Es stellte sich aber heraus, daß vom revolutionären Lukacs nicht ohne gründlichste Beschäftigung mit Lenin gesprochen werden kann, weil Lenin immer mehr in den Mittelpunkt seines politischen Denkens rückte.“

Fragen wir wieder, wo hier die Logik ist! Wenn jemand sich mit Lukacs und Lukacs-Kritik befaßt und dabei erkennt, daß dazu die Beschäftigung mit Lenin unabwendbar ist – wieso folgt darauf, daß man sich mit Gegnern des Kommunismus befassen muß?

Deutschke wollte offenbar sein antimarxistisches Eintrittsbillet für höhere Lehramt produzieren. Das ist alles – und das eben ist nicht neu.

Aber beim „Erwerb dieses Eintrittsbillets ins höhere Lehramt“ hilft Dutschke der Reaktion auf mehrere Weisen: durch seinen ‚linken' Antisowjetismus und Antikommunismus, durch unglaubliche Schluderei und groteske Fehldeutungen.

Nehmen wir ein Beispiel grotesker Fehldeutungen. Im März 1923 schrieb Lenin den Aufsatz „Lieber weniger, aber besser“. Er entwickelt Vorschläge für die Sicherung des Sieges des Sozialismus über die kapitalistisch-übermächtige Umwelt. Sowjetrußland werde imstande sein, sich mit Sicherheit zu behaupten, und zwar „nicht auf dem Niveau eines kleinbäuerlichen Landes, nicht auf dem Niveau dieser allgemeinen Beschränktheit, sondern auf einem Niveau, das unablässig steigt, aufwärts und stetig vorwärts zur maschinellen Großindustrie“. (Lenin, Werke, Band 33, S. 489 f.).

Knüppel geliefert

Dutschke hat offensichtlich Lenins Aufsatz gar nicht gelesen. Darum behauptet er, Lenin drücke seine Resignation aus, den ökonomisch überlegenen Kapitalismus zu überholen. Dutschke verwechselt Lenin mit Trotzki.

Beispiele solcher Fehldeutungen, solcher Unkenntnis usw. usf. finden wir im Buch auf Schritt und Tritt. Angesichts solcher vielfältigen Schluderei sagt ein gebildeter Reaktionär in der „Welt“: „Da seht, so sind sie, die Linken, die bei uns Professoren werden. So geht die Wissenschaft kaputt!“

Dutschkes Anti-Buch als Knüppel in den Händen der Verteidiger des Berufsverbots, das ist das letzte, was dabei herauskommt.

ROBERT STEIGERWALD

ernproblematik im Rahmen des Revolutionsprozesses am deutlichsten gesehen hat. Etwas, was besondere Fehler nicht ausschließt. Darunter verstehe ich, daß die Bolschewiki an der Verankerung in den Betrieben der Städte arbeiteten, aber aufgrund ihrer eigenen Daseinsgeschichte an einer Verankerung der Partei auf dem Lande nicht systematisch interessiert waren. Wie weit dabei ein kautskyanisches Moment bei Lenin in dem Verständnis der Marxschen Akkumulationstheorie eine Rolle gespielt hat, versuche ich in meinem Buch nachzuweisen (S. 73-85). Ich weise immer wieder darauf hin, daß der Führungsanspruch der Arbeiterklasse die Grundlage der russischen Revolutionen von 1905 und 1917 ist, mache aber darauf aufmerksam, daß die revolutionäre Partei in Rußland in Schwierigkeiten besonderer Art geraten mußte, wenn die dialektische Spannung von Partei und Arbeiterklasse, von Partei und Bauernfraktionen nicht im Sinne der einen Feuerbachthese durchgehalten wird: Der Erzieher muß erzogen werden. D. h., ohne die historisch mögliche Kontrolle von unten, von den Arbeitern und Bauern, muß sich jede Partei mit revolutionärem Anspruch – von den anderen Parteien ganz zu schweigen – von den Klassen in letzter Konsequenz entfernen.

Es war eine große Leistung von Lenin, die Aprilthesen als Revolutionsperspektive herauszugeben. Er hatte aber als Bolschewik nie behauptet, daß seine Partei die Revolution auf dem Lande bestimmt hätte. So aber tut der Genosse Steigerwald. Die Revolution auf dem Lande verlief 1905 und 1917 unabhängig von den Bolschewiki. Diese hatten hinterherzurennen und zu versuchen, die verschiedenen Revolutions-Züge in Stadt und Land politisch in die Partei-Hand zu bekommen. Der Genosse Steigerwald sollte sich mal die hervorragenden Arbeiten über die russischen Revolutionen von 1917 und danach durch den Marburger Historiker Lorenz anschauen. (Ich habe ihn leider in meinem Buch nicht herangezogen. Lorenz kommt wie ich aus der DDR, das nur nebenbei).

Folgen wir dem Steigerwald-Schlamassel weiter. Lieber Genosse, nirgendwo gibt es bei mir die bürgerliche Trennung von „West" und „Ost", es gibt allerdings bei mir die marxistische Unterscheidung zwischen der westeuropäischen, den Weltmarkt bestimmenden Akkumulation des Kapitals und der spezifisch „halb-asiatischen" Akkumulation des Kapitals in Rußland. Etwas, was nicht neu ist, bloß anhand von Marx und Engels rekonstruiert werden mußte, weil es systematisch zurückgehalten wurde. Die strukturelle Nähe zwischen einem asiatischen Despotismus als politischer Herrschaftsform der asiatischen Produktionsweise und einem „despotischen Kommunismus" (Marx), wie er sich nach Lenin immer mehr in der SU herausbildete, war zu erschreckend deutlich. In meinem Buch wird nachgewiesen, daß in Rußland nicht wie in China, Indien, Persien, Türkei usw. eine asiatische Produktionsweise auf der Grundlage der Wasserregulierungssysteme für die Landwirtschaft bestand, sondern daß in Rußland sich eine halb-asiatische Abart dieser Produktionsweise durch die mongolische Tatarisierung Rußlands zwischen 880 und

1160 herausgebildet hat. Wie Marx weise ich nach, daß die russische Konstitution des Staates über die Tatarisierung erfolgte. Damit war ein entscheidender Zug geschichtlich gesetzt worden. Der andere Grundcharakter der russischen Gesellschaftsgeschichte ist gerade, daß es aufgrund dieser halbasiatischen Entwicklung zu keinem Durchbruch der Dominanz des Privateigentums an Grund und Boden kam. Die Geschichte des kollektiven Eigentums der Bauerngemeinden in Rußland ist dabei die andere Grundergänzung. Die Folge war die Herausbildung des halbasiatischen Staatskapitalismus nach den Reformen von 1861, die Zersetzung, aber nicht Beseitigung der Bauerngemeinden. Die asiatische Kapitalisierung trug darum einen primären Stagnations-Charakter in sich. Wobei ich nicht die produktive Seite der Entwicklung in den Städten auslasse, sie aber in den allgemeinen Stagnationscharakter der Gesellschaft einordne. Wie bei mir überhaupt die Kategorien „Stagnation" und „Fortschritt" sich nicht mechanisch gegenüberstehen. Die Tatsache, nicht in den westeuropäischen Akkumulationsprozeß des Kapitals hineingeraten zu sein, läßt die Möglichkeit für die von Marx vertretene These offen, daß es einen Übergang zum Kommunismus geben kann, ohne die Qualen des Kapitalismus durchgemacht zu haben. Daß das mit Revolutionen in den kapitalistischen Ländern in Verbindung stehen muß, versteht sich. All das, und vieles andere mehr, hat der „UZ"-Leser von dem Genossen Steigerwald nicht erfahren. Er gibt ein Beispiel dafür, wie Bewußtsein „bewußtes Sein" (Marx) ausdrückt, von der Daseinsgeschichte und politischen Interessenlage bestimmt wird.

Der Gen. Steigerwald hat sich die Aufgabe gestellt, dem „UZ"-Leser die Sinnlosigkeit des Lesens meines Buches beizubringen. Offensichtlich bedrückt es ihn, daß schon ca. 13 000 gelesen werden – wie vollständig sei dahingestellt. Einer von denen, die es kaum überflogen haben, ist – wie es scheint – der Genosse Steigerwald. Da er von meinem Buch nichts gebracht hat, soll der „UZ"-Leser wenigstens eine meiner Äußerungen über Lenin hören: „Lenin ‚Dummheit' zu unterstellen oder über die ‚folgenschwere' Auffassung von Lenin über das Marxsche ‚Kapital' zu jammern" – und solche Richtungen gibt es auch in der DKP – „zeigt die fundamentale Beschränktheit und Geschichtslosigkeit einer Kritik an Lenin vom Standpunkt des ‚allgemeinen Kapitalbegriffs' (...) Niemals darf vergessen werden in der Lenin-Kritik, wie sie von ‚allen' Seiten aufkommt, daß Lenin ein aufrechtgehender Revolutionär, der bedeutendste seiner Zeit, war." (S. 77). Wer nur das letzte breite Kapitel meines Buches gelesen hat, kann die Solidarität mit der Leninschen Opposition gegen die bürokratische Stalin-Fraktion in der Staats- und Parteimaschine sofort begreifen. Er kann allerdings auch erkennen, warum diese Leninsche Opposition zum Scheitern verurteilt war. Und er kann erfahren, daß Trotzki unfähig war, die von Lenin gestellten Aufgaben im Kampf gegen die Stalinsche Führung zu erfüllen. Eine solche historisch-dialektische Darlegung mißfällt dem DKP-Genossen, ich kann das verstehen. So muß er mich im Stile eines Denunzianten in die ‚rechte Ecke' schieben. Es ist schon eigenartig: Für einen rechten SPDler bin ich ein RAF-Ideologe, für einen KSV-Vertreter bin ich ein Sozialdemokrat, für andere ML-Richtungen bin ich trotzdem ein Trotzkist, für den Genossen Steigerwald von der DKP bin ich in „Kumpanei ... gegen die Sowjetunion ...", also ein „Anti-Kommunist" in seinem Kommunismus-Verständnis. Wie einfach ist es, sich zu retten, wenn der Kopf nicht angestrengt wird, wenn aus Geschichte Geschichtslosigkeit wird. Aus geschichtlichen Prozessen wird bei dem Genossen Steigerwald ein statischer Zustand. Daß er die kommunistisch-trotzkistischen Diskussionen außerhalb der deformierten KI nicht kennt, ist mir klar. Er scheint allerdings nicht einmal die verkürzte, aber äußerst wichtige Wendung des 20. Parteitages der KPdSU mitgekriegt zu haben. Sonst müßte es ihm möglich sein, wenigstens einen Teil der Geschichte der Niederlagen der sowjetischen Arbeiterklasse, der Bauern und der kommunistischen Partei nach dem Ausscheiden Lenins, seiner antibürokratischen Kampfgefährten aus der Partei, der totalen Entdemokratisierung des Kommunismus, des gesellschaftlichen Lebens etc. zu verstehen und nicht zu ignorieren. Durch eine solche Ignoranz ist es dem Genossen Steigerwald unmöglich, meine Differenzierung in der Einleitung zu rezipieren. Dort spreche ich von der Notwendigkeit der „radikalen Revolution" in der kapitalistischen Welt und der „radikalen Reform" in den Ländern des „Warschauer Paktes". Es ist keine These, sondern die reale Wirklichkeit der SU, daß der sozialistisch-kommunistische Demokratisierungsprozeß nach den äußerst geringen Ansätzen des 20. Parteitags keine grundlegende Fortentwicklung erfahren hat.

Eine Solschenizyn-Affäre wäre nie möglich gewesen, wenn der Prozeß der Verarbeitung des „despotischen Kommunismus" (Marx) der 30er, 40er, 50er Jahre einen gesellschaftlichen, massengemäßen Um-

krise: wer gewinnt die inflation?
alke blechschmidt: die profitspirale
heinrich böll: ich habe die nase voll!
heinz brandt: ende der spd?
w. vogt: ärzte kündigen dem mittelstand
pater schupp sj: exorzismus in tirol

jänner/ februar 1975

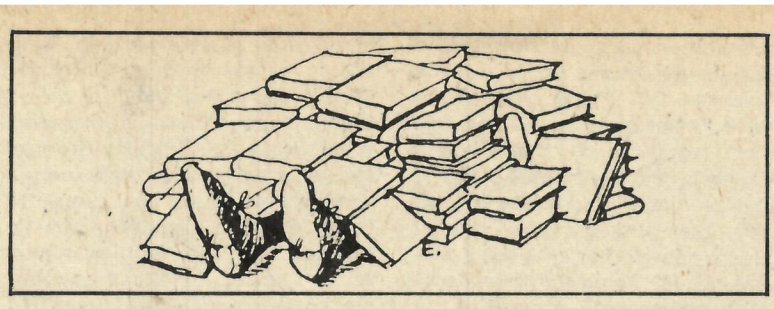
NEUES FORVM

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeige fand ich in
Ich bestelle ☐ obiges Doppelheft um oS 35 DM 5 sfr 6 ☐ kostenloses Probeheft
☐ 1 Jahresabo um oS 300 DM 43 sfr 50 (Studenten oS 210 DM 30 sfr 35 / Nachweis!)
NAME ADRESSE

schlag in den „demokratischen Kommunismus“ (Marx) gefunden hätte. Die Solschenizyn-Bücher wären dann einige, und mit die schlechtesten, von vielen freiwerdenden Publikationen gewesen. Und möglicherweise hätte es bei Solschenizyn nicht eine Wendung zu religiösen Mystifikationen, sondern eine Erweiterung seines Kommunismusverständnisses gegeben. „Der erste Kreis der Hölle“ hätte ein Ausgangspunkt dafür sein können. Die SU hängt infolge des extrem reduzierten Demokratisierungsprozesses ihren despotischen kommunistischen Strukturen noch an.

„Weltgeschichtlich“ liegen der „despotische“ und im besonderen der „demokratische Kommunismus“ jenseits des Kapitalismus. Aber der „demokratische“ ist für die Massen eine neue Qualität der sozialen Emanzipation, im „despotischen“ bleibt die neue Qualität noch in der Begriffswelt, dient sie noch primär der Aufrechterhaltung der despotischen Repression. Die jüngst ausgegebenen Pässe für die Bauern in der SU sind zu begrüßen, sind aber noch kein echter Ausdruck einer Qualität sozialistisch-kommunistischer Demokratisierung. Der zeigt sich strukturell erst in der Kontrolle der Arbeiter, Bauern, Intellektuellen und Studenten über Partei und Staatsmaschine, in der offenen Diskussion der historisch und aktuell ungelösten Probleme der sozialistisch-kommunistischen Demokratisierung im Rahmen der politisch-ökonomischen Entwicklung. Wenn ein orthodoxer Leninist wie der Historiker Roy A. Medwedew wegen seines Buches „Die Wahrheit ist unsere Stärke. Geschichte und Folgen des Stalinismus“ aus der KPdSU ausgeschlossen wird, so drückt das die Niveaulosigkeit der Demokratisierung in der KPdSU aus. Ich stimme mit der Methode der geschichtlichen Darlegung und den politischen Schlußfolgerungen Medwedews nicht überein, aber sein Buch ist die bisher vollständigste Auseinandersetzung eines „Marxisten-Leninisten“ in der SU mit der unaufgehobenen Erbschaft. Und solch ein Buch darf in der SU nicht erscheinen. Es ist zu hoffen, daß der Genosse Steigerwald es gelesen hat; seine Rezension meines Buches drückt allerdings eher das Gegenteil aus.

Der „Höhepunkt“ der „Rezension“, genauer, des politischen Angriffs in der Form von Stichworten ist, daß ich im „Verein des Anarchismus“ stünde. Der Anarchismusvorwurf ist mir bekannt, er wird durch seine Wiederholung nicht wahrer. Mir wurde zwischen 1966 und 67 der Vorwurf gemacht, über Korsch etc. den Anarchismus in den SDS eingeführt zu haben. Darüber bin ich eher froh als beschämt. Wenn ein Marxismus-Leninismus so auf den Hund gekommen war, daß er die Staats- und Bürokratieproblematik nicht mehr subversiv begreifen konnte, so war der Rückgriff auf den originären Anarchismus ein produktiver, wenn auch nur temporärer Schritt. Die Dominanz der Versuche im SDS, den Marxismus zu rekonstruieren und nicht den Anarchismus, kann nur der Genosse Steigerwald leugnen. Wie der SDS das Verhältnis von Marxismus und proletarischem Klassenkampf sah, dazu braucht man sich nur die Thesen des Vietnamkongresses vom Februar 1968 anzuschauen. Die Beschränkungen unseres Klassenstandpunkts haben etwas mit unserer eigenen Sozialisationsgeschichte und dem schwachen Stand der Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD zu tun. Spätestens seit den Septemberstreiks von Fraktionen der BRD-Arbeiterklasse war es unserer Generation möglich geworden, einen proletarischen Standpunkt zurückzugewinnen. Wie weit



das bei mir der Fall ist, das zeigen mein Buch u.a.m. Der Anarchismus-Vorwurf des Genossen Steigerwald ist darum so lächerlich, weil komischerweise im besonderen der Genosse Danelius von der SED(SEW), sowie FDJ-Genossen in Westberlin und in der DDR mit dem Anarchisten Dutschke in der antiimperialistischen Vietnam-Kampagne systematisch zusammenarbeiteten. Ist es nun schon schwer, eine anarchistische Vergangenheit bei mir zu „enthüllen“, so ist es eine Komödie, in einer Rezension meines Buches den Anarchismus-Vorwurf erneut hervorzuholen. Denunziation ersetzt Argumentation. Dadurch, daß der Genosse Steigerwald dem „UZ“-Leser vorenthält, wie ich zu bestimmten Fragestellungen gekommen bin, wie ich die DDR als FDJler und christlicher Sozialist „illegal“ verlassen habe und in Westberlin mich nicht von der herrschenden Klasse habe reinlegen lassen, sondern dem Sozialismus-Kommunismus immer näher kam — dadurch soll dem Leser ein anti-kommunistischer Dutschke suggeriert werden.

Genosse Steigerwald, ich konnte in diesem Lernprozeß Fehler machen, aber auch lernen, die Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit als solcher zu erkennen. Nicht auf ein Niveau sinken, wo die Lüge als Wahrheit ausgegeben wird. Der Genosse Steigerwald hat keine Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit. Er glaubt vielmehr, die Wahrheit zu besitzen; und weiß nicht, daß solche ‚Besitzer‘ sie schon längst verloren haben. Sich mit einer halbseitigen persönlichen Vorbemerkung von mir herumzuquälen, um ein 350seitiges Buch zu rezensieren — das sagt alles. Er stellt sich die Frage, wie es möglich ist, daß einer sich mit G. Lukacs, der Kritik an Lukacs und schließlich mit Lenin beschäftigt hat, und „wieso daraus folgt, daß man sich mit Gegnern des Kommunismus befassen muß?“ Wen meint eigentlich der Genosse Steigerwald? Warum nennt er sie nicht beim Namen? Sind sie eventuell in meiner Studie nicht zu finden? Sind kommunistische Oppositionelle, von Lenin in der Schlußphase seiner kommunistischen Tätigkeit bis zu Roy. A. Medwedew Gegner des Kommunismus? Es wird allerhöchste Zeit, die Marxsche Unterscheidung zwischen dem despotischen und demokratischen Kommunismus ernst zu nehmen. Marx und Engels haben über die Pariser Kommune vermittelt die Diktatur des Proletariats als demokratischen Kommunismus im Revolutionsprozeß verstanden. Über den Zersetzungsprozeß der Oktoberrevolution, durch den Übergang in den despotischen Kommunismus hat die Geschichtserfahrung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten eine grundlegende Wendung erhalten. Eine Wendung, die, wenn aus ihr richtig und vollständig gelernt wird, eine neue Zuwendung der Arbeiterklasse der BRD und Westberlins zum Sozialismus-Kommunismus demokratischen Typus im Rahmen der sich erweiternden Klassenkämpfe möglich machen wird. Ein solcher Typus von Kommunismus-Sozialismus ist im Verständnis des Genossen Steigerwald nichts anderes als „Anti-Sowjetismus“ bzw. „Anti-Kommunismus“. Französische und italienische Kommunisten aus den großen Parteien würden den Genossen Steigerwald auslachen bzw. peinlich berührt sein. Ganz zu schweigen von den anderen revolutionären Richtungen. Der letzte Höhepunkt der Rezensionskomödie des Genossen Steigerwald ist es, mir noch unterzujubeln, mit meinem Buch ein „Eintrittsbillett fürs höhere Lehramt“ erreichen zu wollen. Komödie, Farce und Denunziation liegen hier eng beieinander. Die Wahrheit als konkrete Waffe im Klassenkampf wurde vom Genossen Steigerwald von A bis Z abgeschafft. Ist das jene „proletarische Disziplin“, der sich Dutschke weigert, zu „opfern“? Das Proletariat bedankt sich seit Jahrzehnten nicht nur in der BRD für eine solche repressive Disziplin, für solch eine despotisch orientierte Opferbereitschaft.

Eine zunehmende Erweiterung der demokratischen Seite des Sozialismus-Kommunismus in der DDR würde einen subversiven Knüppel gegen die Rechtswendungen in der BRD darstellen und die Möglichkeiten der sozialistisch-kommunistischen Propaganda und Agitation in der BRD/WB erweitern. Ein Prozeß allerdings, der grundlegend „mit“-bestimmt wird von dem Weg der SU. Wir dürfen niemals die weltgeschichtliche Rolle der SU in der Niederschlagung des deutschen Faschismus vergessen, dürfen aber auch nicht vergessen, wie stark der despotische Kommunismus unter der Führung Stalins am Aufstieg des deutschen Faschismus mitgewirkt hat, wie stark dieser despotische Charakter die Weiterentwicklung des Sozialismus-Kommunismus im Weltmaßstab behinderte. Diesen Doppelcharakter kann die verkrampfte Identifikation des Genossen Steigerwald mit der offiziellen Linie der KPdSU nicht rezipieren.

Ich wäre der UZ-Redaktion für eine vollständige Veröffentlichung in der UZ dankbar.

RUDI DUTSCHKE

issa

Informationsstelle Südliches Afrika e.V.

issa informiert kontinuierlich und kritisch über Entwicklungen im Südlichen Afrika

issa publiziert den monatlichen Informationsdienst "südliches afrika" (Jahresabonnement DM 22,5o)

issa publiziert Bücher und Broschüren, die keinen kommerziellen Verlag finden

issa vertreibt relevante Literatur aus dem In- und Ausland zum Südlichen Afrika

issa unterhält ein umfängliches Archiv und stellt zu Spezialfragen Informationsdossiers zusammen

issa ist gemeinnützig

issa Probeheft und Literaturliste kostenlos

issa informationsstelle südliches afrika e.V.
53 Bonn - Markt 1o/12, Tel. o2221/65o766

Die Angst, die aus der Ware kam

Autorenkollektiv

Persönliche Emanzipation und politische Arbeit

Mit freundlicher Genehmigung des Redaktionskollektivs veröffentlichen wir den Leitartikel aus „Politikon" Nr. 45. Er bezieht sich unter anderem unmittelbar auf die in „links" geführte sogenannte Emanzipationsdebatte und kann deren Wege und Irrwege in vieler Hinsicht aufhellen.

Es ist nicht unser Ziel ,die laufende „Emanzipationsdebatte", in der zahlreiche undogmatisch-sozialistische Gruppen sich mit dem Verhältnis von persönlicher Emanzipation und politischer Arbeit auseinandersetzen, mit einem weiteren Beitrag über die richtige oder falsche Verwendung der Warenanalyse bei Dieter Duhm zu bereichern. Die Verwendung der Warenanalyse, wie sie Duhm in seinen Schriften praktiziert hat, mag falsch sein, aber sie hat viele Genossen in einen Diskussionszusammenhang über Fragen gebracht, die seit dem Zerfall der antiautoritären Studentenbewegung nur von wenigen weiter diskutiert wurden.

Das Problem der Vermittlung persönlicher Emanzipationswünsche mit den Erfordernissen politischer Arbeit ist nicht neu. H. J. Krahl hat nach den 68er Aktionen gegen die Notstandsgesetze den Prozeß reflektiert, in dem die Protestbewegung „die antiautoriären Prinzipien eines solidarischen Verkehrs selbsttätiger Individuen" nicht mehr ausschließlich als Angriff auf die Formen bürgerlicher Ausbeutung und Unterdrückung verstand, sondern in dem diese Prinzipien „auf die gesellschaftlichen Beziehungen der in der kritischen Protestbewegung sich Organisierenden selbst angewandt" wurden. (Krahl, Konstitution und Klassenkampf, Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1971, S. 278) Gegenüber der bürgerlichen Presse versuchte Krahl diese Entwicklung als „vorantreibende Selbstkritik" zu verteidigen, gegenüber den Genossen sprach er pessimistischer von der „naturgesetzlichen Tendenz zur Selbstzerstörung der antiautoritären Emanzipationsvernunft." (Krahl, S. 305) Bei dieser Entwicklung wurde der Adressat, an den sich die Emanzipationsforderungen richteten, gewechselt. Hatten sich die Individuen in der kollektiven Aktion gegen die repressiven Herrschaftsmechanismen zur solidarischen Gruppe zusammenschließen können, so zerfiel die solidarische Gruppe in dem Maße, in dem jeder einzelne von der Gruppe die Emanzipation forderte, die Ziel des gemeinsamen Kampfes war.

Die selbstzerstörerische Tendenz, die in diesem Rückbezug der Ziele der Bewegung auf die Form der Bewegung selber liegt, hat ein großer Teil der Genossen durch eine Verlagerung der Emanzipationswünsche in die nebelhafte Zeit „nach der Revolution" zu vermeiden versucht, d. h. durch die dogmatische Liquidation der Emanzipationsdebatte und den Rückgriff auf traditionalistische Parteikonzepte. Die Dogmatik löst das Problem von Emanzipation und Organisation rein begriffslogisch. So z. B. G. Lukács: Die „Einsicht, daß individuelle Freiheit in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft nur ein korruptes und korrumpierendes, weil auf die Unfreiheit der anderen unsolidarisch basiertes Privileg sein kann, bedeutet (...) gerade: den Verzicht auf individuelle Freiheit. Es bedeutet das bewußte Sichunterordnen jenem Gesamtwillen, der die wirkliche Freiheit wirklich ins Leben zu rufen bestimmt ist, der heute die ersten, schweren, unsicheren und tastenden Schritte ihr gegenüber zu tun ernsthaft unternimmt. Dieser bewußte Gesamtwille ist die kommunistische Partei. Und wie jedes Moment eines dialektischen Prozesses enthält auch sie, freilich nur im Keim, in primitiver, abstrakter und unentfalteter Form jene Bestimmungen, die dem Ziele, das sie zu verwirklichen bestimmt ist, zukommen: die Freiheit in ihrer Einheit mit der Solidarität. Die Einheit dieser Momente ist die Disziplin." (G. Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923, S. 318) Und auch die dogmatischen Gegner der heutigen Emanzipationsdebatte kommen nicht über die paralogische Kette: Emanzipation nur mit Revolution, Revolution nur mit Parteiorganisation, Parteiorganisation nur mit Disziplin hinaus. Weil das aber so schwer zu begreifen ist, daß Emanzipation = Disziplin sein soll, muß das endlos wiederholt werden, solange bis man es einfach glauben muß.

Faktor hin, Faktor her — Subjektivität fällt schwer

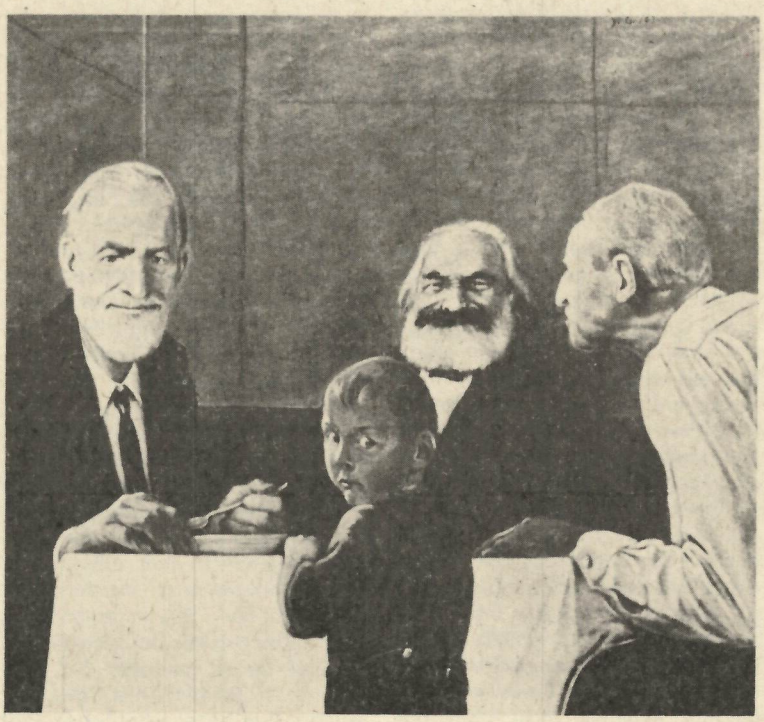
Kennzeichnend für die heutige Emanzipationsdebatte ist, daß sie sich explizit gegen diese traditionalistische Form von linker Politik richtet. Die Gefahr, sich dabei an den dogmatischen Gruppen festzubeißen, ist groß, zumal unter den Bedingungen von Fraktionauseinandersetzungen. Man kann in den „Spontigruppen" viele Abende mit dem beliebten Gesellschaftsspiel: ‚Wie blöd sind die K-Gruppen' verbringen und diese Abende können auch sehr lustig sein. Demonstrieren diese Gruppen doch die Formen traditioneller Politik schon derart als Karikatur, daß die Kritik daran zum Kinderspiel werden kann. Sieht man genauer auf die Diskussionspunkte innerhalb der Spontigruppierung, so fällt auf, daß sie sich trotz aller Kritik die Formulierungen für ihre Probleme vorgeben lassen.

Nicht nur, daß die Parole „Revolution ohne Emanzipation ist Konterrevolution" den traditionell rein politischen Begriff von Revolution unbedacht übernimmt, auch die Rede vom ‚subjektiven Faktor' läßt sich vom objektivistischen Neo-Leninismus vorschreiben, welche Nebenrolle Subjektivität im etatistischen Revolutionsschauspiel noch übernehmen darf. Zum bloßen Faktor konnte Subjektivität erst verkommen in einer pervertierten Modifizierung der Marx'schen Revolutionstheorie, die das zentrale Motiv der „menschlichen Emanzipation" (vgl. Marx, Zur Judenfrage), d. h. die kulturrevolutionäre Umwälzung kapitalbestimmter Verkehrsformen des Alltagslebens, in Theorie und Praxis systematisch liquidierte. (Gegen eine gelegentlich übereifrige libertäre Absetzbewegung von der marxistischen Theorie, die diese auf den traditionalistischen Schrotthaufen werfen möchte oder ihr gar undurchschaute Abhängigkeit von religiösen Mustern attestiert, muß entschieden darauf hingewiesen werden, daß Marx bei aller Strukturambivalenz seiner Emanzipationstheorie keinen Zweifel daran gelassen hat, daß die soziale Revolution auf die Subsumtion der gesellschaftlichen Produktion unter die Individuen, d. h. auf die gesellschaftliche Entfaltung freier Individualität zielt: „Marx wollte, daß man bis an die Grenze der in den Dingen eingeschlossenen Möglichkeiten geht (indem man ihren Erfordernissen rückhaltlos gehorcht, die Herrschaft der Einzelinteressen durch die ‚Herrschaft der Dinge' ablöst, den Prozeß, der den Menschen auf ein Ding reduziert, auf die Spitze treibt); auf diese Weise wollte Marx die Dinge endgültig auf den Menschen zurückführen und dem Menschen die freie Verfügung über sich selbst ermöglichen." (Georges Bataille, Die Aufhebung der Ökonomie)

Ihren Ursprung hat diese Liquidation schon in Lenins durch die Abbildlehre begründeter Organisationstheorie, die die historischen Subjekte nach Erkenntnismodi zweiteilt: „Es gibt ein Subjekt, dessen Erkenntnismodus passive Abbildung eines Vorgegebenen, Aufnahme der ‚Wahrheit' ist. Es gibt ein dem übergeordnetes Subjekt, das dieses Verhältnis durchschauen kann und über die Kongruenz von Wahrheit und Abbild befindet, also die Wahrheit setzt und ihre Geltung fixiert." (Thomas Meyer, Der Zwiespalt in der Marx'schen Emanzipationstheorie, Kronberg 1973, S. 192) Die empirischen Subjekte der emanzipativen Klasse erscheinen vorab als defiziente gegenüber den intellektuellen Berufsrevolutionären — der Marxismus wird zu einer „technischen" Lehre, die der „Tatkraft des Sozialdemokraten... die machtvollen Kräfte von Millionen und aber Millionen der sich ‚spontan' zum Kampf erhebenden Arbeiterklasse zur Verfügung stellt" (W. I. Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus, Berlin 1967, S. 82). Der Sozialtechnizismus dieses mechanischen Materialismus ließ keinen Raum für subjektive Bedürfnisdimension und emanzipatives Interesse. Die Art und Weise, in der die konzeptiven Ideologen des Vor-Stalinismus die Freud'sche Theorie zu denunzieren versuchten, machte die autoritäre Erledigung des Subjekts vollends deutlich. Stoljarow etwa, ein Anhänger Deborins, wirft der Psychoanalyse vor, daß sie sich an den „Aussagen" ihrer Untersuchungsobjekte orientiere, an „nicht-materiellem subjektiv-psychischem Material, das irgendeiner quantitativen Analyse, einer Messung, nicht unterliegt", darum genüge sie nicht der methodologischen „Leitformel der marxistischen Psychologie: Selbstbeobachtung unter der Kontrolle objektiver Methoden" (Stoljarow, zit. n. H. Dahmer, Libido und Gesellschaft, S. 297).

Eine solche Zurichtung der Marx'schen Theorie zur herrschaftssichernden Legitimationsideologie und Ordnungslehre störte nichts mehr als die theoretische und praktische Erinnerung an die Qualität der Revolution: die gesellschaftliche Emanzipation der Subjekte. Während diese Liquidation einer revolutionären Theorie in den staatskapitalistischen Ländern die mühelose Integration von Systemtheorie und Kybernetik ins ideologische System erlaubte, konstituierte sich gleichzeitig mit oder im Gefolge der subjektiven Rebellion der Arbeiter gegen den bürokratischen Herrschaftsapparat immer wieder eine theoretisch-politische Opposition, die das Konzept einer kulturrevolutionären Umwälzung des Alltaglebens weitertrieb (etwa in Ungarn die Budapester soziologische Schule um Hegedüs, Markus und Heller, in der CSSR Karel Kosik, in Polen Kuron und Modzelewski). Konnte die Bürokratie vorderhand und in bewährter Manier diesen Bewegungen noch mit Sanktionen und ideologischen Diffamierungen entgegentreten, so taten sich dennoch Legitimationsschwierigkeiten für sie auf. Diese hatten ihren Grund darin, daß die etatistische Stornierung von Emanzipationsdebatten durch die rituelle Beschwörung einer vorrangigen Steigerung der technischen Produktivkräfte sich in dem Maße als brüchig erwies, wie die Rekonstruktionsphase im Auf- und Ausbau der Technologie einen gewissen Abschluß erreichte und der allmählich gewonnene Lebensstandard Spielräume für Bedürfnisentwicklung und Wunschproduktion eröffnete, die sich unter das schlechte Allgemeine einer rigiden Arbeitsmoral nicht mehr zwangslos subsumieren ließen. Nicht nur wird seit einiger Zeit in der DDR, freilich in sehr eingeschränktem Rahmen, eine Bedürfnisdiskussion geführt, in der neben zaghaften emanzipativen Gehversuchen zugleich kybernetische Lösungen für Beziehungsprobleme erörtert werden (vgl. den Artikel: „Automatisierte Liebe?", in: Forum, Organ des Zentralrats der FDJ, Nr. 9, April 1974, S. 15, abgedruckt in Politikon Nr. 45, Nov. 74), auch in der offiziellen Ideologieproduktion wird dem Subjekt sein sehr relatives Recht. Es erscheint in aporetisch-defizienter Gestalt und systemtheoretisch-kybernetischer Annoncierung als ‚subjektiver Faktor', anders gesagt als ein permamenter sozialtechnischer Aufmerksamkeit und Pflege bedürftiger Maschinenteil in der ansonsten objektivistisch verkürzt begriffenen historischen Autodynamik der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Haben wir es wirklich nötig, uns diese ideologischen Aporien des Staatskapitalismus zu eigen zu machen und unsere Debatten um politische Arbeit und Emanzipation von dem falschen Ausgangspunkt ‚des subjektiven Faktors' her zu führen? — so, als ließe sich die Veränderung der Subjekte aus der revolutionstheoretischen und -praktischen Problematik gleichsam als Exkurs oder längere Fußnote herauspräparieren. Die unter dieser Überschrift seit einiger Zeit in der westdeutschen Linken geführte Diskussion ist von diesen Gefahren einer organisationstechnologischen Abspaltung der subjektiven Bedürfnisdimension nicht unbelastet geblieben. Vielen der in dem Sammelband ‚der subjektive faktor' (edition 2000, Gießen 1974) gemachten Vorschlägen eignet bereits ein sozialtechnischer Charakter, der sich auch sprachlich verrät. So heißt es etwa bei Duhm und Funke in dem Artikel ‚Gedanken zum Projekt Gegenstrukturen' unter „Neue Formen politischer Agitation": „Auch benutzung emotional-erotischer kanäle (z. B. Griechenland-demonstration in Frankfurt.) . . .Einsatz von musik, malerei, dichtung und vor allem phantasie." (S. 164) oder: „Existentielle einbeziehung des genossen als ganzen menschen in die politische bewe-



gung und erweiterung der revolutionären handbreite nach dem motto ‚wir wollen alles'." (S. 165) Wendungen wie: „Natürlich gehört zum gegenmilieu der organisierte und auch der spontane politische kampf, aber es gehören dazu auch neue lieder, selbstbestimmte rituale und kollektive zärtlichkeiten. Sie gehören dazu weil die revolutionäre fülle unserer innerlichkeit dies von uns verlangt." (S. 36) lassen einen um die Zärtlichkeit und die Spontaneität denn doch etwas bange werden — Spontaneität und kollektive Zärtlichkeit lassen sich nicht sozialtherapeutisch verordnen, ebensowenig wie die Aneignung marxistischer Theorie durch eine applizierte Selbsterfahrungsphase an Unmittelbarkeit gewinnt. Derartige Verfahren befinden sich nicht viel weiter als auf dem Stand, der im ‚Bund der Kommunisten' um 1848 erreicht war, Marx: „Ein Tag in der Woche wurde zur Diskussion bestimmt, ein anderer für gesellschaftliche Unterhaltung (Gesang, Deklamation etc.)" (MEW, 14, S. 438). Die von Duhm u. a. vorgeschlagenen Verfahren bewegen sich formell immer noch im Rahmen traditionalistischer Konzeptionen politischer Organisation — die Momente Sinnlichkeit und Spontaneität sollen in die Arbeit einer Gruppe hineingetragen werden (vgl. S. 78) wie weiland das Bewußtsein in die Klasse.

Solidarischer Umgang, Spontaneität, Phantasie und Kreativität sind Qualitäten, die ein aus unmittelbarem Bedürfnis und Interesse geführter kollektiver Kampf (etwa: LIP, Häuserkampf in Frankfurt) selber entwickelt. Die Selbstveränderung der Subjekte beginnt in der militanten Praxis von Betroffenen, ihre Inhalte können nicht vorab von Innerlichkeitstechnologen katalogisiert und den Individuen quasi transplantiert werden (etwa nach der Devise: Her zu uns, bei uns wird immer so viel gestreichelt!).

Die revolutionäre Veränderung des Spätkapitalismus verlangt, gerade weil auf bloße sprengende Autodynamik der Produktivkräfte gegen die Produktionsverhältnisse revolutionstheoretisch nicht mehr gesetzt werden kann, die Organisation der Produktivkraft Subjektivität, von Bedürfnissen und Interessen — für eine solche Selbstorganisation sind die überkommenen politischen Institutionen, Gruppen und Parteien nicht mehr brauchbar, weil sie die abstrakte Aufspaltung der Subjekte in Bourgeois und Citoyen, in politischen und bedürftigen Menschen blind reproduzieren oder allenfalls durch kulturelle Betriebsamkeit kaschieren. Andererseits gibt es kaum Beispiele einer gelungenen langfristigen Selbstorganisation (bis auf LIP vielleicht), die als solche die Abspaltung des abstrakten politischen Menschen vom Alltagsleben dauerhaft hätte aufheben können — möglich, daß Formen solcher Selbstorganisation sich nur realisieren lassen in permanenter, außer- und innerhalb der bestehenden politischen Apparate der Linken operierender Auseinandersetzung mit ihnen.

Bloßer losgelassener Subjektivität, „asozialer Wildheit" und „zigeunerhaftem Verlangen", das es sich wohl sein lassen will, schon mit antizivilisatorischem Affekt die Qualität subversiver Radikalität zu attestieren, ist eine schlechte Aufhebung des abstrakten politischen Menschen und zudem ein verabsolutierter Emanzipationsegoismus, der das Reich der Freiheit als privates Kleineigentum (vgl. H. J. Krahl, Konstitution und Klassenkampf, S. 306) behandeln möchte. (Vgl. auch Brecht, Mahagonny: „Denn es ist die Wollust der Männer / Nicht zu leiden und alles zu dürfen/. /Das ist der Kern des Goldes.")

Hochzivilisierte Bedürfnisbefriedigung und kollektive Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums sind historische Voraussetzungen für die gesellschaftliche Emanzipation der Subjekte wie die Vermittlung emanzipativer Vernunftinteressen, ohne die dem antizivilisatorischen Traum ziemlich schnell ein autoritäres Erwachen folgen wird.

Zersetzung privater Existenzformen

Die traditionelle Vorstellungsweise von Politik ist für die Probleme, die der Emanzipationsdebatte zugrundeliegen, unbrauchbar; dies gerade, weil in der Debatte eine gesellschaftliche Entwicklung zum Ausdruck kommt, die darin besteht, daß zunehmend Bedürfnisse, die traditionell als private Bedürfnisse galten und privat geregelt wurden, jetzt in der öffentlich-politischen Sphäre artikuliert werden, und die alten Grenzen zwischen öffentlich-politischen und privat-intimen Konfliktebenen zerfließen. Ist es nach altem Politikverständnis möglich, in einer politischen Gruppe etwa gegenüber der persönlich eingebrachten Thematik Liebe und Ehe mit dem Satz: „Das gehört hier nicht her!" zu reagieren, so sind heute „Beziehungen" legitimer Inhalt von Diskussionen politischer Gruppen. In dem Maße, in dem sich die alten privaten Mechanismen der Regelung emotionaler Konflikte: insbesondere die Familie mit ihrem überschaubaren Arrangement von Verhaltensmöglichkeiten zersetzen, entsteht die Notwendigkeit anderer gesellschaftlicher Formen, die eine Regelung ermöglichen.

Man kann diesen Prozeß der Auflösung privater Existenzformen mit Negt/Kluge als Folge der „kapitalistischen Kulturrevolution" oder des „Imperialismus nach innen" begreifen, der „vor allem in den Metropolen selber die Menschen und ihre Lebenszusammenhänge in einer intensivierten Form zum Ob-

jekt der imperialistischen Ausweitung und der höheren Konzentrierung der Verwertungsprozesse" macht. (Negt/Kluge Öffentlichkeit und Erfahrung, Frankfurt 1972, S. 283) Gerade die Ausweitung der Produktionszweige des tertiä-Sektors steht in engem Zusammenhang mit der Zersetzung privater Existenzformen: z. B. die Industrialisierung von Gefühlen und Phantasien durch die Massenmedien, die Verwissenschaftlichung und auch die Industrialisierung von Landschaft und Sonnenschein durch Tourismusunternehmen. Die futurologische Seite dieses Prozesses, bei dem die Industrialisierung der Sexualität kaum mehr eine abstruse Idee zu sein scheint, hat A. Gorz in „Die Verschwörung der Öko-Faschisten" (Neues Forum Wien, Heft 237/238, Okt. 73, S. 33) beschrieben: „Das Prinzip ist immer das gleiche: Es muß verhindert werden, daß die Menschen ihre Bedürfnisse auf spontane und autonome Weise befriedigen. Die Befriedigung muß von institutionellen und industriellen Mitteln abhängen, über die man nur verfügen kann, wenn man sie kauft oder mietet." (Gorz S. 37) Wenn die Befriedigung der Bedürfnisse, die traditionell private Existenzformen gleichsam gratis gewährleisten, mit diesen nicht mehr zu realisieren ist und zunehmend von institutionellen und industriellen Mitteln abhängig gemacht wird, entsteht zunächst eine Situation der Ausweglosigkeit.

Die Vermutung liegt nahe, daß die Individuen zur öffentlichen und demonstrativen Artikulation ihrer privaten Bedürfnisse sich eher getrieben fühlen, als daß sie das, was sie tun, wirklich wollen. Der politisch orientierte Gruppenzusammenhang, auf den diese privaten Bedürfnisse stoßen, kann diese rigoristisch beiseiteschieben und am rein politischen Vereinszweck festhalten — oder die Gruppe versucht zusammenzubringen, was schwer zusammenzubringen ist. Überspitzt formuliert: die Redehemmungen von Rolf und der Widerstand der chilenischen Arbeiterklasse gegen den Faschismus, der Anschlag von Prof. Meyer auf die Rechte der Studenten und die beherrschende Stellung, die die Genossen aus der Wohngemeinschaft xy in der Gruppe haben — da alles nunmehr politisch ist, gehört alles zusammen. Und das ist im Kern ja auch richtig. Dennoch — aus den waghalsigen Ableitungszusammenhängen und Vermittlungskonstruktionen, bei denen nichts getrennt werden, nichts unabgeleitet bleiben, nichts für sich stehen darf oder gar — eine furchtbare Gefahr — isoliert betrachtet werden, spricht eher das Gefühl der Ausweglosigkeit und Not, angesichts der Zersetzung privater Existenzformen für sie im komplexen Medium politisch-öffentlicher Organisation einen Ersatz zu erhalten.

In den Protokollen der Emanzipationstagungen finden sich mit konstanter Regelmäßigkeit Sätze wie: „Völlige Repressionsfreiheit ist heute (= in der kapitalistischen Gesellschaft) unmöglich." Oder „Die Erfüllung eigener Bedürfnisse (leben nach dem Lustprinzip) kann in der kapitalistischen Gesellschaft nicht langfristig gewährleistet werden, . . ." (Der subjektive Faktor, Materialien zur Emanzipationsdebatte 1, Gießen 1974, S. 46 und 41.) Die Erkenntnis ist so banal, daß es sich kaum lohnt, sie aufzuschreiben. Aber offenbar muß sie immer wieder aufgeschrieben werden, so stark ist der emotionale Druck und das intensive Verlangen. Treffend formuliert der Göttinger Psychotherapeut Sperling: „Wenn es eine tiefenpsychologische Dimension der im Grunde sozialen Probleme der Studenten gibt, so liegt sie u. E. wesentlich in einer Verschiebung der Gefühlswelt, die verschiedene Ursachen hat. Als erstes wäre das Gefühl der Verlorenheit zu nennen. Es betrifft jene gar nicht kleine Zahl unserer Patienten, die nur ein zufälliger Ausschnitt aus der übrigen ähnlich erlebenden Studentenschaft sind, die im Grunde mit sich und ihrem Leben nichts anzufangen wissen, von unzähligen Mikro-Angstreflexen gepeinigt auf eine ihnen im Grunde unfaßbare Umwelt blicken, neben der sie beziehungslos stehen. Sie erleben sich auf jeden Fall als verloren, ob sie nun Initiativen ergreifen oder gar nichts tun." Und: „Die permanente Enttäuschung, daß wieder etwas nicht geht, daß man wieder etwas nicht bekommt, ist in Gestalt lebensgefährlicher Resignation oder blindwütiger Aggression nur verständlich, wenn man sie an ihrem psychodynamisch wirksamen Anspruch — paradiesische Zustände — mißt." (E. Sperling, J. Jahnke, Zwischen Apathie und Protest, Bd. 1, Bern 1974, S. 19, 155)

Das endlose Opfer

Dieser Anspruch ‚Es steht mir zu, daß ich mich wohl befinde' ist nicht neu, er ist als ‚Recht auf Streben nach Glück' bereits in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung verankert. Der Anspruch selbst kann also nicht die spezifische Radikalität emanzipatorischer Bewegungen begründen; diese scheinen eher eine radikalisierte Durchsetzungsform uralter Gebrauchswertansprüche zu sein.

Das Einklagen der Gebrauchswerte, die Forderung nach persönlicher Emanzipation, deutet jedoch in ihrem grenzenlosen Sein- und Habenwollen auf eine selbst noch am Geldbegriff gebildete Bedürfnisstruktur.

Dem Geld haftet von vornherein der Widerspruch an, jedem Gebrauchswert äquivalent zu sein, doch dies nur in beschränkten Quantitäten. Bekanntlich entwickelt Marx aus dieser Aporie den Kapitalbegriff. Das Geld — als Repräsentant des bürgerlichen Reichtums — muß, um seinem Begriff adäquat zu werden, akkumuliert werden, indem es vom Konsumtionsprozeß ferngehalten wird. Der Akkumulationsprozeß wird so notwendig zum Opferzusammenhang, der konstitutiv ist für Identitätsbildung der darin vermittelten Individuen wie auch für das klassische Politikverständnis selbst noch derjenigen Gruppen, die den Sozialismus zu erkämpfen angetreten waren. Das sich im Akkumulationsprozeß bildende bürgerliche Individuum ist rein gefaßt im Typus des Unternehmers, der ist, was er hat. Der für die Akkumulation notwendige Verzicht erscheint ihm als Opfer, der durch künftiges besseres Leben vergolten wird. Jedoch muß dieser Verzicht immer stattfinden, denn der Akkumulationsprozeß darf nicht stoppen; die Zukunft ist also immer, nie erreicht das Individuum konkrete Befriedigung.

Indem die Befriedigung immer zukünfig bleibt, wird sie aus dem konkreten Geschichtsprozeß verbannt; enthistorisiert und entkonkretisiert, ist sie nur im Paradies denkbar. Die konkrete Unterdrükkung im Namen der Akkumulation bedarf so der Kompensation durch eine Heilserwartung, die das ‚ganz Andere' des Opfers darstellt.

Die Ideologiehaftigkeit der Konzeption des ‚autonomen Individuums' wird in dem Maße offenbar, wie der Unternehmer aus der Wirklichkeit verschwindet. Krahl hat die ‚Trauer um den Tod des bürgerlichen Individuums' als Konstituante der antiautoritären Protestbewegung gesehen. Der Kampf für die Selbstverwirklichung wird selbst identitätsbildend. Doch damit entfaltet sich nur, was von vornherein schon angelegt war: was man hat, muß ja verteidigt werden. „Selbstbehauptung des sich selbst als historisches Subjekt setzenden Individuums erfüllt sich im Selbstopfer.

Rotbuch 130:
Miklós Haraszti
Stücklohn

Vorwort von Heinrich Böll

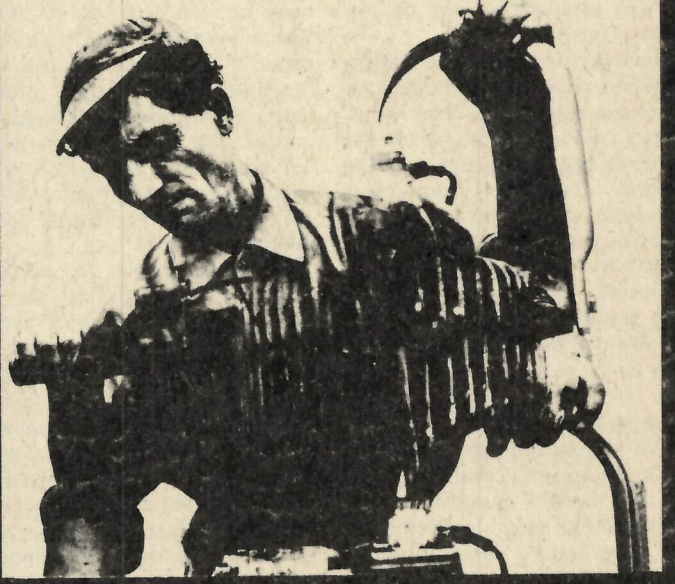
Aus dem Ungarischen von Georg Salley

Niklós Haraszti arbeitete in einer Budapester Traktorenfabrik an der Fräsmaschine. Er berichtet über den Stücklohn, der die Arbeiter dafür bestraft, daß sie Menschen sind, über Bedingungen und Auswirkungen des Leistungslohnsystems, das die Kluft zwischen den Arbeitern und ›denen da oben‹ vertieft.

Haraszti benennt im Detail den Widerspruch zwischen z.T. frühkapitalistischen Arbeitsverhältnissen und sozialistischen Parolen; er beschreibt die Haltung derer, die den Sozialismus wollen, aber täglich von Leistungsdruck und Bürokratie beschädigt werden.

›Harasztis Buch ist weit mehr als eine Reportage (was schon genug wäre)... es kommt hinzu eine utopisch ästhetisch-soziale Dimension‹ (Heinrich Böll)

120 Seiten, DM 7,–



Authentische Fabrikreportage aus einem sozialistischen Land

Das von der bürgerlichen Anthropologie beschworene Individuum, das nach dem Bild des freien Unternehmers geformt wurde, als dieser schon von der historischen Bühne abtrat, konnte seit der Jahrhundertwende nur noch als fiktiver oder aber selbstmörderischer Heroismus eingelöst werden." (Til Schulz, Der Kampf als inneres Erlebnis – Abenteuer des falschen Bewußtseins, in: Kursbuch 35,

Das Übel an der Wurzel packen

S. 145) Kampf ist das a-priori der Autonomie, die sich darin als falsche erweist.

Ebenso wie die Akkumulation muß auch der Kampf des Individuums immer weitergehen. Er wird zum Existential, ahistorisch – da verewigt –, zur Grundvoraussetzung bürgerlichen Lebens überhaupt. Der Kampf ist nicht rückgebunden an die Bedürfnisse des Individuums, er selbst ist Bedürfnis. Der Kampf ist als immer seiend strukturgleich der sich ins Paradies verflüchtigenden ewigen Zukunft. Der Kampf aller gegen alle und die je zukünftige Heilserwartung zeichnen das enthistorisierte und entkonkretisierte bürgerliche Bewußtsein aus, das auch noch Voraussetzung der sich antikapitalistisch definierenden Gruppen ist.

Die andere Seite des identitätgewinnenden Bürgers wurde deskriptiv oben genannt: ‚alles oder nichts' ist die Devise des Subjekts, das nicht sich selbst aufgeben darf. Die Identität darf nicht zerbrechen, eher wird sie selbst zerschlagen (Selbstopfer). Der Akkumulation entspricht die Krise, der Zusammenbruch. Sie ist das Andere, ohne die die Akkumulation – respektive die Identitätsgewinnung – nicht ist.

Zwar wird der Typus des Unternehmers objektiv immer mehr aus der Wirklichkeit verbannt. Doch die daran gewonnene Identitätsbildung lebt fort, obwohl Subjektivität zunehmend nur noch im Verhältnis von Anstrengung und Scheitern erfahrbar ist. Die so sich herstellende Identität ist sich selbst nie gewiß, Unsicherheit und Desorientiertheit, Kontakt- und Beziehungslosigkeit sind Konstitutiva einer sich selbst radikalisierenden Bedürfnisartikulation, die im grenzenlosen Sein- und Habenwollen (alles oder nichts) ihre Maßlosigkeit erweist. Die Erfahrung des Scheiterns treibt das sich von einer Antinomie zur nächsten flüchtende Individuum schließlich in den existentiellen Kampf, der zu seinem Begriff kommt im Selbstopfer: das Individuum gibt sich auf, um es selbst zu bleiben.

Zugleich ist hier die Sprengstelle des Opferzusammenhanges gegeben, kann doch das Selbstopfer auch bewußtes Risiko zur Durchbrechung des Opferzusammenhanges sein. Dies setzt jedoch bewußtes politisches Handeln voraus, das sich über die Widersprüchlichkeit des bürgerlichen Bewußtseins, die selbst es noch aufnimmt, im klaren ist.

Ohne Preis kein Fleiß

Dieser Anspruch: „Es steht mir zu, daß ich mich wohl befinde" erzeugt eine spezifische Radikalität, die mit den traditionellen Vorstellungsweisen von politischem Handeln kaum zu verbinden ist. Der Gedanke ist verlockend, das grenzenlose Sein- und Habenwollen, das sich hinter der Forderung nach persönlicher Emanzipation verbirgt, als Wasser auf die Mühlen der „politischen Sache" zu leiten, und dies ist auch die vordergründige Programmatik der Emanzipationsdebatte. Aber die Vorstellungsweise von politischem Handeln, auch die, die uns aus der marxistischen Tradition geläufig ist, ist in ihren Grundzügen wesentlich gekennzeichnet durch den der Religion entstammenden Mechanismus, Bedürfniseinschränkungen mit zukünftigem Heil zu begründen. Traditionelle Politik setzt intakte private Existenzformen voraus. Gegegenüber der neuartigen Radikalität, die auf dem durch die Zersetzung privater Existenzformen resultierenden Anspruch auf unmittelbares Glück – hier und jetzt – basiert, gegenüber dieser Radikalität erweist sich der Hinweis auf die politisch zu erkämpfende bessere Zukunft als zunehmend hilflos. Es nutzt nichts, diese Ansprüche als infantil, regressiv oder neurotisch zu verfolgen, sie mögen unpolitisch sein – was sie im alten Sinne von Politik ja auch sind –, sie sind de facto als Basis der neuartigen Radikalität politisch wirksam.

Der erste sinnvolle Akt wäre: das bewußte Eingeständnis, die Anerkennung ihrer Existenz und der Verzicht, sie zu verleugnen. Erst dann besteht eine Chance, der Hauptschwierigkeit Herr zu werden: einen Begriff von gesellschaftlicher Praxis zu entwickeln, der frei ist von der religiösen Verknüpfung von Opfer und künftigem Heil.

Der Kampf um die Emanzipation findet zwar unter den Bedingungen von Politik statt, ist aber selbst nicht als politisch zu verwirklichen. Er kann sich nicht einfach den Restriktionen und Trennungen durch Politik entziehen, die Rückwirkungen auf seine Formen haben. Die Emanzipationsbewegung muß ein bewußtes Verhältnis zur politischen Realität entwickeln. Wenn sie ihre Ansprüche der politischen Realität nur unterordnet, kastriert sie sich selbst. Sie hat allein die Chance, sich in revolutionärer Auseinandersetzung, sich selbst verändernd, durchzusetzen. Die Schwierigkeiten, die in einem derartigen Prozeß liegen, seien hier nur angedeutet.

Daß aller gesellschaftliche Zusammenhang bisher auf Triebverzicht aufgebaut war, ist ein Problem, das mit den allgemeinen Bedingungen von Zivilisation verbunden ist. Politisches Handeln selber ist an diesen Rahmen gekettet, insofern es gekennzeichnet ist durch: die Trennung von Mitteln und Zielen, von Prioritäten und Nebensächlichem, von Zwischenschritten und Ausharren. Unter der Perspektive der Bedingungen der Zivilisation basiert revolutionäre Politik wie andere auch auf Triebverzicht. Die Radikalität, die dem Anspruch nach persönlicher Emanzipation – hier und jetzt – zugrunde liegt, stellt aber gerade den zivilisatorischen Opferzusammenhang selbst in Frage – daher ihre Wildheit, ihre „Asozialität", ihr zigeunerhaftes Verlangen.

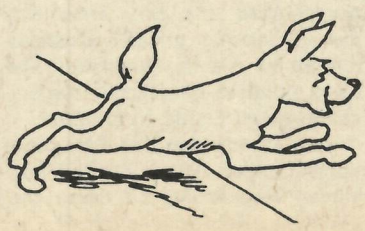
Für Marx stand die sinnvoll zivilisatorische Funktion der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt nicht in Frage, im Gegenteil: mehr zu arbeiten, als man braucht, und die Verinnerlichung von Leistungszwängen und Arbeitsmoral war für ihn Voraussetzung der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums, den die sozialistisch assoziierten Individuen erben sollen. Marx schreibt in den „Grundrissen": „Die große geschichtliche Seite des Kapitals ist diese Surplusarbeit, überflüssige Arbeit vom Standpunkt des bloßen Gebrauchswerts, der bloßen Subsistenz aus, zu schaffen, und seine historische Bestimmung ist erfüllt, sobald einerseits die Bedürfnisse soweit entwickelt sind, daß die Surplusarbeit über das Notwendige hinaus selbst allgemeines Bedürfnis ist, aus den individuellen Bedürfnissen selbst hervorgeht, – andererseits die allgemeine Arbeitsamkeit durch die strenge Disziplin des Kapitalismus, wodurch die sich folgenden Geschlechter durchgegangen sind, entwickelt ist als allgemeiner Besitz des neuen Geschlechts, (. . .). Daher ist das Kapital produktiv; d. h. ein wesentliches Verhältnis für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Es hört erst auf als solches zu sein, wo die Entwicklung dieser Produktivkräfte selbst an dem Kapital selbst seine Schranke findet." (GR, S. 231) So ganz wohl mag Marx beim Niederschreiben dieser Sätze nicht gewesen sein, denn er fährt unmittelbar assoziativ fort: „In der Times vom November 1857 findet sich ein allerliebster Wutschrei von seiten eines westindischen Planters. Mit großer sittlicher Entrüstung setzt dieser Advokat – als Plädoyer für die Wiedereinführung der Negersklaverei – auseinander, wie die Quashees (die freien niggers von Jamaica) sich damit begnügen, das für ihren eignen Konsum strikt Notwendige zu produzieren und als den eigentlichen Luxusartikel neben diesem „Gebrauchswert" die Faulenzerei selbst betrachten (indulgence and idleness); wie sie sich den Teufel um Zucker und das in den plantations ausgelegte capital fixe scheren, vielmehr mit ironischer Schadenfreude den zugrunde gehenden Planter anschmunzeln, und selbst das ihnen angelernte Christentum nur ausbeuten als Schönfärberei dieser schadenfrohen Stimmung und Indolenz."

Daß in einem derart antizivilisatorischen Protest, der rein gar nichts für die Entfaltung der Produktivkräfte tut, eine Schranke für das Kapital liegen könnte, hat Marx nie ernsthaft reflektiert. Dennoch – auf die Anekdote wollte und konnte er wohl nicht verzichten, füllt sie doch jene theoretische Leerstelle aus, die auf den Zusammenhang von Zivilisation und Revolution verweist. ■

LITERATURLISTE
ZUR GEWERKSCHAFTS-BEWEGUNG

Diese Liste senden wir Euch gerne zu. Legt der Bestellung bitte eine 50-Pf-Marke bei. Weitere Listen bei uns:
* Sozialdemokratie
* Antiimperialismus in Lateinamerika

C·VON·OSSIETZKY
BUCHHANDLUNG
INH. M. RITTENDORF
29 OL BERGSTR. 1
TEL 13949



China ohne Utopie

François Wahl

Erster Teil

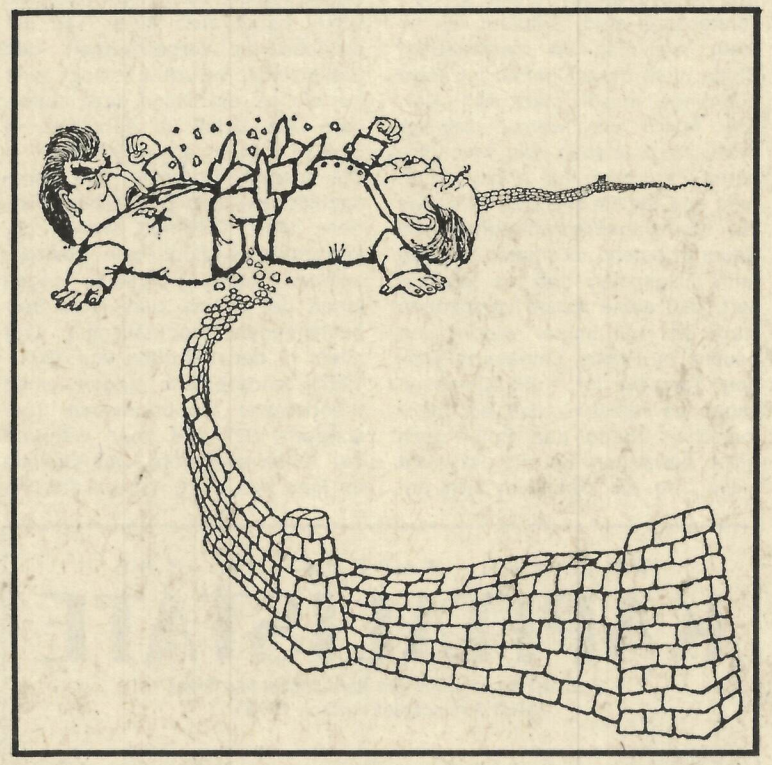
Der nachstehende Aufsatz wurde zuerst im Juni 1974 in der linksliberalen französischen Tageszeitung „Le Monde" veröffentlicht. Sein Autor, der Philosoph Francois Wahl, hat ihn im Anschluß an eine vierwöchige China-Reise im vorigen Jahr geschrieben. Wenn in dem Text auch mehr Fragen gestellt als beantwortet werden und wenn in ihm auch eine differenzierte sozioökonomische Analyse weitgehend fehlt, so sind wir doch der Meinung, daß gerade die aufgeworfenen Problemstellungen geeignet sind, in „links" eine Diskussion über das gegenwärtige China in Gang zu setzen. Der zweite Teil des Aufsatzes, den wir in der April-Nummer bringen werden, geht vor allem auf die Kulturrevolution sowie auf die Lin Piao/Konfuzius-Kampagne ein.

Die Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Modell

China ist in 25 Jahren mehr gelungen, als nur ein industrieller und landwirtschaftlicher Aufbruch; unter einem kapitalistischen Regime hätte es für diesen Aufbruch wenigstens die dreifache Zeit benötigt. Entsprechende Vergleiche schalten jeden diesbezüglichen Zweifel aus, und auch die Tatsache, daß die Chinesen von ihrer Wirtschaft als einer „Wirtschaft, die in den Kinderschuhen steckt" reden, ändert daran nichts. Ganz offensichtlich ist, daß die Chinesen zum ersten Mal seit sehr langer Zeit genügend zu essen haben, und wenn ihre Kleidung auch sehr einfach ist, so ist sie doch sehr korrekt. Das revolutionäre China hat bei seiner Entwicklung eine Gleichheit berücksichtigt, die weder vollkommen noch unproblematisch ist, doch sicherlich auf der Welt einzigartig. Die chinesischen Massen wirken friedlich und entspannt; man begegnet weder der Aggressivität westlicher Städte noch der ängstlichen Insichgekehrtheit, wie sie durch polizeiliche Unterdrückung hervorgerufen wird. Abwesenheit von Spannung und Mäßigkeit bei den verlangten Arbeitsnormen fallen dem Besucher immer wieder auf: Tatsachen, die man im Auge behalten sollte.

Wissenswert — sowohl für die Chinesen wie für die ganze Welt — wäre, ob sich China mit den so erreichten Erfolgen vom sowjetischen Modell losgelöst hat, ob mit der chinesischen eine andere Revolution stattgefunden hat und ob Garantien vorhanden sind, die einen chinesischen Stalinismus und Revisionismus und deren Bedingungen von vornherein ausschließen.

Aus der Sicht der Tatsachen ist diese Frage leicht zu beantworten. In China gibt es weder einen stalinistischen Terrorapparat noch die sozioökonomischen Ungleichheiten (Befehlsgewalt — Einkommen) der osteuropäischen Länder. Auf einer tieferliegenden Ebene, d. h. in Hinblick auf die dem Marxismus vom sowjetischen Modell auferlegte strukturelle Abweichung, sind die Dinge komplizierter.



Der moskowitische Stil

Die sowjetisch-chinesische Zusammenarbeit hat elf Jahre gedauert, und zwar die ersten elf Jahre nach der Revolution. Diese Jahre waren von entscheidender Bedeutung. Frappierend dabei ist, daß im Rahmen einer synoptischen Bestandsaufnahme die Periode des „großen Sprungs nach vorn" (1958) — eine ruhige Periode gemessen an den Schwierigkeiten, die ihr folgten — wieder große Bedeutung erlangt hat. Tatsächlich wurden alle Kommunen und alle großen Fabriken, die wir besichtigt haben, damals gebaut oder in Angriff genommen. Und wenn die Russen (schon unter Chruschtschow) auch den Ehrgeiz und die Kollektivierungsmethoden beim „großen Sprung nach vorn" sowie den vorrangigen Bezug auf die „Massenmobilisierung" statt auf die Schaffung kleiner technischen Inseln anfochten, so waren doch sie es, die den Chinesen Fabriken lieferten und Fachleute schickten — beides Träger eines Entwicklungsstil gewählt, dessen Strukturen ihr eigenes Gewicht haben.

Auf der Ebene des Urbanismus — gewiß einer sichtbaren Ebene — ist es gerade dieser Stil, der so enttäuscht und beunruhigt. Wenn man in Peking ankommt, befällt einem das seltsame und befremdliche Gefühl, man befände sich in einem osteuropäischen Land: kleine Türmchen im moskowitischen Stil, Sterne mit Lampen an den Spitzen und überladener Zuckerbäckerstil wie beim akademisch-dekorativen Industrieausstellungspalast in Shanghai (ehemaliger chinesisch-sowjetischer Freundschaftspalast); oder mit Platten besetzte und von nur wenigen Öffnungen unterbrochene wuchtige, nackte Steinmassen, deren feierlich-dumpfes Aussehen verstärkt wird durch zwei Paläste, die sich hinter langen, weißen Pilastern nach Art eines modernistischen Parthenons befinden — sie flankieren den Tien An Men, einen Platz, auf dem symbolisch das gesamte chinesische Leben zusammenläuft. Man könnte sich in Ostberlin glauben.

Wo steht China heute? Die Vorbilder, die ihm damals gegeben wurden, wiegen schwer — in übertragener wie in wörtlicher Bedeutung. Wenn man den Urbanismus der Jahre nach dem Bruch mit der Sowjetunion untersuchen würde, so würde sich zeigen — soweit wir das feststellen konnten —, daß sich nichts geändert hat, daß keiner der europäischen Fehler aus den einzelnen Industrialisierungsphasen vermieden worden ist: angefangen von den durchgeschlagenen Boulevards à la Haussmann bis hin zu den schäbigsten Wohnblöcken, die selbst auf freiem Feld im Abstand von 20 Metern parallel zueinander hingepflanzt werden, mit erbarmungsloser Gleichgültigkeit gegenüber allem, was — ohne mehr zu kosten — auf weniger mechanische Weise „westlich" und akkumulativ wäre. Dieser aufgebürdete Baustil ist deshalb so bemerkenswert, weil alles, was sich in ihm offenbart, das industrielle Urbanisierungsmodell europäischer Prägung mit sowjetischem, nicht einmal chinesisch retuschiertem Aufguß verrät.

Industrialisierung nach internationalem Vorbild

Bei Gesprächen mit Chinesen befällt einen schnell das eigenartige Gefühl — eigenartig in Bezug auf die gesellschaftlich radikale Bedeutung der Kulturrevolution —, daß das große Ereignis für die meisten von ihnen (mehr noch als die Kulturrevolution selbst) die nach internationalem Vorbild betriebene Industrialisierung ist. Wenn die Chinesen von sich berichten, erwähnen sie erzielte Erfolge und die Schwierigkeiten, denen sie auf dem Wege von der Unterentwicklung zur Entwicklung begegnet sind. Das halbfeudale, halbkoloniale Regime der letzten Jahrhunderte wird für den Rückstand verantwortlich gemacht, der China um seinen „natürlichen" Platz in der industriellen Welt gebracht habe. Doch China revanchierte sich mit der Revolution; d. h. daß die Chinesen in erster Linie das Bewußtsein haben, sich im Augenblick dem Stadium einer modernen Wirtschaft zu nähern.

Gewiß sind dabei Nuancen zu berücksichtigen. Je mehr man sich den authentischen proletarischen Zentren nähert (wie Peking und Shanghai), desto politischer wird geredet, d. h. desto mehr wird der Akzent auf die Revolution in den Produktionsverhältnissen gelegt. Doch je tiefer man ins Landesinnere vordringt, um so ausschließlicher ist die Rede von den Produktivkräften und eine ökonomistische Tendenz wird sichtbar. Kulturrevolution und Lin Piao-Kampagne werden plötzlich (vonseiten der Verantwortlichen in den Fabriken oder vonseiten der Aktivisten in den Kommunen und Werkstätten) nur noch als Anreiz zur Produktionssteigerung interpretiert.

Mehrmals – z. B. in der riesigen Traktorenfabrik von Luo-Yang, die zwischen 1955 und 1959 aufgebaut wurde und 30 000 Arbeiter beschäftigt – habe ich mich bei Darstellungen über die Erweiterung der Produktion und ihre Diversifikation sowie über die einzigartige Qualität chinesischer Produkte gefragt, warum andere, nicht weniger revolutionäre Themen unerwähnt blieben: z. B. die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, ein um so wichtigerer Punkt, als die Anlagen (Fließbänder einbegriffen) nicht zu den modernsten gehören; oder Arbeitszeitverkürzung sechs mal acht Stunden plus drei, die der Politik gewidmet sind, einer Stunde für Unfallverhütung und einer weiteren für technische Fragen; und schließlich das Thema der Selbstverwaltung, die täglich praktiziert wird. Insofern wäre es falsch, zu sagen, man hätte uns auf diese Fragen nichts zu antworten oder diese Probleme wären gar nicht angegangen worden. Dennoch ist es verwirrend, daß den Vertretern der Fabriken oder deren revolutionären Komitees solche Fragen unwesentlich erscheinen.

Ökonomismus und Nationalismus

Wie beherrschend die Industrialisierung für die Chinesen – wie für die Russen – noch immer ist, stellt sich heraus, wenn man das durch den sowjetischen Verrat hervorgerufene Trauma ermißt. Immer wieder kommt man auf den Verlust zu sprechen, den der plötzliche Abzug sowjetischer Fachleute während des Fabrikenbaus bedeutete. Gleichzeitig wurden damals unentbehrliche Lieferungen eingestellt; ihnen folgten oder gingen voraus inadäquate Lieferungen mit regelmäßig überbewertetem Inhalt; es wurde angeblich modernes, tatsächlich aber überholtes Material geschickt; auf die Verpackung gebrauchter Stücke wurde das Etikett „neu" geklebt, und alles zu systematisch überhöhten Preisen. In dieser Hinsicht wollen die Rachegefühle der Chinesen nicht versiegen. Ihr revolutionärer Stolz besteht denn auch vor allem darin, diese Hindernisse überwunden und damit die sowjetischen Manöver vereitelt zu haben und heute tatsächlich über Traktoren-, Auto- und Textilfabriken, über Schiffswerften sowie Bergwerksmaterial und elektronische Maschinen zu verfügen.
Weil also diese wirtschaftlichen Siege ganz allein und sowohl gegen den Imperialismus von gestern als auch gegen den Sozialimperialismus von heute erkämpft wurden, tritt zum unterschwelligen Ökonomismus häufig Nationalismus hinzu. Hier und da scheint es – offiziellen Kommentaren zufolge – wichtiger zu sein, daß etwas trotz der anderen gelungen ist, als daß etwas wirkungsvoll gelungen ist: so z. B. die berühmte Brücke über den Jang-Tse in Nanking, deren Bau mit Hilfe der Russen begonnen wurde, der aber erst abgeschlossen werden konnte, nachdem es den Chinesen in zweijährigen intensiven Bemühungen gelungen war, den nötigen Spezialstahl selbst herzustellen, dessen Lieferung die Sowjets mitten in der Bauperiode plötzlich eingestellt hatten. „Auf die eigene Kraft vertrauen" und „Unabhängigkeit und Autonomie" werden so zu einer Sprache der Herausforderung.
Doch sind die chinesischen Kommunisten hier wirklich so weit entfernt von denen, die sie bekämpfen? Eines Tages wurde uns folgende Antwort gegeben: „Mit der Kulturrevolution sollte nicht die Wirtschaft entmystifiziert werden, sondern die wirtschaftliche Orientierung am Ausland". Liegt nicht gerade im Ökonomismus und Nationalismus das Wesentliche des stalinistischen Erbes, der stalinistischen Abweichung?
Daß gerade diese Punkte so hervorstechend sind, erstaunt um so mehr, als man im maoistischen China nicht darauf gefaßt ist. Bald allerdings macht man sich klar, wie falsch es wäre, voreilige Schlüsse zu ziehen. Ein revolutionäres Programm für einen Kontinent und für ein riesiges Volk, das zur überwiegenden Mehrheit aus Bauern besteht, ist immer der Gefahr ausgesetzt, daß es verwässert, daß seine Achse verschoben wird; es muß immer wieder von neuem in Praxis umgesetzt werden. Tatsache ist – die Chinesen sagen es selbst –, daß auf ideologischer Ebene das Spiel noch nicht gewonnen ist. Es ist nicht sicher, ob die Chinesen sich anders begreifen als die Russen. Was uns angeht, so sollten wir nicht urteilen, ohne die verbliebenen kapitalistischen oder die aus der Zusammenarbeit mit den Sowjets ererbten Strukturen in Rechnung zu stellen bzw. ohne die spezifischen Zielsetzungen der marxistischen Revolution in China zu berücksichtigen.

Stalin oder der Revisionismus als Hauptfeind

Spätestens seit 1960 verurteilt China den „Revisionismus" als Sieg der bürgerlichen Klasse im Schoße eines sozialistischen Staates: Sieg im Innern durch materielle Anreize, wachsende Ungleichheit der Einkommen und durch Errichtung einer Hierarchie von Fachleuten; Sieg nach außen, weil sich die Sowjetführer schließlich auf das Spiel imperialistischer Rivalitäten eingelassen haben. Aber heißt das, daß China damit auch einen Teil der sowjetischen Vergangenheit, den Stalinismus, verurteilt? Oder sind nur wir es, die China dazu auffordern, ein Urteil zu sprechen, in dem es sich nicht wiederfindet?
Die großen Momente der philosophischen und politischen Karriere Mao Tsetungs waren gekennzeichnet durch den abwechselnden Kampf einerseits gegen einen der Praxis zum Trotz fortbestehenden Dogmatismus (vor allem in den Schriften von 1937–1957), andererseits gegen einen theorielosen Opportunismus (besonders 1927 und dann während der Kulturrevolution). Das Geniale an Mao war, nicht nur auf die universelle „Theorie" der marxistischen Revolution hingewiesen zu haben, sondern auch auf die „Praxis" der Revolution unter spezifisch chinesischen Bedingungen (z. B. die Rolle der Bauern als „schwächstem Glied" in einem halb-kolonialen, halb-feudalen System bei vorrevolutionären Aktionen; oder die Rolle der Bauern heute im Schoße der Revolution als „beherrschender Kraft" im Unterschied zum Proletariat als der „führenden Kraft").
Mitten in konkreten historischen Widersprüchen wird der Weg bestimmt vom unverändert sich wiederholenden Prinzip des „Kampfes zweier Linien", der proletarischen und der bürgerlichen (ein Kampf, der immer wieder von neuem aufflackert, selbst in einer sozialistischen Gesellschaft); d. h. den Klassenkampf weiterführen oder ihn aufgeben wollen; die Diktatur des Proletariats errichten oder sie verhindern; Konzessionen an immer wieder auftauchende Privatinteressen machen oder sie bekämpfen.
Man mag noch so sehr darauf vorbereitet worden sein, aber wenn man aus dem Westen nach China kommt, ist der Schock angesichts der mangelhaften Kritik der Chinesen am Stalinismus geradezu brutal. Einige westliche Marxisten haben die Hypothese einer „Kritik von links" am Stalinismus aufgestellt. Heute steht die Weiterentwicklung einer solchen Kritik sehr in Frage. Die Haltung der Chinesen gegenüber Stalin scheint auf lange Zeit völlig blockiert zu sein.

Behebbare Fehler

Wir betreten einen der kleinen Versammlungsräume, in denen jede Fabrik, jedes Krankenhaus, jede Kommune und jede Schule ihre Besucher empfängt. Entsprechend einer unverrückbaren Regel sind Sessel und Sofas mit spitzenbesetzten Lehnen im Kreis aufgestellt. Vor jedem Platz stehen auf einem langen Tisch Zigaretten und eine Tasse Tee, die alle zehn Minuten aufgefüllt wird; an einer Schmalwand des Raumes hängen vier Porträts: links (mit leicht nach rechts gewandtem Gesicht) Marx und Engels; rechts (mit leicht nach links gewandtem Gesicht) Lenin und Stalin (letzterer in militärischer Uniform); auf der gegenüberliegenden Seite, allein, Mao. Wir betreten eine Buchhandlung. Unter den marxistischen Klassikern befindet sich Stalin, vor allem dessen „Fragen des Leninismus". Wir fragen nach solchen Autoren, die gelesen werden sollen. Stalin wird genannt, wenn er auch nur (mit gutem Grund) eine untergeordnete Stelle einnimmt.
Offensichtlich „wollen" die Chinesen Stalin nicht aufgeben, obschon sie begreifen, daß dies im Hinblick auf das Ausland ein Hindernis darstellt.
Unsere Gesprächspartner, mit Fragen bombardiert, kamen überein, von Stalins „Fehlern" zu sprechen, wovon der größte war, den Klassenkampf mit keinem Wort in der

WORKING PAPERS ON THE

KAPITALISTATE

– Arbeitspapiere über den kapitalistischen Staat –
Heft 3 (erscheint Anfang 1975)

Enthält:

- *Peter Rachleff:* Crisis Theory and the Capitalist State – a Summary of Paul Mattick's work
- *Nora Hamilton:* Dependent Capitalism and The State – the Case of Mexico
- *Gero Lenhardt:* On the Relation ship between the Educational System and Work Organization under Capitalism
- *J. M. Cypher:* An Institutional Economic Theory of the Military-Industrial Complex
- *Barbara Stallings and Richard Feinberg:* Economic Policy and State Power – A Case Study of Chile under Allende
- *Adalbert Evers:* Urban Structure and State Interventionism
- *Bruce McFarlane and Bob Catley:* Australia, Multinational Corporation and the Pacific Rim Strategy
- *Larry Sawers and Howard W. Wachtel:* The Distributional Impact of Federal Government Subsidies in the United States
- *Otto Jacobi, Jürgen Bergmann and Walter Müller-Jentsch:* Problems in Marxist Theories of Inflation

Folgende Schwerpunktnummern sind in Vorbereitung

The Structure of Regional Planning and Local Problems and Capitalist Reproduction
The Role of the State in Mediating the System of Social Work and of Public Qualification (School, University etc.)
Multinational Corporations and the State

Die Nummern 1 und 2 von KAPITALISTATE sind im Buchhandel erhältlich und außerdem im Postversand des Politladen Erlangen. Zur Bestellung eines Einzelhefts im Postwege reicht eine Überweisung von DM 9.– auf das Postscheckkonto Nr. 3234–852 Nürnberg (Politladen GmbH, 852 Erlangen) unter Namens-, Adressen- und Heftangabe aus.
Abonnements können nur direkt bei der Redaktion bestellt werden. Hierzu reicht die Überweisung von DM 25.– für vier Hefte auf das Postscheckkonto Gero Lenhardt, Sonderkonto K. Kto. Nr. 359436–100 Berlin-West unter Namens- und Adressenangabe aus; desgleichen auch die Übersendung eines Schecks an: Gero Lenhardt, 1 Berlin 12, Grolmannstr. 23. Institutionelle Abonnements kosten DM 38.–.

Redaktionelle Anfragen: Axel Zerdick, D-1 Berlin 19, Neue Kantstr. 6

Verfassung von 1936 erwähnt zu haben, in deren Folge sich die Klassenkämpfe dann auch zuspitzten. Doch vor allem – so ergänzte ein Historiker der KPCh in Schanghai – handelte es sich um rein ideologische, nicht aber um ökonomische Fehler, und wie alle Fehler konnten auch diese behoben werden. Stalin hätte sie im übrigen 1952 erkannt, und „wenn Stalin nicht so früh gestorben wäre, hätte er solche Probleme leicht gelöst".

Weiter wurde gesagt: wenn auch stimme, daß es in der Geschichte der KPCh Linksabweichungen gegeben habe, die sich auf die III. Internationale beriefen, so seien sie nicht (auf die Unterscheidung wird Wert gelegt) dieser anzulasten, sondern dem Dogmatismus gewisser chinesischer Imitatoren. Schließlich behauptete ein Philosophieprofessor der Universität Peking uns gegenüber, die Kämpfe innerhalb einer kommunistischen Partei seien immer Ausdruck des Klassenkampfs in der Gesellschaft. Ich gab ihm zu bedenken, daß doch das Auftreten des Revisionismus in der Sowjetunion so kurze Zeit nach Stalin Ausdruck mangelnden Klassenkampfs zu seiner Zeit gewesen sein müsse. Das wurde bestritten mit dem Argument des Mangels an Erfahrung im ersten sozialistischen Land.

Man sieht jetzt, wo das Paradoxon liegt: wenn Stalin nicht wegen seiner Verwaltung, der Wirtschaft und der Sowjetgesellschaft kritisiert werden kann, kann er auch nicht für den Revisionismus, den diese Verwaltung hervorgebracht hat, verantwortlich gemacht werden. Und so werden Revisionismus und Sozialimperialismus zwar leidenschaftlich bekämpft, ohne jedoch wirklich erklärt zu werden. „Wenn Stalin Fehler gemacht hat, so sind Chruschtschow und Breschnew Verräter": wieder einmal wird alles der besonderen Böswilligkeit einiger Führer angelastet, die dem Druck der Bourgeoisie von innen und des Imperialismus von außen nachgegeben haben. Danach scheint keine Umkehr mehr möglich zu sein aufgrund der von der Sowjetmacht organisierten inneren und äußeren Ungleichheiten.

Zwar sind die Chinesen in der Lage, die Folgen des Stalinismus zu kritisieren: Rückkehr zu materiellen Anreizen, Konsumgesellschaft, Errichtung eines „Imperiums", das der Priorität der Sowjetwirtschaft gehorcht, Weltpolitik der Supermächte. Doch sie sehen keinen Anlaß, das zugrundeliegende Ziel zu kritisieren: die Verwirklichung einer „klassisch" nationalen Entwicklung mit Hilfe der Diktatur des Proletariats. Hinsichtlich des Wirtschaftswachstumsmodells und der Konzeption politischer Macht scheint es – jedenfalls im Augenblick – in China keine radikalen Divergenzen mit dem stalinistischen Modell zu geben.

Kurz, es bleibt widersprüchlich, den Revisionismus zu verurteilen, ohne in irgendeiner Weise den Stalinismus zu verurteilen. Schließlich – und wer würde daran zweifeln – ist der Revisionismus ja nicht vom Himmel gefallen. Aber dieser Widerspruch wird nicht offen ausgesprochen, weil die chinesische Revolution nicht so weit geht, die Bedingungen des Stalinismus in Frage zu stellen; zwar werden seine sozialen und „polizeilichen" Auswirkungen diskutiert, nicht jedoch seine politischen und ökonomischen Strukturen.

Ein anderes Wachstumsmodell

Der großartige Versuch der Chinesen, das ganze Volk am Aufbau einer modernen Wirtschaft teilnehmen zu lassen, statt ihn einfach zu oktroyieren, und zwar in allen Teilen des Landes (nicht nur in einigen bevorzugten Gegenden); der ebenso bemerkenswerte Versuch, dieses Unternehmen durchzuführen, ohne daß eine Bürokratenschicht sich von den arbeitenden proletarischen und bäuerlichen Massen abhebt; dieser Versuch, der verhindern soll, daß, wie in der UdSSR, die sozialistische Umwandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse während der Akkumulationsperiode der Produktivkräfte blockiert wird, – impliziert er letztendlich nicht auch die voluntaristische Prioritätensetzung technologischer Akkumulation wie in der UdSSR, und zwar im Rahmen desselben Projekts von Entwicklung–Konfrontation, wie er in all seinen Teilen von den fortgeschrittensten Ländern übernommen wurde? Und ist die Durchführung dieses Projekts nicht gerade dadurch an die autoritäre Leitung der Partei gebunden wie in der Sowjetunion?

Mir scheint, daß sich hier eindeutig ein Dilemma im Kern dessen, was der Maoismus hervorgebracht hat, offenbart. Entweder entspricht der Typ gesellschaftlicher Beziehungen, wie ihn die Kulturrevolution vorangetrieben hat, als Überbau einer radikal verschiedenen Konzeption von der Entwicklung wirtschaftlicher Kräfte – eine solche Konzeption müßte noch formuliert werden – wie auch einem anderen Schema der Machtverteilung, mit dem die Massen zwar „gestählt" wurden, von dem man heute aber nicht sagen könnte, es „ginge von den Massen aus"; oder aber das ökonomische, städtisch-industrielle Modell, wie es im Kapitalismus entstanden ist und im Staatskapitalismus der UdSSR verändert wurde, hat hier wie dort das letzte Wort, lediglich um eine gewisse Anzahl punktueller demokratischer Verbesserungen bereichert.

Die Frage lautet, ob das nachkulturrevolutionäre China wirklich, wie es vorgibt und wie es im Westen bestätigt wurde, ein „anderes" Wachstumsmodell zu bieten hat.

Sicher, die Chinesen haben vieles vorzuweisen, was darauf schließen läßt: z. B. die berühmten, auf Schulen, Wohnviertel oder Kommunen verteilten Werkstätten – wie die der Oberschule von Nanking, wo die Schüler im Physikunterricht kleine Erregerspulen herstellen; die eines Schanghaier Wohnviertels, wo Hausfrauen in Heimarbeit Radioapparate zusammensetzen; oder die einer Kommune, wo landwirtschaftliche Maschinen repariert werden. Sie erfüllen unserer Meinung nach mehrere Funktionen gleichzeitig. Einesteils tragen sie dazu bei, dem Dringendsten auf die einfachste Weise abzuhelfen; andererseits gehorchen sie einem System der Ausweitung von Zweitwerkstätten; außerdem – und vor allem – erfüllen sie eher eine politische (pädagogische) Funktion als eine ökonomische, nämlich jedem ins Gedächtnis zu rufen, daß er seinen besonderen Anteil an der kollektiven Produktion zu leisten hat und daß er „besser seinen eigenen Kräften vertraut", als alles vom Staat zu erwarten. Übrigens ist sicherlich bezeichnend, daß dem Besucher in China stets sehr große Fabriken klassischen Typs vorgeführt werden, deren technisches Niveau so hoch wie möglich ist.

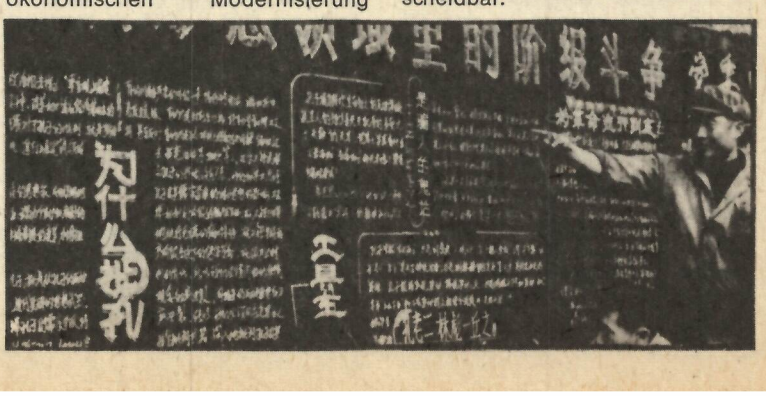
Befreiung und Revolution

Für ein so riesiges, dicht bevölkertes und lange vernachlässigtes Land, hat man damit wohl das intelligenteste und – um es noch einmal zu sagen – pädagogischste System für eine rasche Entwicklung gefunden. Allerdings steht nicht zur Debatte, das sowjetische Dogma zu erschüttern, das der ökonomischen Modernisierung nach internationalem Vorbild durch strikte Disziplin aller und, wenn möglich, im Dienste der fortgeschrittensten Technologie die absolute Priorität einräumt.

Kommen wir in diesem Zusammenhang auf das Verhältnis der Arbeiter zur Arbeit zurück. Das komplizierte System der Betriebsleitung basiert immer auf dem „Dreierverhältnis" Arbeiter (sogenannte „berufserfahrene" Arbeiter), Techniker, verantwortliche Kader. Allerdings hat diese wichtige Aufgliederung in der Arbeitsleitung nicht auch schon das an die Technologie gebundene Hierarchienproblem gelöst. Ebenso wenig läßt sich sagen, daß die Arbeiter- oder Bauerninitiative auf allen Ebenen die treibende Kraft sei. Was die Teilnahme der Kader an der Handarbeit betrifft (eine zeitlang im Westen Symbol für die Kulturrevolution), so scheint z. Z. das Experiment eher in der Schwebe zu sein (wenn man von den Studenten einmal absieht). Vor allem wird angeführt, die Kader (übrigens oft ehemalige Arbeiter) müßten die Erfahrung gemacht haben, wie sich in der Praxis die von ihnen unterbreiteten und dann übernommenen Initiativen bewährt haben. Ein weiterer Punkt, der oft betont wird, bezieht sich auf die technischen Erfindungen von Arbeitern. Dazu muß aufrichtigerweise festgestellt werden, daß es diese Erfindungen zwar noch gibt, sie jedoch nicht in den Vordergrund gerückt werden. Im Ganzen gesehen bleibt die Organisation der Arbeit, obwohl sie in den Händen der Arbeiter liegt, aufgrund der Macht vorgegebener Technik, strukturell die gleiche, die wir kennen.

Was die politische Macht angeht, so kann nicht oft genug auf die Tatsache verwiesen werden, daß die Chinesen das Jahr 1949 als Jahr der „Befreiung" angeben, während allein den Jahren 1965–1969 der Name „Revolution" verliehen wird: das große Abenteuer, die Entscheidung und das Risiko wurden von allen, die darüber erzählen, in diesem Zeitraum erlebt. Der „umerzogenen" Partei scheint jedoch andererseits eine genaue Konzeption von Masseninitiative, von der Autorität des Zentralkomitees (seitdem es authentisch revolutionär ist) und von Klassengehorsam, kurz von der Praxis der Diktatur des Proletariats heute zu fehlen, eine Konzeption, welche die wirklich dialektische Ausübung der Macht sichern könnte.

Das Bild, das China heute bietet, bleibt – wie man sieht – unentscheidbar.



kleinanzeigen

(3/4) **Fragezeichen** ist soeben erschienen und berichtet über Fahrten nach Amrum und zum Euphrat, setzt sich mit Folter in der BRD auseinander und interviewt Marx und v. Oertzen. Bezug: gegen Voreinsendung von DM 1,50 bei P. Moch, 3 Hannover, Kurze Kamp-Str. 12c.

(3/5) **„Katalyse" Technikergruppe** Heft Nr. 3: „Harte" und „sanfte" Technik oder über die Produktionsmittel und -bedingungen in unserer Industriegesellschaft und einige Alternativen. 33 Seiten mit Bildern und Graphiken gegen Voreinsendung von DM 2,50 (incl. Porto) bei: „katalyse" c/o Klaus-Barth-Haus, 43 Essen 1, Wittenbergstr. 14–16.

(3/6) **Dokumentation** des Jungsozialisten UBA Waldeck/Frankenberg über den (gescheiterten) Kampf gegen den Bau einer Landratsdienst-Villa. Bezug: gegen Voreinsendung von DM 1,50 (incl. Porto) bei Friedhelm Emde, 354 Korbach, Hannoversche Str. 10.

(3/7) **Dokumentation:** Politische Gefangene in den Öl-Staaten Bahrein/Iran/Oman/Saudi-Arabien. Bezug: Arbeitskreis Nahost/Golf im RC e.V., 1 Berlin 30, POB 4048.

(3/8) Initiativgruppe Selbstverwaltetes Jugendzentrum Georgsmarienhütte sucht **Sozialarbeiter/pädagoge(-in)** für die Stelle eines Stadtjugendpflegers (30 000 Einwohner/Kreis Osnabrück). Arbeitsschwerpunkt: pädagogische Betreuung des Jugendzentrums. Anfragen: Hans-Georg Weisleder, 4504 Georgsmarienhütte, Schwarzer Weg 2.

(3/9) **Jugendsekretär** für die Jugendarbeit in Köln zum 1. 4. 1975 gesucht. Voraussetzung: mind. 21 Jahre, abgeschlossene Berufsausbildung oder abgeschlossenes Studium als Sozialarbeiter, Lehrer usw. Bewerbungen an: SJD – Die Falken, 5 Köln 1, Severinswall 32, Tel. 321377.

(3/10) Jugendliche suchen **Sozialarbeiter(in)** für das städt. Jugendzentrum in Herford (65 000 E.). Bezahlung BAT IVb. Weitere Informationen: Hermann Strohmeier, 48 Bielefeld, Am Balgenstück 19.

(3/11) Anwaltsbüro in Stuttgart sucht zum 1. 4. 1975 **Anwaltsgehilfin** oder versierte Sekretärin als Alleinkraft. Telefon 0711/246593.

(3/12) Wir suchen einen Genossen(in) zur **Mitarbeit** in unserem **Verlagskollektiv** (Vertrieb). LOG Buch / Die Log-Zeitung c/o Rieta Hau, 6234 Hattersheim, Lindenstr. 26, Telefon 06190/5413.

(3/13) Wir drucken alles politisch akzeptable zu dem sagenhaften Preis von DM 10,– für 100 Drucke DIN A 4: **Volksdruck,** 6234 Hattersheim, Lindenstr. 26.

(3/14) Suche dringend **Zivildienststelle** im Bereich der Kinder-, Jugend-, Obdachlosenarbeit möglichst im Großraum Göttingen/Kassel/Hannover. Dirk Hamelmann, 34 Göttingen, Garbenstr. 9.

(3/15) Jeamine, Herbert, Tobias (4), Said (2) möchten eine **Wohngemeinschaft** mit anderen Leuten mit Kindern aus politischen Motiven gründen. Ein gemeinsamer Urlaub könnte der Anfang sein. Interessierte aus dem Raum Duisburg/Düsseldorf/Krefeld rufen bitte an 02131/783846.

(3/16) **Aufruf!** Alle, die mit Büchern und Schreiben zu tun haben (z. B. Buchhändler, Schriftsteller, Journalisten, Bibliothekare etc.) und Interesse an einer **SB-Gruppen-Arbeit** in Hamburg haben, bitte melden bei: Uwe Mohrdiek, 2 Hamburg 4, Seilerstr. 40, Tel. 3192888.

(3/17) Suche dringend Material, Erfahrungsberichte, Kontakte zum Thema **Kinder und Jugendtheater** (insbes. zur praktischen Umsetzung von Brechts Lehrstücktheorie). Gunther Möllmann, 44 Münster, Schillerstr. 64.

(3/18) Suche Material zum Thema **„Sozialisation von Naturwissenschaftlern"** (Literaturhinweise, Diplomarbeiten etc.). Sozialistisches Zentrum, 74 Tübingen, Bebenhäuserstr. 17.

sb-organisation

Tagung des Arbeitsfeldes Gesundheitswesen

Am 1./2. Februar trafen sich ca. 130 Teilnehmer (ca. 90 Prozent Mediziner) in Münster, um, orientiert an vorhandenen Stadtteilerfahrungen, Alternativen für die ambulante medizinische Versorgung zu diskutieren. Umgeben von den Schautafeln der Gesundheitsausstellung der Genoss(inn)en vom Haselbergl-Nord/München gingen wir nach einer kurzen Vorstellung der anwesenden regionalen Gruppen (u. a. aus Aachen, Berlin, Bielefeld, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Marburg, München, Stuttgart und Tübingen) und einem einleitenden Referat der Hasenbergl-Gruppe an die Aufteilung in die vorgesehenen drei Arbeitskreise.

1. „Beteiligung von Patientengruppen an Diagnose und Therapie von Krankheiten": Gegenstand der Diskussion waren die Erfahrungen der Hasenbergl-Gruppe, Modelle für die Praxis von sozialistischen Gesundheitsarbeitern wie Gruppenpraxis und Gesundheitszentren, desweiteren Krankheitsbegriffe, das Selbstverständnis der Ärzte und das ungleiche Abhängigkeitsverhältnis von Patienten und Ärzten ,die Passivität unter den Patienten und die Frage, welche Art von Aktivierung wir dagegen anstreben sollen und können. Diskutiert wurde auch die Bildung von Patientengruppen, um von der „Krankheit als individuellem Problem" wegzukommen und die Vereinzelung und Ohnmacht des Patienten gegenüber den medizinischen Institutionen aufzuheben. Dabei ergaben sich folgende Möglichkeiten: Den Patienten zu empfehlen, z. B. in die „Diabetesberatung" zu kommen und dann die Diabetesberatung langsam in eine Patientengruppe zu überführen; über persönliche Gespräche mit Ärzten oder Stadtteilarbeitern den Leuten vorzuschlagen, sich einer Patientengruppe anzuschließen; über medizinische Informationsabende oder über ein Kommunikationszentrum, an das sich die Leute zufällig wenden, Angebote zu machen und zur Gruppenarbeit zu motivieren.
Im Parallelarbeitskreis mit gleichem Thema war man sich zwar grundsätzlich einig über die Notwendigkeit, Gruppen von (potentiell) kranken Stadtteilbewohnern politisch über das Erscheinungsbild Krankheit und die damit verknüpften Bedürfnisse zu mobilisieren. Allgemein wurde eingesehen, daß Gesundheitsarbeiter mit ihrem spezifischen Angebot einerseits auf die aktuelle „Angst vor der Krankheit" eingehen, andererseits aber die Ausbeutung eben dieser Angst bekämpfen müssen. Es wurden dann Kriterien angesprochen für die Mobilisierung von Patienten im Sinne der Überwindung des individuellen Versuchs, mittels Krankheit die sozialen Konflikte in den verschiedenen Lebens- und Arbeitsbereichen zu bewältigen. Dabei war klar, daß der Mißbrauch unserer medizinischen (Dis-)Qualifikation zur reformistischen Perfektion der Ausbeutung von Krankheit nur in der Zusammenarbeit mit Genossen aus anderen Arbeitsansätzen (Sozialarbeiter, Lehrer, Kollegen aus den Betrieben) verhindert werden kann. Für die Arbeit und ihre Organisation im Arbeitsfeld ergaben sich folgende konkrete Vorsätze: 1. das Regionalbüro Stuttgart bzw. die jeweiligen regionalen Zentren sollten die Aufgabe übernehmen, Erfahrungen und Bedürfnisse auf den verschiedenen Arbeitsfeldern zueinander zu vermitteln und die Kontakte zu vorhandenen aktiven, praxisbezogenen

(3/1) Info **Thema: Strafvollzug** Nr. 4 soeben erschienen. Mit Nachrichten und Beiträgen aus und über den Knast. Bezug: gegen Voreinsendung von DM 1,– bei AG Knast c/o AStA d. FHS, 61 Darmstadt, Schöfferstr.

(3/2) Konflikt – Solinger Schüler- und Jugendzeitung – bringt u. a. Beiträge zu **Jugendarbeitslosigkeit, Jugendzentrum,** Schulkonflikte. Gegen Voreinsendung von DM 1,– zu erhalten bei: Redaktion Konflikt c/o Ulrich Kaldesch, 565 Solingen, Elbinger Str. 4 Olb

(3/3) **AUF – Eine Frauenzeitschrift** Nr. 2 bringt u. a. Beiträge zum Thema: Abtreibung / Medizin für die Frau / Traumberufe – Albträume? Bezug: Aktion unabhängiger Frauen, 4 1090 Wien, Tendlergasse 6/1-2.

Liebe Genossen Redakteure!

Seit Anbeginn lese ich LINKS. Ich mache das immer so: erst greife ich zu, blättere mal durch, lese die Kleinanzeigen, gucke mir die Bilder und Karrikaturen an und beschließe, daß ich den einen oder anderen Artikel unbedingt lesen müßte, weil er zu einem Thema geschrieben ist, für das ich mich sehr interessiere und das ich für wichtig halte. Dann muß ich mich aber hinlegen, weil ich von der Arbeit so kaputt bin und um 20.30 Uhr bei der Sitzung der Initiativgruppe des Soz. Zentrums sein muß. Am anderen Tag muß ich nach der Arbeit zu einer Gewerkschaftsversammlung. Am Wochenende komm ich leider auch nicht dazu, die Artikel zu lesen, weil ich meinem Sohn versprochen habe, mit ihm zusammen sein Fahrrad zu reparieren, außerdem muß ich da die gestapelten FRs der Woche lesen und das Protokoll von der letzten Betriebsgruppenversammlung machen. Da ich – vor allem Sonntags – gerne koche, gehen für Einkauf, Essensvorbereitung, Essen und anschließendes Klönen auch einige Stunden weg. Dann kommt noch Besuch von lieben Genossen hinzu, und so geht das mir immer wieder und eh ich mich versehe, ist die neue LINKS im Briefkasten. Und dann mache ich das immer so: erst greife ich zu, blättere mal durch, lese die Kleinanzeigen . . .
Was soll ich da machen, Genossen? Wenn Ihr einen Rat wißt, druckt ihr bitte in der nächsten LINKS unter KLEINANZEIGEN ab, Ihr wißt ja das lese ich bestimmt.
Mit solidarischen Grüßen
Euer
HANS HAMMER

Kleinanzeige

„links"-Redakteur antwortet:

Lieber Genosse Hammer, da Du mit Dringlichem so beschäftigt bist weiß die Redaktion keinen anderen Rat, als zu empfehlen, monatlich eine 1-2-stündige Toilettensitzung fest einzuplanen. Du kannst dann dort die „links" lesen oder sie anderer Verwendung zuführen – angesichts der allgemein steigenden Papierpreise ein wohlfeiles Angebot für einen guten Doppelzweck.

Roderich Amboß

Basisgruppen zu suchen. 2. Gemischte Treffen von Genossen aus verschiedenen Arbeitsfeldern sollen die Dominanz berufsbornierter Mediziner aufheben und die Integration ihrer Fähigkeiten in die verschiedenen sozialistischen Ansätze praktischer Stadtteilarbeit ermöglichen. 3 .Für eine Art Pressedienst sollen die regionalen Gruppen und Einzelkämpfer von ihnen gesammeltes Material nach Stuttgart zu schicken, um damit einerseits einen gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch zu ermöglichen, andererseits aber auch über die vorhandenen Kontakte zu bürgerlichen Medien gezielte Öffentlichkeitsarbeit leisten zu können.

Das Thema des 2. Arbeitskreises lautete: „Möglichkeiten der Kontrolle der bestehenden medizinischen Institutionen im Stadtteil bzw. Entwicklung von Alternativen". Das Gesundheitswesen im Stadtteil besteht aus der niedergelassenen Ärzteschaft und dem öffentlichen Gesundheitsdienst. Als unsere Aufgaben in diesem Bereich sehen wir: 1. Aufklärung über Rechte gegenüber dem Arzt und über Pflichten des Arztes gegenüber dem Patienten. 2. Entsprechende Aufklärung gegenber den Institutionen des öffentlichen Gesundheitsdienstes. 3. Bildung von Patientengruppen.

Einen großen Raum nahmen in der Diskussion die Möglichkeiten eines verstärkten Einflusses auf die gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) ein. Die 50prozentige Beteiligung der Unternehmer in der Vertreterversammlung, die Zersplitterung der Kassen (über 1700 in der BRD), ihre damit erklärbare Schwäche gegenüber der Ärzteschaft und der Pharmaindustrie sowie die Bürokratisierungstendenzen der Arbeitnehmervertreter haben bisher verhindert, daß die GKV zu einem wirksamen Instrument der Arbeiterklasse werden konnte. Eine unserer Hauptaufgaben wird sein, die Sozialversicherten über diese Tatsachen und Zusammenhänge zu informieren, um so von unten her die eingefahrenen Strukturen der GKV zu verändern.

Im 3. Arbeitskreis – „Durchführung politischer Aktionen zur Veränderung gesellschaftlicher Ursachen von Krankheit" – wurde die enge Zusammenarbeit von Gruppen aus Betrieben und aus dem Reproduktionsbereich gefordert, um die hier noch weithin bestehende gegenseitige Isolation zu überwinden. Radikale Forderungen unsererseits laufen immer wieder Gefahr, von Fiktionen „objektiver Bedürfnisse der Arbeiter" auszugehen, solange sie allein von uns formuliert werden. Fraglich blieb, ob anhand des momentan verfügbaren Materials die Widersprüche im Gesundheitswesen gegenüber der Bevölkerung anschaulich gemacht werden können. Vorrangige Bedeutung wurde in diesem Zusammenhang der Bewußtseinsarbeit in Gewerkschafts- und Betriebsgruppen zugemessen.

Am Samstagabend wurde im Plenum ein Bericht des Koordinationsausschusses über seine bisherige Arbeit gegeben. Angesprochen wurde das weitere Arbeitsprogramm für 1975. Es sind Seminare zu folgenden Themen geplant: Im April über gewerkschaftliche Bildungsarbeit, im Juni/Juli über Erfahrungen aus der Krankenhausarbeit, über die Rationalisierungsmaßnahmen und die Pflegeausbildung, im Herbst über Gruppenpraxen und im Winter über die Auswirkungen der neuen Approbationsordnung für Medizinstudenten.

Als neuer für das Arbeitsfeld Gesundheitswesen zuständiger Sekretär des SB stellte sich Peter Grohmann aus Stuttgart vor. Es wurde betont, daß bürokratische Verselbständigungstendenzen innerhalb des Arbeitsfeldes nur durch aktive Beteiligung an den Diskussionsprozessen im SB vermieden werden können. Die Finanzierung der Vorhaben sei nur durch regelmäßige Beiträge über zufällige Spenden hinaus zu sichern.

Die vorgeschlagene Formulierung von Thesen für das Arbeitsfeld Gesundheitswesen wurde zum gegenwärtigen Zeitpunkt abgelehnt. Zunächst einmal kommt es für uns darauf an, die Diskussion der vorhandenen Erfahrungen sowie der Ergebnisse praktischer Arbeit voranzubringen, um diese anderen Gruppen und Arbeitsfeldern nutzbar zu machen und die Unverbindlichkeit, das Nebeneinanderherwursteln zu überwinden.

BURGER LIECHTENSTEIN/
PETER GROHMANN/
SUSO LEDERLE

der lange Marsch

ZEITUNG fur eine NEUE LINKE

INHALT: Nr. 15, Feb. 1975

WAHLEN in West-Bln.,
GEW-unabhängige o. Arbeitgebergewerkschaften,
JUGENDARBEITSLOSIGKEIT-
Bankrott kap. Marktsteuerung,
CHILE-Schwierigkeit mit dem Lernen,
STRAUß in China-zur KBW-Pol.
DIE LINKE im Ghetto,
5 TAGE IM JUNI-Buchbespr.,
Bethanien-Stadtteilarbeit der KPD.....

REDAKTION: LM c/o Buchladen 'Commune', 1-B-45, Unter den Eichen 64d, ABO: 6 Ausgaben plus Versandkosten = 10,80; Vorauszahlung: PSch-Kto.Nr. 4020 94-104, D.Schütte, Bln-W, VERTRIEB: an Wiederverkäufer in der BRD = Maulwurf, PREIS: BRD=1,20 , Bln=1,00

Über Solidarität mit Gefangenen

Re-Sozialisierung wird in diesem kapitalistischen System als die bedingungslose Einordnung in diese Gesellschaft verstanden. Gegenüber politischen Gefangenen, d. h. einer Opposition, die bewußt den Widerstand gegen dieses System zu praktizieren versucht, kann das Ziel der Re-Sozialisierung also nicht erreicht werden. Aus diesem

SB-Kurzinformationen

Im Januar fand eine „express"-Redaktionskonferenz zu den Betriebsratswahlen 1975 statt. Es beteiligten sich über 80 Kollegen aus mehr als 20 Betrieben der Metall-, der chemischen und der Druckindustrie. Einen Bericht über die Konferenz enthält der „express" 1/75, der gegen Voreinsendung von DM 1,50 (in Briefmarken) vom SB bezogen werden kann. – Am 5. April 1975 findet eine erste Konferenz für einen regionalen Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaft in NRW statt. Eingeladen sind Kollegen und Genossen, die direkt in der Produktion bzw. der Gewerkschaftsarbeit in dieser Region (insbesondere auch Ruhrgebiet) stehen. Nähere Informationen können von der „express"-Redaktion, c/o Sozialistisches Büro angefordert werden.

Der SLB-Info 20 bringt 3 Berichte zur Situation in der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) in Berlin, Frankfurt und Göttingen. Außerdem wird über das Projekt Freie Schule Frankfurt und den Schulversuch Glocksee Hannover berichtet (gegen Voreinsendung von DM 4,– in Briefmarken über SB).

Der Info Sozialarbeit behandelt schwerpunktmäßig das Thema Sozialarbeit in Jugendzentren. Außerdem: Zur Funktion der Sozialarbeit, zur Organisationsfrage, zum Jugendpolitischen Forum, zum Jugendrecht, Kurzbeiträge und Hinweise (gegen Voreinsendung von DM 5,– in Briefmarken über SB).

Im Mittelpunkt der Tagung der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro am 22./23. Februar 1975 stehen nochmals die aktuellen organisatorischen Fragen und eine Diskussion zur Einschätzung der aktuellen politischen Lage mit dem Ziel, Handlungsstrategien und nächste Aktivitäten des SB zu bestimmen. Die AG-Tagung wird im Informationsrundbrief 11 des SB ausgewertet (gegen Voreinsendung von DM 2,– in Briefmarken über SB).

Am 1./2. März 1975 findet in Hannover die zweite Arbeitskonferenz sozialistischer Wissenschaftler statt (siehe auch Bericht in „links" Februar 1975). Die Unterlagen zu der Arbeitskonferenz sind enthalten im Informationsdienst für sozialistische Wissenschaftler (die nächsten 4–5 Ausgaben sind erhältlich gegen Voreinsendung von DM 10,– über SB).

Das Soak-Kollektiv hat in Hannover seine Druckerei ausgeweitet und will sich verstärkt im SB-Zusammenhang (vor allem auf örtlicher und regionaler Ebene) betätigen. Die Druckerei hat die Möglichkeit, fast alles, was Gruppen für ihre Praxis drucken lassen müssen, schnell und preisgünstig zu produzieren. Besonders im Umkreis von Hannover/Niedersachsen sollten die Genossen und Gruppen die Möglichkeiten der Soak-Druckerei für ihre Arbeit nutzen. Die Soak versteht sich nicht ausschließlich als Druckerei, sondern will – soweit es ihr möglich ist – die gesamte politische Arbeit im im SB-Zusammenhang in dieser Region unterstützen. Soak, 3 Hannover, Am Taubenfeld 30, Telefon 0511/1 76 18.

Als Heft 13 der Reihe Roter Pauker erscheint die Unterrichtseinheit Indianer. Sie ist entstanden in einer 6. Hauptschulklasse in Nordhessen und umfaßt ca. 25 Unterrichtsstunden. Ursprünglich als Examensarbeit für die 2. Lehrerprüfung verfaßt, wurde sie für die Veröffentlichung in der Reihe Roter Pauker umgearbeitet. Im Gegensatz zur gängigen Schulbuchliteratur, in der das Thema Indianer grob verfälscht dargestellt wird, versucht diese Unterrichtseinheit am Schicksal der nordamerikanischen Indianer exemplarisch aufzuzeigen, wie ein solcher unterdrückter Bildungsinhalt in Unterrichtspraxis umgesetzt werden kann. – Besonderer Wert wurde auf die detaillierte Beschreibung der methodischen Schritte und auf die Auswahl und Zusammenstellung der Materialien und Arbeitsblätter gelegt. – 64 Seiten, broschiert, DM 4,– gegen Voreinsendung in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck über Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

Grunde ist die Justiz bemüht, diese Opposition, die sich bewußt gegen diese Re-Sozialisierungsversuche wendet, nicht mit Gefangenen zusammenzubringen, an denen dieser Anpassungsprozeß mit gewissen Erfolgsaussichten praktiziert werden soll.

Besonders deutlich findet das seinen Ausdruck in der totalen Trennung beider Gefangenengruppen. Für politische Gefangene gelten besondere Haftbestimmungen. Die Mitglieder der „RAF" werden nach außen als „gewöhnliche" Gefangene behandelt, denen jegliches politische Motiv ihrer Straftaten abgesprochen wird. Nach innen jedoch als politische Gefangene, d. h. daß sie von den anderen Gefangenen getrennt untergebracht sind. Die Justiz versucht mit dieser strikten Trennung die objektive Einheit aller Gefangenen zu übergehen und eine gemeinsame Solidarisierung im Kampf gegen die schlechten Haftbedingungen im Gefängnis zu verhindern.

Worin zeigt sich diese Einheit aller Gefangenen? Einmal zeigt sie sich vor allem darin, daß alle Gefangenen gemeinsam von der Situation des Gefangenseins betroffen und bedroht sind. Dies gilt also für politische wie sogenannte „gewöhnliche" Gefangene gleichermaßen. Ein weiteres Moment der Einheit aller Gefangenen liegt darin, daß all die offensichtlichen Mißstände in unseren Gefängnissen, all die Erniedrigungen, Prügeleien, die fahrlässigen oder vorsätzlichen Tötungen unübersehbar geworden sind. Das heißt, die normalen Verhältnisse in unseren Gefängnissen, deren Auswirkungen kommen den Verhältnissen nahe, die gegenüber politischen Gefangenen angeordnet werden.

Zu denken ist in diesem Zusammenhang an die Ereignisse im Kölner Klingelpütz, wo kranke Häftlinge geprügelt wurden, an den Hamburger Strafvollzug, wo in den letzten Jahren 6 Gefangene starben oder an den noch in aller Erinnerung liegenden Mannheimer Gefängnisskandal, wo Gefangene ebenfalls mißhandelt und gefoltert wurden. Um hier einmal zu verdeutlichen, was in unseren Gefängnissen tägliche Praxis ist, einige Auszüge aus einem Brief, den ein Gefangener aus der Strafanstalt Werl an den Frankfurter Gefangenenrat schickte:

„Kurz nach meiner Ankunft in der JVA Werl wurde mir von einem Vollzugsbeamten erklärt: Hier machst Du keine Faxen, wir schaffen alle hinunter! Und damit Du gleich siehst, wo die Sonne aufgeht, werde ich Dir erstmal die „Blaue Grotte" zeigen. So wurde mir die berüchtigte „Blaue Grotte" gezeigt, die von manchem auch der „Blaue Salon" genannt wurde. Die kahlen Wände der Beruhigungszelle sind blau gestrichen. Sie ist sonst der Hamburger Glokke, wo Ernst Haase einen gewaltsamen Tod erlitten hat, ähnlich und liegt im Keller. Ich war Zeuge der Folter und Menschenquälerei in der „Blauen Grotte", weil meine Zelle gegenüber dem Eingang lag. Ich war dort ein Jahr lang in fast totaler Isolation".

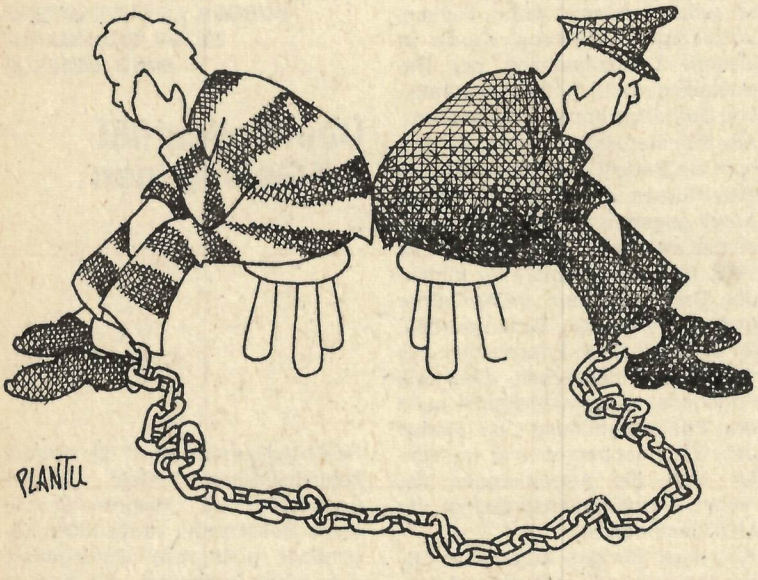
Diese Aussagen zeigen, daß „gewöhnliche Gefangene" ebenso brutaler Foltermethoden ausgesetzt sind, wie politische Gefangene. Es zeigt aber auch, daß die Haftbedingungen oft die gleichen sind. Eine weitere Einheit aller Gefangenen manifesiert sich aber auch in der Selektion, die den Gefangenen in das Gefängnis bringt, d. h. dem politischen Charakter dieser Grundlage, nämlich dem politischen Zweck der Strafgesetze selbst. (siehe dazu Kursbuch 32,1973)

Trotz all dieser Gemeinsamkeiten werden die Gefangenen von der Justiz getrennt. Wie eingangs gezeigt wurde, hat diese Justiz berechtigtes Interesse an einer Trennung dieser beider Gefangenengruppen. Eine fürchterliche Sache ist es aber, wenn diese Trennung von außen noch unterstützt wird. Gemeint sind damit linke Organisationen, die ihren Kampf gegen schlechte Haftbedingungen in den Gefängnissen ausschließlich auf politische Gefangene reduzieren. Diese Unterstützung geschieht in der Weise, daß man bestimmte Probleme, wie etwa die Frage der Isolation, nur bei politischen Gefangenen sieht. Tut man aber dies so ist das für die anderen Gefangenen in den Gefängnissen wie ein Schlag ins Gesicht, denn die Mehrheit der Gefangenen ist davon ebenso betroffen. Man erschwert durch das Eintreten für nur eine Gefangenengruppe eine Solidarisierung aller Gefangenen, da den Mithäftlingen die politischen Gefangenen als totale Fremdkörper erscheinen müssen, mit denen sie nichts gemein haben.

Das Prinzip eines jeden Gefängnisses ist Isolation. Isoliert, d. h. physisch und psychisch gebrochen werden eben nicht nur 40 politische Gefangene der „RAF", sondern heute und jetzt Tausende. Für Gefangene, die seit Jahren gegen die Repression in unseren Gefängnissen kämpfen, die nicht die Publizität der politischen Gefangenen haben, ist die Situation oft ebenso vernichtend.

Die Forderung kann deshalb nicht lauten: Schluß mit der Isolationsfolter an politischen Gefangenen sondern diese Forderung und der Kampf für die Verbesserung der Haftbedingungen muß auf alle Gefangenen bezogen werden, die durch staatliche Instanzen ausgesondert, eingesperrt und kaputt gemacht werden.

HELMUT ORTNER



IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain), Telefon 0611 / 83 25 93 ● Redaktion „links" z. Z. Andreas Buro, Dieter Esche, Egbert Jahn, Roland Roth, Eva Senghaas-Knobloch, Gert Schäfer (presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe) ● Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain) Telefon 0611/832593. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,50, Jahresabonnement DM 18,– zuzüglich DM 3,– Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041-604; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: hbo-druck, Bensheim ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Verlagsprospekt „Herbst 1974" des Verlag 2000 GmbH + Sozialistisches Büro; Bücher- & Paperliste des Sozialistischen Büros; Prospektkarte „links" + „express";Prospektkarte „Jetzt abonnieren!"; Drucksache „Neue Thesen des Sozialistischen Büros" mit anhängender Zahlkarte; „links"-Extrablatt; „links"-Inhaltsverzeichnis der Jahrgänge 1973/74; „express-plakat" zum Thema „Krise, Kurzarbeit und Kündigung"; Spendenaufruf „Arbeiter-Solidaritäts-Fonds" mit anhängender Zahlkarte.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1. 1. 1975 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für das Jahr 1975 DM 21,– (einschl. Versandkosten)

Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt werden.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____ _____

Unterschrift